



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Nationalpopulismus in Europa: simplifizierende
Antworten auf komplexe Realitäten?“

Vergleichende Perspektiven auf Frankreich und Ungarn am Beispiel FN und FIDESZ

Verfasserin

Katharina Steinwendtner, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Danksagung

Ich bedanke mich bei meinem Betreuer Professor Dr. Dieter Segert für seine wertvolle fachliche Unterstützung und kontinuierliche Betreuung während meines Forschungsprozesses.

Von ganzem Herzen bedanke ich mich bei meinen Eltern, die es mir ermöglicht haben, dieses Studium zu ergreifen. Durch ihre finanzielle Unterstützung und laufende Bestärkung gaben sie mir die Chance, mich akademisch und persönlich weiterzuentwickeln. Schließlich wäre auch mein Auslandsaufenthalt in Frankreich, wo die Idee für diese Masterarbeit entstand, ohne sie nie möglich gewesen.

Ein großer Dank geht an meinen Freund, der besonders in den vergangenen Monaten für unzählige inhaltliche Diskussionen bereit war und mich auch stets ermutigen konnte. Mein Dank gilt ebenfalls meinen Geschwistern und Verwandten, die mich moralisch unterstützt haben. Nicht zuletzt bedanke ich mich bei meinen FreundInnen für ihre beständige Motivation während des Schreibprozess in- und außerhalb der Bibliotheken.

Inhalt

Danksagung	2
1. Einleitung	5
2. Theorie und Verortung eines umstrittenen Konzepts	9
2.1. Making sense of Populism.....	9
2.1.1. Margaret Canovan: Das „Volk“ und Populismus	9
2.1.2. Paul Taggart: Sechs Topoi im Populismus	11
2.1.3. Pierre-André Taguieff: Populismus als politischer Stil.....	13
2.1.4. Cas Mudde: „Defining the Undefinable“	15
2.1.5. Arbeitsdefinition und Fazit	16
2.2. Populismus und Demokratie.....	17
2.2.1. Überblick über die Debatte	17
2.2.2. Populismus zwischen antidemokratischer Gefahr und chancenreicher Korrektivfunktion.....	21
2.3. Populismus in Ost- und Westeuropa	24
2.3.1. Vorbemerkung.....	24
2.3.2. Spezifische Merkmale in ost- und westeuropäischen Kontexten	25
2.3.3. Nationalpopulismus als Beispiel für den neuen Rechtspopulismus.....	29
2.3.4. Verhältnis von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.....	30
3. Analyse des Nationalpopulismus in Frankreich und Ungarn	32
3.1. Populistische Entwicklung und ihre Akteure	32
3.1.1. Entwicklung des FN in Frankreich	32
3.1.1.1. Überblick über Parteientwicklung: Ursprung und Wandel	32
3.1.1.2. Leadership im FN: von Jean-Marie zu Marine	35
3.1.2. Entwicklung des FIDESZ in Ungarn	38
3.1.2.1. Überblick über Parteienentwicklung: Ursprung und Wandel	39
3.1.2.2. Viktor Orbán: Populistische Leadership als Regierungsmacht.....	42
3.2. Kontext der politischen Kultur	44
3.2.1. Frankreich	44

3.2.1.1.	Strategien und Inhalte des FN: „La France d’abord“	44
3.2.1.2.	Gesellschaftliche Verankerung und Elektorat	48
3.2.2.	Ungarn	52
3.2.2.1.	Strategien und Inhalte des FIDESZ: Ein Reframing Ungarns	52
3.2.2.2.	Gesellschaftliche Verankerung und Elektorat	55
4.	EU-Wahlkampf 2014	59
4.1.	EU Wahl als second-order election	59
4.2.	Der französische EU-Wahlkampf.....	60
4.2.1.	Berichterstattung bei EU-Wahlen	60
4.2.2.	Methodik: Qualitative Inhaltsanalyse	61
4.2.3.	„Non aux Bruxelles, oui à la France“ – Der Europawahlkampf des FN als Medienanalyse	62
4.3.	EU-Wahlkampf in Ungarn.....	75
4.3.1.	Methodik: ExpertInnen-Interview	75
4.3.2.	Rahmensituation des ExpertInnen-Interviews mit István Hegedűs	75
4.3.3.	„Tiszteletet a Magyaroknak“ – Der stille Europawahlkampf von FIDESZ in Ungarn	76
4.4.	Fazit: EU-Wahlkampf 2014.....	85
5.	Conclusio und Ausblick	89
6.	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	97
7.	Literatur.....	98
8.	Anhang.....	107
8.1.	Kategorien Medienanalyse	107
8.2.	ExpertInneninterview mit István Hegedűs.....	121
9.	Abstract.....	131
10.	Lebenslauf	133

1. Einleitung

„Populism is one of the most widely used but poorly understood political concepts of our time.“

Paul Taggart: Populism (2000)

Populismus gilt als ein schillernder und meist pejorativ aufgeladener Begriff, der in Europa seit den 1980ern zum medialen und politischen Schlagwort wurde. Als omnipräsentes Etikett wird dieser Begriff ganz unterschiedlichen PolitikerInnen angeheftet, sowohl Regierungschefs als auch LeaderInnen rechtspopulistischer Parteien. Sie alle haben gemeinsam, dass es sich bei dieser Zuschreibung um eine „Negation dessen [handelt], was die Qualität eines verantwortungsbewussten Politikers im demokratischen Staat ausmache“ (Decker 2000, 23). Umgangssprachlich und im politischen Betrieb wird PopulistIn so als diffamierende Zuschreibung verwendet, die zwar von vielen verwendet wird, aber oft nicht mehr als eine bloße Worthülse bleibt. Positiver verstehen kann man Populismus als direkten Draht zu den „kleinen“ Leute und ihren Problemen. Dahinter steht das demokratische Prinzip der „Volkssouveränität“. Aus diesen unterschiedlichen Annahmen resultiert eine Unschärfe und – auf den ersten Blick – starke Kontextabhängigkeit, die insbesondere wieder Probleme für die politikwissenschaftliche Betrachtung mit sich zieht. Kaum eine Abhandlung über Populismus kommt ohne den Verweis aus, dass es sich um ein umstrittenes und vages Konzept handelt, das man nur schwer untersuchen kann. Außerdem fehlt es an einer allgemeinen Definition, da die heterogenen Forschungsstränge, Wesensmerkmale des Populismus unterschiedlich bewerten. Gleichzeitig erkennt man somit die Ambiguität des Begriffes, da einerseits Populismus als ursprünglich demokratischer Zugang verstanden werden kann, andererseits in seiner rechtspopulistischen Ausprägung demokratische Standards wie Minderheitenschutz bedroht.

Populismus tritt in Europa vor allem als Rechtspopulismus auf, der auch ein zentrales Thema dieser Arbeit ist. Wie oben skizziert wurde, muss der Themenkomplex eingeschränkt werden, weshalb die theoretische Auseinandersetzung mit Populismus in der modernen Demokratie ein konkretes Forschungsinteresse darstellt. Überdies sind in erster Linie die Parteien *Magyar Polgári Szövetség* (FIDESZ) in Ungarn und *Front National* (FN) in Frankreich Gegenstand meiner Analyse. Die Länderauswahl lässt sich auf mehrere Gründe zurückführen: FIDESZ und FN können beide als Idealtypus einer nationalpopulistisch-geprägten Partei angesehen werden; außerdem war 2014 sowohl in Frankreich als auch in Ungarn ein Superwahljahr. Von diesen Wahlergebnissen erhoffe ich mir aktuelle Schlüsse ziehen zu können. Weiters stehen

die *LeaderInnen* Viktor Orbán und Marine Le Pen einem gesteigerten Medieninteresse gegenüber, wodurch eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen besonders interessant sein könnte. Natürlich ist mir bewusst, dass geschichtliche Entwicklung von FN und FIDESZ sowie die Gelegenheitsstruktur innerhalb der Gesellschaft große Unterschiede aufweisen. Allerdings denke ich, dass anhand von ausgewählten Kriterien eine länderübergreifende Analyse sinnvoll und gewinnbringend sein kann. Besondere empirische Relevanz erwartete ich mir von der EU-Wahl, da im Vorfeld der Wahl einerseits ein Anstieg von rechtspopulistischen Parteien erwartet wurde und andererseits so auch die europäische Dimension des Nationalpopulismus Eingang in die Arbeit fand. Die Europäische Union dient RechtspopulistInnen als überaus wirkungsvolles Feindbild, da sie als „bürokratisches Elitenprojekt“ im Kern populistischer Botschaften angesiedelt ist.

Aus dem dargestellten Forschungsinteresse lassen sich folgende Forschungsfragen formulieren:

- Wie ist die ambivalente Beziehung zwischen Populismus und Demokratie zu bewerten?
- Wie gestaltet sich Nationalpopulismus in Ungarn und Frankreich am Beispiel der Parteien FIDESZ und FN?

Bezugnehmend auf die Relevanz des Themas, beschäftigte mich das Spannungsfeld Populismus besonders seit meinem Erasmusaufenthalt in Frankreich. Angeregt diskutierten wir in Seminaren den Erfolg der FPÖ, insbesondere ihre Regierungsbeteiligung. Gleichzeitig taten sich viele Fragen um das politische Biotop und den Aufstieg der FN auf, die mich immer noch begleiten. Deshalb habe ich mich entschieden, Rechtspopulismus im Rahmen meiner Masterarbeit vertiefend weiter zu behandeln. Abgesehen von meiner persönlichen Interessenslage, sehe ich eine große politikwissenschaftliche Relevanz ausgehend von einer Auseinandersetzung mit dem schwammigen Begriff des Populismus. Populismus gilt als Kampfbegriff, der gleichwohl von der Politik selbst und den Medien in unterschiedlichen Kontexten verwendet wird. Die Populismusforschung ist ein überaus heterogenes Feld; einen Konsens über eine allgemeine Definition sucht man vergeblich. Viel mehr wirken die unterschiedlichen Forschungsstränge fragmentiert und stehen in starker Abhängigkeit zu den jeweiligen Kontexten der Untersuchung. Diese Kontextualisierung zeigt sich auch in der verbreiteten Annahme, dass Rechtspopulismus in Ost- und Westeuropa nicht vergleichbar miteinander ist, da junge Demokratien im östlichen Europa aufgrund von historischen und soziökonomischen Faktoren mit etablierten Demokratien im Westen zu stark differieren. Jedoch etablierten sich „über den alten ‚Eisernen Vorhang‘ hinweg“ (Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 3) populistische Parteien, sowohl in der Opposition als auch in der Regierung. Deswegen versucht die vorliegende Arbeit in Anlehnung an u.a. Frölich-Steffen

und Rensmann, die offensichtlich immer noch präsenten Grenzen innerhalb der Politikwissenschaft aber auch der europäischen Gemeinschaft etwas aufzulösen.

Der erste Teil der vorliegenden Masterarbeit¹ dient als Ausgangspunkt einer theoretischen Annäherung an Populismus. Dabei wird ein Überblick über vier Zugänge zum wissenschaftlichen Begriff gegeben, um wichtige Wesensmerkmale von Populismus herauszuarbeiten und so im nächsten Schritt zu einer, für meine Untersuchung adäquate, Arbeitsdefinition zu gelangen. Um das ohnehin weitgefaste Thema einzuschränken, konzentriere ich mich auf aktuelle Formen von Rechtspopulismus. Im anschließenden Kapitel wird das ambivalente Verhältnis von Populismus und Demokratie behandelt, indem die wichtigsten Aspekte der Debatte skizziert werden. Darauf folgt der Abschnitt Populismus in Ost- und Westeuropa betreffend, spezifische Charakteristika von Populismus in den beiden Regionen thematisiert sowie den Begriff des Nationalpopulismus für den Analyseteil der Arbeit einführt. Dieser Schlüsselbegriff kann als Oberbegriff für rechtspopulistische Parteien gesehen werden und betont den „exklusiven, nationalen Identitätsnarrativ“ (Frölich-Steffen/ Rensmann 2005, 7). Trotzdem lässt dieses Konzept Raum für die Ausarbeitung transnationaler Gemeinsamkeiten. Den Abschluss des theoretischen Teils bildet die Abgrenzung von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, welche ebenfalls oft nur unklare Trennlinien vorweist.

Den zweiten Teil meiner Arbeit bildet die Analyse der nationalpopulistischen FIDESZ in Ungarn und dem FN in Frankreich hinsichtlich ausgewählter Faktoren, die die politische Gelegenheitsstruktur und Mobilisierungsbedingungen für Populismus positiv beeinflussen. Die vergleichende Analyse ist thematisch gegliedert. Zunächst werden populistische Entwicklungen und ihre Akteure besprochen; das bedeutet im Detail einen Überblick über die Parteientwicklung und Leadership. Weiters werden im Rahmen der politischen Kultur die Strategien und Inhalte der beiden Parteien analysiert sowie die Verankerung in der Gesellschaft und soziokulturelle Konfliktlinien diskutiert.

Darauf aufbauend erfolgt im dritten Teil eine Analyse des EU-Wahlkampfes 2014 am Beispiel Ungarn und Frankreich mit Fokus auf die Akteure FN und FIDESZ. Zunächst beschäftige ich mich mit dem Modus der EU-Wahl als *second-order election* und Implikationen für die mediale Berichterstattung. Für den französischen Wahlkampf führe ich eine Medienanalyse durch, von der ich mir Aufschluss über die mediale Logik des FN erwarte. Dafür werden die Berichte nach inhaltlichen Kategorien kodiert, denn so kann aufgezeigt werden, innerhalb welcher Frames die Partei agiert und überdies wie ausgeprägt die Wechselwirkung zwischen Medien und FN ist. Für die empirische Untersuchung des ungarischen Wahlkampfes führe ich ein ExpertInnen-

¹ Die französischen Zitate in dieser Arbeit wurden von mir selbst übersetzt und werden jeweils in einer Fußnote auf Deutsch angeführt.

Interview mit István Hegedűs durch, welches danach in Themenkomplexe aufgeteilt wurde. Diese geben die Struktur für die Analyse des von FIDESZ geführten Wahlkampfs vor. Darüber hinaus werden auch Wahlplakate der anderen Parteien behandelt. Was den Wahlkampf in den beiden Ländern betraf, standen folgende Fragen im Zentrum meiner Forschung: Welche Stimmung herrschte im Wahlkampf vor? Innerhalb welcher Frames positionierten sich FN und FIDESZ? Der empirische Teil meiner Arbeit schließt mit einem kurzen Fazit.

In der Conclusio wird versucht, die Forschungsfragen zu beantworten und zusammenfassend die wichtigsten Erkenntnisse und Herausforderungen aufzeigen.

2. Theorie und Verortung eines umstrittenen Konzepts

2.1. Making sense of Populism²

Im Folgenden soll nun ein Überblick über ausgewählte Zugänge zum wissenschaftlichen Begriff des Populismus gegeben werden. Die folgenden WissenschaftlerInnen prägten und prägen den Diskurs um Populismus maßgeblich. Die Gemeinsamkeiten und Differenzen der zentralen Charakteristika der Populismus-Konzeptionen werden dabei ebenfalls beleuchtet. Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl an interessanten Abhandlungen, die neue Anregungen zur Begriffsdefinition geben³ und auf die historische Dimension von Populismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen eingehen. Die folgenden Konzepte sind als Auswahl zu verstehen, die ebenfalls eine Annäherung an die Frage in den nächsten Kapiteln zum Verhältnis von Demokratie und Populismus sowie Populismus in Ost- und Westeuropa ermöglichen.

2.1.1. Margaret Canovan: Das „Volk“ und Populismus

In einem frühen Standardwerk zu Populismus hat Canovan zwei große Gruppierungen im Populismus festgemacht: Agrar-Populismus und politischer Populismus, die sich wiederum in verschiedene Abstufungen, von gemäßigt bis extrem, einteilen lassen (Canovan 1981 cit in Taguieff 1997, 7). Über diese Typologie hinaus, hat sie die Debatte um Populismus auch in jüngerer Vergangenheit geprägt mit dem Fokus auf den neuen Populismus und sein strukturelles Kernelement – das „Volk“. „Populism in modern democratic societies is best seen as an appeal to ‚the people‘ against both the established structure of power and the dominant ideas and values of the society.“ (Canovan 1999, 3) Durch diese Begriffsbestimmung ergeben sich auch folgende charakteristische Inhalte für die Machtstrukturen, den politischen Stil und die populistische „Stimmung“.

- **Populismus und Machtstrukturen**

Populistische Bewegungen sehen sich als Bewegungen gegen das politische Establishment. Als Unterschied zu neuen sozialen Bewegungen greifen PopulistInnen auch die Werte gesellschaftlicher Eliten an. Diese Anti-Haltung richtet sich also nicht nur an die politische Klasse sondern auch an Wirtschaftseliten und MeinungsführerInnen aus Medien und Wissenschaft. Seine inhaltliche Ausprägung variiert je nach nationalem Kontext und kann demnach auch in unterschiedlichen Ländern oft konträre Positionen einnehmen. Für Canovan bedeutet das

²So lautet der erste Teil von Mény und Surels Werk „Democracies and the Populist challenge“. Vgl. Mény/Surel (2002): Part I. Making Sense of Populism. In: Mény/Surel (Ed.): Democracies and the Populist Challenge. Palgrave, Hampshire

³ Erwähnt seien an dieser Stelle etwa die Arbeiten von Ernesto Laclau, der in „Politics and Ideology in Marxist Theory. Capitalism – Fascism – Populism“ (1977) und im späteren „On populist reason“ (2005) den sich über Jahrzehnte erstreckenden Diskurs beeinflusste.

nicht, dass Populismus an sich konfus ist, sondern sieht ihre These der Reaktion auf Machtstrukturen untermauert (vgl. Canovan 1999, 3f).

- **Appelle an das „Volk“**

Diese Komponente gilt für Canovan als Kernelement und findet sich bei den unterschiedlichsten Ausprägungen von Populismus wieder. Der direkte Appell an das „Volk“ kann als Identifizierungsmerkmal für alle populistischen Bewegungen gesehen werden (vgl. Canovan 2005, 80). „Populism is not just a reaction against power structures but an appeal to a recognized authority.“ (Canovan 1999, 4) Das „Volk“ im Sinne von einfachen und gewöhnlichen Leuten (im Unterschied zu einer kosmopolitischen, akademischen Elite) stellt diese anerkannte Autorität dar. Es bezeichnet das Fundament der Gemeinschaft und verlor seine Vorrangstellung an die politische Klasse, die es durch Unterstützung von PopulistInnen zurückzugewinnen gilt (vgl. Canovan 2005, 81f). Daher gilt es dem „Volk“ zu vertrauen. Populismus nährt sich aus einem konstruierten Wir-Gefühl, indem entweder das „ganze Volk“ oder „unser Volk“ in Bezug auf ethnische oder religiöse Zuschreibungen beschwört werden (vgl. Canovan 1999, 5).

Canovan vermisst eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Schlüsselkonzept „Volk“, da es neben Populismus, auch generell für moderne Politik von großer Bedeutung ist. Ein Grund für das wissenschaftliche Vernachlässigen ist die Ambiguität und Vielschichtigkeit, die die Anwendbarkeit des Konzeptes erschweren (vgl. Canovan 2004, 247).

- **Populistischer Stil in der Politik**

Der sprachliche Stil im Populismus zielt einerseits auf eine Simplifizierung von komplexen Themengebieten, andererseits auf direkte Antworten ab - im Gegensatz zur ausweichenden Art mancher BerufspolitikerInnen. „Populists claim that all this complexity is a self-serving racket perpetuated by professional politicians, and that the solutions to the problems ordinary people care about are essentially simple.“ (Canovan 1999, 6) Oft werden klassische Themen z.B. Immigration, Kriminalität und Beschäftigung aufgegriffen, die von den EntscheidungsträgerInnen vernachlässigt werden (vgl. Canovan 2002, 27).

- **Populistische „Stimmung“**

Bei populistischer Politik handelt es sich nicht um alltägliche Politik, sondern soll vor allem auch unpolitische Menschen mobilisieren. Dafür braucht es neben einer direkten und leicht verständlichen Rhetorik, auch starke Emotionen. Das ist für Canovan auch der Grund, warum an der Spitze von populistischen Bewegungen charismatische *LeaderInnen* stehen, die eine besondere Bindung zwischen BürgerInnen und sich selbst inszenieren (vgl. Canovan 1999, 6).

2.1.2. Paul Taggart: Sechs Topoi im Populismus

Paul Taggart sieht im Populismusbegriff ein ungewöhnliches Konzept der Sozialwissenschaften, das von einer episodischen wissenschaftlichen Betrachtung geprägt ist (vgl. Taggart 2002, 63). Von einer allgemeingültigen Definition rückt er klar ab und verweist auf Isaiah Berlin, der die Schwierigkeit der Definition anschaulich als „Cinderella Komplex“ beschreibt: Auf der Suche nach dem perfekten „Schuh“ von Populismus, stößt man auf Füße, die fast genau passen, allerdings sucht man ständig weiter in der Hoffnung den perfekten Fuß – Populismus in Reinform – zu finden (vgl. Taggart 2000, 2). Ausgehend von Canovans Ansatz und einem Überblick über den *state of the art* der Populismusforschung, stellt er den Idealtypus mit sechs zentralen Topoi in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Anhand dieser Merkmale soll gezeigt werden, dass eine gewisse Generalisierung von Populismus möglich ist, unter Berücksichtigung des jeweiligen Kontexts.

- **PopulistInnen stehen repräsentativer Politik feindselig gegenüber**

Eine genauere Analyse dieser Komponente findet sich im Kapitel zu Populismus und Demokratie, allerdings soll an dieser Stelle auf die bekundete Abneigung von populistischen Gruppierungen auf repräsentative Elemente der Demokratie hingewiesen werden.

„Populists make a case for a greater linkage of masses to elites which can be realized through processes of direct democracy just as well as through processes of representative politics. Indeed, the very complexity of the process of representative politics is often a greater source of frustration than constitutionalism for populists.“ (Taggart 2002, 67)

Eine feindselige Stimmung gegenüber repräsentativer Demokratie stellt für Taggart eine der sechs Merkmale von Populismus dar. Sie steht im Kontrast zur meist forcierten, direkten Demokratie. Ein Erklärungsansatz dafür ist die inhärente Komplexität der Gewaltenteilung, an der simplifizierende, populistische Botschaften oft scheitern.

- **PopulistInnen identifizieren sich mit einem idealisierten *heartland***

Taggart sieht im „populistischen *heartland*“ (Priester 2012, 5) den Anknüpfungspunkt für die Verbindung zwischen PopulistInnen und den BürgerInnen, dem „Volk“. Dieser Begriff ist für Taggart allerdings zu breit und diffus, da unterschiedliche Populismen das „Volk“ verschieden besetzen. Die Wirkungskraft, für das „Volk“ zu sprechen und ein direktes Sprachrohr des „Volkes“ zu sein, wird dadurch allerdings nicht geschmälert: „It is a powerful idea because it plays on the tension in democracy between the power of popular sovereignty and the possibility of a tyranny of the majority.“ (Taggart 2000, 98) Er führt stattdessen den Begriff des *heartland* ein, das als idealisierte Auslegung einer Gemeinschaft verstanden werden kann. Das *heartland* steht im Zentrum des Populismus und bestimmt so die Werte, die es zu vertreten gilt (vgl. Taggart 2002, 67).

„It is a diffuse vision, blurred around the edges, and clearly a romanticized and profoundly ahistorical conception, but is no less powerful for that. [...] [A]s imagined constituencies characterized by moderation, diligence and ‘ordinariness’. A shared belief in the virtues of the heartland unites populists.“ (Taggart 2002, 67)

Dieser Begriff dient als Werkzeug, um die Beschwörung des „Volkes“ im Populismus zu verstehen: „This becomes a device through which we can detect what it is in the ‚the people‘ that populists celebrate and therefore the source of the populist commitment to ‘the people‘.“ (Taggart 2000, 98)

- **Populismus als Ideologie fehlt es an Kerninhalten**

Betrachtet man den ideologischen Aspekt von Populismus, so lassen sich kaum Kernelemente ausmachen. Taggart begründet dies mit der Wichtigkeit des *heartland*, woraus die jeweiligen Werte definiert werden: „The variety of versions of the heartland explains why populism is attached to some very different ideological positions, from the Left to the Right.“ (Taggart 2002, 68) Durch dieses „empty heart“ (Taggart 2000, 4) gestaltet sich Populismus ganz unterschiedlich, wodurch auch der Fokus auf gewisse Themen variiert und gleichzeitig „seine Schwäche, aber auch seine Flexibilität ausmache“ (Priester 2012, 3). In Europa tritt insbesondere der Rechtspopulismus verstärkt auf. Als Überbegriff spricht Taggart dafür von einem neuen Populismus, der im Unterschied zu historischen Formen⁴ z.B. *People’s Party* in den USA oder *Narodniki* in Russland steht.

⁴ Auf historische Formen des Populismus wird in dieser Arbeit nicht eingegangen. Eine ausführliche Analyse des US-amerikanischen Populismus von der *People’s Party* bis Mitte der 1990er Jahre findet sich bei Karin Priester „Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen“ (2007). Paul Taggart schreibt ebenfalls detailliert über den frühen Populismus in den USA sowie über den russischen Populismus der *Narodniki* (russisch für „Volkstümlerbewegung“) in „Populism“ (2000).

- **Populismus als kraftvolle Reaktion auf Krisen**

Krisen – vor allem das subjektive Gefühl einer Krise – bieten einen optimalen Nährboden für Populismus. „The emergence of a crisis shakes populists out of their reluctance and into politics, and into an active defense of the heartland.“ (Taggart 2000, 4) Insbesondere die Krise der Parteiendemokratie, verstärkt durch Korruptionsskandale der politischen Elite, hat Einfluss auf den Erfolg von PopulistInnen. „It is these debates that have fired contemporary European populists to champion issues from which to make political capital.“ (Taggart 2002, 69)

- **Populismus als sich selbstbegrenzende Eigenschaft**

Ein Populismus, der von einer Krise der Parteiendemokratie profitiert, stößt dann an seine Grenzen, sobald er selbst im System agiert. Deswegen stellen sich populistische Strömungen eher als Bewegung als Partei dar. Darüber hinaus steht an der Spitze dieser Bewegungen ein oftmals charismatische/r *LeaderIn*, der sich als Gegenpol zu bürokratischen Führungspositionen präsentiert. Eine solche Inszenierung hat ihren Preis, denn die Zustimmung in der Bevölkerung ist an die Person des *Leaders*, der *Leaderin* gebunden – ein Machtwechsel innerhalb der Partei bzw. der Bewegung kann auch das Ende der populistischen Erfolgsgeschichte bedeuten (vgl. Taggart 2002, 70). „This is partly why populist movements are so spectacular – they appear, build up support, and are highly visible through charismatic leaders – but the movements often share the same political ‚shelf-life‘ as their leaders.“ (Taggart 2002, 70)

- **Populismus als Chamäleon seiner Umwelt**

Um die populistische Logik zu verstehen, ist für Taggart der jeweilige Kontext von Bedeutung. Zum Teil erklärt dies auch die starke Kontextabhängigkeit der Populismusforschung. „The importance of specific versions of a heartland means that each populist movement perceives itself in terms of its own specific features rather than as part of a wider populist phenomenon.“ (Taggart 2002, 70) Daraus folgt, dass die Umwelt die Themen zur Mobilisierung für eine populistische Partei vorgeben und in einem nächsten Schritt auch, welche Frames den Kontext bestimmen. Denn PopulistInnen mobilisieren erst dann, wenn ihr *heartland* bedroht wird und nicht irgendein *heartland*. Trotz der hervorgehobenen Stellung des Kontexts darf für Taggart auch nicht auf mögliche allgemeine Charakteristika vergessen werden (vgl. Taggart 2002, 70).

2.1.3. Pierre-André Taguieff: Populismus als politischer Stil

Für Taguieff ist der Populismus-Begriff in der Politikwissenschaft umstritten (vgl. Rensmann 2006, 52), da aufgrund seiner Unschärfe und Ubiquität eine allgemeine Definition schwierig scheint. Er greift auf Arbeiten von Canovan und Laclau zurück und bilanziert mit letzterem, dass zwar allen intuitiv klar wird, was mit der Zuschreibung „populistisch“ gemeint ist, man allerdings die größten Schwierigkeiten hat, diese Intuition in ein Konzept zu bringen (vgl.

Taguieff 1997, 6). Taguieff nähert sich Populismus deshalb als politischen Stil an: „Nous l’aborderons comme un style politique susceptible de mettre en forme divers matériaux symboliques et de se fixer en de multiples lieux idéologiques, prenant la coloration politique du lieu d’accueil“⁵ (Taguieff 1997, 8). Essentiell dafür ist der Appell an das „Volk“ als Ausdruck einer neuen rechtspopulistischen Rhetorik. Um das „Volk“ entsteht im Populismus ein Kult; es muss verteidigt werden gegenüber dem politischen Establishment aber auch gegenüber der Globalisierung und NestbeschmutzerInnen z.B. Intellektuellen (vgl. Taguieff 1997, 9).

Fünf Charakteristika macht Taguieff aus, die den politischen Stil und die Rhetorik des Nationalpopulismus prägen.

- **Persönlicher Appell an das „Volk“**

Die politische Parole des *Leaders*, der *Leaderin*, der sich direkt an das „Volks“ richtet, etabliert die Wirksamkeit der symbolischen Autorität des demagogischen *Leaders*, der *Leaderin*. Überdies setzt die populistische Partei damit auf eine extreme Personalisierung und setzt verstärkt auf eine mediale Wirkung (vgl. Taguieff 1997, 24).

- **Appell an das „gesamte Volk“**

Dabei handelt es sich um Botschaften an die Gesamtheit der BürgerInnen, ohne Unterscheidung nach sozialer Schicht oder politisch-kulturellen Kategorien. „[L]’objet de la visée populiste est ici d’opérer un rassemblement interclassiste dans le cadre national.“⁶ (Taguieff 2004, 21) Für den FN führt Taguieff die Evolution und Ausdehnung der WählerInnen-schichten an – Aufruf zum nationalen Zusammenhalt kann als Teil einer Strategie zur WählerInnenmaximierung gesehen werden.

- **Appell an das „ehrliche und einfache Volk“**

Der Appell an das „ehrliche und einfache“, „reine“, „ehrenwerte“ und „unfehlbare“ „Volk“ ermöglicht eine Abstufung der zuvor erwähnten ganzheitlichen Rhetorik. Diese homogene Gemeinschaft steht für intakte Wertvorstellungen und muss vor fremden Einflüssen bewahrt werden. Im Nationalpopulismus steht ihm ein korruptes Establishment in Form einer alteingesessenen, bürokratischen, machtvessenen politische Elite gegenüber. Ein solches Vorgehen zeigt auch die inhärente Spannung des mehrdeutigen Begriffs „Volk“. Einerseits wird eine nationale Gesamtheit propagiert, die andererseits nur das „ehrliche und gesunde Volk“ meint (vgl. Taguieff 1997, 24). Der/Die LeaderIn stammt selbst aus diesem Teil der

⁵ Übersetzung: „Wir behandeln ihn als dünnhäutigen politischen Stil, der verschiedene Symbole annehmen kann und sich in verschiedenen Ideologien ansiedelt, um sich der politischen Färbung am jeweiligen Ort anzupassen.“

⁶ Übersetzung: „Ziel der populistischen Absicht ist ein klassenübergreifender Zusammenschluss im nationalen Rahmen.“

Gemeinschaft: „[C]’est parce que le peuple est sain et simple qu’il est vertueux, cette vertu lui donnant l’énergie requise pour réaliser le rassemblement des forces de la nation.“⁷ (Taguieff 1997, 25)

- **Appell an die Veränderung**

Die populistische Bewegung, allen voran ihr/e *LeaderIn*, kann als einzige für wahre Veränderung sorgen, im Vergleich zur alten politischen Klasse, die gemäß der Logik der PopulistInnen kein Interesse an echten Veränderung hat. Dafür braucht es eine „rupture purificatrice“⁸ (Taguieff 2004, 23) verkörpert durch den/die *LeaderIn*.

- **Aufruf zur Diskriminierung anderer**

Dieser Aspekt des Nationalpopulismus ist per se xenophob. Eine romantische Rhetorik soll den eigentlichen Aufruf, Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder kulturellen Zugehörigkeit abzulehnen, verklären. Beispiele dafür führt Taguieff wieder für den FN an, der etwa einige ethnisch-kulturellen Gruppen als „inassimilables“⁹ (Taguieff 2004, 23) stigmatisiert. Hier trifft der Nationalpopulismus auf das anti-republikanische Element der Exklusion (vgl. Taguieff 1997, 26).

2.1.4. Cas Mudde: „Defining the Undefinable“

Mudde sieht in der Populismus-Debatte zwei vorherrschende Denkmuster: Demagogie – ausgedrückt durch Stammtisch-Politik, simple Botschaften - und Opportunismus – populäre Maßnahmen mit dem Ziel, kurzzeitig WählerInnen anzuziehen (vgl. Mudde 2004, 542). So definiert er Populismus als „an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‚the pure people‘ versus ‚the corrupt elite‘, and which argues that politics should be an expression of the *volonté général* (general will) of the people.“ (Mudde 2004, 543) Anhand dieser, für die Populismusforschung ungewöhnlich griffigen Definition, betont er die ideologische Komponente von Populismus: „As a thin-centred ideology, populism can be easily combined with very different (thin and full) other ideologies.“ (Mudde 2004, 544) Der ideologische Kern des Populismus liegt im normativ gewerteten „Volk“, das auch den Gegenspieler – die politische Elite - entsprechend konstruiert. Faktoren wie charismatische Leadership sieht Mudde als hilfreich für populistische Bewegungen, aber nicht als konstituierendes Element davon. Vielmehr fügen sich diese LeaderInnen dem allgemeinen Trend nach verstärkter Personalisierung von Parteien (vgl. Mudde 2004, 544ff). Die Konzeption von Taggarts *heartland* greift Mudde auf, um dem Begriff des „Volkes“ etwas von seiner Unklarheit und Breite zu nehmen: „The concept of the heartland helps to emphasize

⁷ Übersetzung: „Weil das Volk gesund und einfach ist, ist er [der/die *LeaderIn*, Anm.] tugendhaft, diese Tugend gibt ihm die notwendige Energie für einen Zusammenschluss der Kräfte der Nation.“

⁸ Übersetzung: „eine reinigende Ruptur“

⁹ Übersetzung: „nicht zu assimilieren“

that the people in the populist propaganda are neither real nor all-inclusive, but are in fact a mythical and constructed sub-set of the whole population.“ (Mudde 2004, 546)

Nichtsdestotrotz sieht Mudde auch das *heartland* als einen schwer einzugrenzenden Begriff. Konträr dazu verlaufen die inhaltlichen Anti-Positionierungen der PopulistInnen, die oft klar gegen etwas erscheinen: “In an often implicitly Rousseauian fashion, populists argue that political parties corrupt the link between leaders and supporters, create artificial divisions within the homogeneous people, and put their own interests above those of the people.” (Mudde 2004, 546)

2.1.5. Arbeitsdefinition und Fazit

Die Darstellung der ausgewählten Zugänge verdeutlicht die Heterogenität in der Populismusforschung. Was bedeutet Populismus in dieser Arbeit?

Als „strukturelle und typologische Leitlinie des Populismus“ (Hartleb 2012, 24) ergeben sich vier Dimensionen: technisch, inhaltliche, personelle sowie mediale Dimension. Entlang dieser Aspekte lassen sich die vorgestellten Zugänge von Canovan, Taggart, Taguieff und Mudde einordnen.

Taguieff sieht Populismus als rhetorisches Stilmittel, er beschränkt sich in seiner Arbeit auf die inhaltliche sowie mediale Dimension. Dies erschwert allerdings eine ganzheitliche Analyse von facettenreichen Populismen. Was jedoch die kommunikative Dimension von Populismus betrifft, sind Rückgriffe auf die rhetorischen Charakteristika durchaus zielführend, da es sich bei seinen Ausführungen um einen ethno-nationalistischen Populismus handelt. Canovans, Taggarts und Muddes Arbeiten hingegen teilen dieselbe Auffassung hinsichtlich der wesentlichen Grundzüge von Populismus. Ihren Arbeiten ist gemeinsam, dass Populismus keine identisch auftretende Erscheinung beschreibt, sondern im jeweiligen Kontext analysiert werden muss (vgl. Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 4). Taggart spricht vom „empty heart“ des Populismus, Canovan sieht das Phänomen eng an die jeweiligen Machtstrukturen ausgeprägt. An die oben beschriebenen Merkmale anknüpfend, verwende ich die Definition von Mudde, der Populismus als „thin-centred ideology“ sieht. Die Definition erlaubt es auch Taggarts Konzept des *heartland* heranzuziehen, die ahistorische und verklärt-idealisierte Vision einer Gemeinschaft. Darauf baut auch Anderson Definition von Nation im Sinne einer „imagined community“ (Anderson 1991) auf. Dadurch kann das Verhältnis von politischer Stimmung - bei Canovan in Form eines Leaders, einer Leaderin, die personelle Dimension - und Elektorat nachgezeichnet werden. In die technische sowie inhaltliche Dimension fallen eine Anti-Establishment Positionierung sowie ein simplifizierender Rekurs auf ein vermeintlich homogenes „Volk“ und seine Traditionen gegenüber einer korrupten Elite. In Tabelle 1 erfolgt eine genauer bestimmte inhaltliche Ideologie des Populismus:

Tabelle 1: Vertikale und horizontale Orientierung populistischer Ideologie

Quelle: Rensmann 2006, 101

Vertikale Orientierung (gegen „die oben“)	Horizontale Orientierung (gegen „außen“)
<ul style="list-style-type: none"> • Anti-Parteien-Orientierung/Anti-Parteien Partei • Anti-Establishment • Betonung kollektiver Identität („unten“) und Gemeinschaft gegenüber individuellen Interessen („oben“) • Vertretung eines homogenisierten „Volkswillens“ bzw. der „schweigenden Mehrheit“ • Soziokulturelle Modernisierungsabwehr/ gegen Modernisierung als „Eliten-Projekt“ • Anti-pluralistische Elemente 	<ul style="list-style-type: none"> • Anti-EU- Positionen • Anti-Globalisierung • Antiamerikanismus • Sozialprotektionismus • Fremdenabwehr (vor allem bei rechten Varianten) • Anti-pluralistische Elemente

2.2. Populismus und Demokratie

2.2.1. Überblick über die Debatte

Neben der Auseinandersetzung mit der begrifflichen und definitorischen Problematik von Populismus als „many-headed monster“ (Hill cit in Canovan 2004, 241), steht vor allem die Frage nach dem Verhältnis von Populismus und Demokratie im Vordergrund der Debatte. Das inhärente Spannungsfeld um den Terminus „Volk“ – konstitutiv für beide Konzepte – kann als Ausgangspunkt für eine Annäherung dienen.

„Am Anfang des modernen Populismus steht ein radikales Verständnis von Demokratie als Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk; eine Volksherrschaft jenseits der Unterscheidung zwischen Mehrheit und Minderheit, jenseits aller Begrenzungen die ‚das Volk‘ als Souverän einschränkt.“ (Pelinka 2012, 9)

Die berühmte Demokratieformel von Abraham Lincoln bildet das Fundament von Populismus. Gleichzeitig deutet es auch eine naive Auffassung von „Volk“ an, denn wer zu welcher Zeit als Teil des „Volkes“ verstanden wird, ist und war stets großen Schwankungen unterworfen (vgl. Pelinka 2012, 10).

Bereits etymologisch zeigt sich eine begriffliche Doppeldeutigkeit, die der Populismus aufgreift. Das lateinische Wort für „Volk“, *populus*, hat dieselbe Konnotation wie das Griechische *demos*: Zum einen meint es die Gesamtheit der BürgerInnen, zum anderen das „gemeine Volk“, die arme und zahlenmäßige Mehrheit, die Plebs im Unterschied zur besser gestellten Oberschicht

der Patrizier. Die alteingesessene Elite fürchtete das „einfache Volk“ aus mehreren Gründen. Da das „einfache Volk“ weder Bildung noch Einkommen besaß, ließen sie sich leichter von demagogischen Aufrufen gegen die Elite aufhetzen, was die Gefahr eines wutentbrannten Mobs und politischen Unruhen barg (vgl. Canovan 2005, 68). Dahl führte den Begriff der „Madisonian Democracy“ (Dahl 1956) ein, dessen Demokratieverständnis auf der Verfassungsdebatte im 18. Jahrhundert der USA basiert und bedeutend für die europäische Entwicklung war (vgl. Pelinka 2012, 10). Er versteht darunter „an effort to bring off a compromise between the political equality of all adult citizen on the one side, and the desire to limit their sovereignty on the other“ (Dahl 1956, 4). Das Ziel, das er damit verfolgte, war das Verhindern einer „Tyrannei der Mehrheit“. Madison sprach davon, dass den BürgerInnen politische Rechte zur Mitbestimmung zukommen müssen als „republican principle“ (Dahl 1956, 31), während er ebenso ein System errichtete, das Status und Macht einer Minderheit sicherte. Madisons Konzept fand Eingang in die US-amerikanische Verfassung. So wurde der Bezug auf die ursprüngliche Form von Demokratie darin weggelassen (vgl. Papadopoulos 2002, 46). Für Dahl bewegt sich Madison mit seinen Ideen am äußersten Ende des demokratischen Spektrums (vgl. Dahl 1956, 32).

Dieses Unbehagen dem „Volk“ gegenüber wirkt abgeschwächt bis heute nach: „Einerseits sollte die Macht dem ‚Volk‘ übergeben werden; andererseits wurde (und wird) aber dafür gesorgt, dass diese Macht durch ein Repräsentationssystem kanalisiert und damit auch relativiert wird.“ (Pelinka 2012, 12) Nach dem Grauen des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Massenmobilisierung, prägte die erneut aufgeflamnte Furcht vor dem Willen des „Volkes“ die Debatte. Prinzipien des Rechtsstaates müssen verteidigt werden – diese Überzeugung dominierte den Wiederaufbauprozess von Institutionen wie der Europäischen Union und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (vgl. Canovan 2005, 86).

Demokratie per se stellt die inklusivste Regierungsform dar – „taking politics to the people“ (Canovan 2002, 28) – indem sie die BürgerInnen mit den gleichen Rechten und Einflussmöglichkeiten ausstattet. Damit es aber überhaupt erst soweit kommen kann, wird sie zu einem komplexen und intransparenten Gebilde, das für die Beteiligten immer schwieriger zu durchschauen ist. Um die größtmögliche Inklusion zu gewährleisten, braucht es für die Teilhabe daran, funktionierende Institutionen, wodurch es unweigerlich zu einem Verlust an Transparenz kommt. Diese „intrinsische Spannung“ (Mény/Surel 2002, 7) zwischen dem Souverän in Form des „Volkes“ und den Prinzipien repräsentativer Demokratie dient dem modernen Populismus als Katalysator für seine Forderung nach direkter Demokratie. Dies gehört zum „Standardrepertoire der populistischen Systemkritik“ (Decker 2012, 15). Die wachsende Komplexität durch unterschiedliche Institutionen, insbesondere jene, auf supranationalem Level, erschwert das Nachvollziehen demokratischer Prozesse. Hier setzt

das populistische Modell an, indem eine Art Abkürzung durch direktdemokratische Elemente suggeriert wird - vorbei am institutionellen Regelwerk und philosophisch-ethischen Details (vgl. Canovan 2002, 34). Folgerichtig erfreuen sich direktdemokratische Instrumente wie Referenden, Volksabstimmungen oder BürgerInneninitiativen großer, populistischer Beliebtheit. Warum diese Instrumente so hoch im Kurs stehen, hat mehrere Gründe. Erstens ermöglichen sie, dass Initiativen die Phasen inhaltlicher Reflexion sowie der langwierigen, weil bürokratischen Bearbeitung in den Institutionen überspringen. Der Modus der demokratischen Entscheidungsfindung soll beschleunigt und entwirrt werden, da das Ergebnis ohnehin nur einen mühsamen Kompromiss darstellen könne, so die populistische Logik. Zweitens wird gegenüber der wichtigsten Bezugskategorie, den BürgerInnen, der Anspruch vertreten, dass es sich dabei um „echte Demokratie“ im Unterschied zur repräsentativen Demokratie der Eliten handelt.

„The sovereign people who take this momentous decision on behalf of the polity, binding themselves and their successors, cannot be seen merely as a conglomeration of individuals but as a corporate people, identified with the historic nation not only by the issue at stake but by the referendum process itself.“ (Canovan 2002, 37)

Während gleichzeitig der Unterschied zwischen Regierten und Regierenden verstärkt wird, belebt das Referendum auch die ultimative Legimitationsquelle der PopulistInnen, den geschlossenen „Volkskörper“. Die Bedeutung dieser Elemente im Populismus bedarf weiterer Erklärung. Canovan sieht abseits der populistischen Gefahr klar auch das legitimierende Potenzial in Referenden, denn politische Entscheidungen in modernen Demokratien können durch plebiszitäre Instrumente von ihren BürgerInnen getroffen werden (vgl. Canovan 2002, 37). Darüber hinaus steckt hinter diesen Forderungen aber auch kein allzu starkes Bekenntnis zur direkten Demokratie im Sinne einer deliberativen Demokratie nach Jürgen Habermas¹⁰. Naheliegender kann sie als Mittel zum Zweck für PopulistInnen interpretiert werden. Um es mit Cas Mudde zu sagen, der ebenfalls den Begriff *heartland* verwendet, ist für WählerInnen und populistische Akteure nicht ein Mehr an Partizipation das Hauptanliegen: „The heartland of contemporary populism is thus focused primarily on the output and not on the input of democracy. What they demand is responsive government, i.e. a government that implements

¹⁰ Jürgen Habermas sieht in der deliberativen Politik legitimierendes Potenzial für die Demokratie. Nach seiner Auffassung der Diskurstheorie stellt Partizipation einen Wert an sich dar, weswegen die Kommunikationsbedingungen von übergeordneter Wichtigkeit sind. „Dieses demokratische Verfahren stellt einen internen Zusammenhang zwischen Verhandlungen, Selbstverständnis- und Gerechtigkeitsdiskursen her und begründet die Vermutung, dass unter solchen Bedingungen vernünftige bzw. faire Ergebnisse erzielt werden.“ (Habermas 1996, 286) Habermas sieht in der deliberativen Demokratie eine Zusammenführung von liberaler und republikanischer Demokratie. Die Öffentlichkeit wird zu einer Arena der politischen Entscheidungen, in der BürgerInnen, zum Teil beeinflusst von Partikularinteressen, „mit allen anderen kooperativ nach denjenigen Lösungen politischer Probleme [...] suchen, die im Hinblick auf die Maßstäbe der Gerechtigkeit die größte Überzeugungskraft entfalten.“ (Meyer 2009, 75)

policies that are in line with their wishes.“ (Mudde 2004, 558) Vereinfacht lässt sich also sagen, dass das Resultat – Politik nach den Vorstellungen der WählerInnen – und nicht die Teilhabe am Entscheidungsprozess, gewährleistet sein muss. Plebiszitäre Maßnahmen werden von beiden Gruppen deshalb gutgeheißen, weil dadurch die Macht der politischen Elite beschnitten wird (vgl. Mudde 2004, 559).

Der demokratische Widerspruch oder demokratisches Paradoxon ist Teil der repräsentativen Demokratie, denn die Ideologie steht der tatsächlichen Funktionsweise gegenüber - „the power of the people“ versus „the power of the elites chosen by the people“ (Mény/Surel 2002, 8). Darüber hinaus herrscht, trotz Diskussionen über die Gewichtung, in der Demokratietheorie Konsens darüber, dass, normativ gesprochen, für eine moderne Demokratie sowohl die Säule der Souveränität der StaatsbürgerInnen als auch jene der rechtsstaatlichen und liberalen Verfassung konstitutiv sind. Populismus beanstandet die „scheinbare Dominanz des Verfassungsstaatsgedankens“ (Rensmann 2006, 64). Darin liegt ein Grund für die populistische Abneigung gegenüber der Funktionsweise von Demokratie: „All populist movements speak and behave as if democracy meant the power of the people and only the power of people.“ (Mény/Surel 2002, 9) Hier wird Demokratie als eine auf die „Volkssouveränität“ reduzierte Form verstanden, die konstitutionelle Säule wird als „überflüssige“ Einschränkung davon gesehen. Somit bieten die PopulistInnen einen Ausweg aus dem demokratischen Widerspruch, indem die „imaginäre Instanz eines vermeintlichen Einheitswillens gegen die Heterogenität der realen Meinungs- und Willensbildungsprozesse mit ihren mannigfachen Interessensgegensätzen in Stellung gebracht“ (Rensmann 2006, 64) werden. Populismus präsentiert sich somit als einfacher Ausweg aus dem demokratischen Paradoxon.

Natürlich erweckt Populismus mit seinem Versprechen von Transparenz und „Volksherrschaft“ so immer wieder das Interesse der WählerInnen, was die Wissenschaft kaum verwundern dürfte, folgert Canovan (vgl. Canovan 2002, 28). Grundlegender scheint auch für diese Arbeit der Einfluss vom erstarkten Populismus der letzten Jahrzehnte auf die repräsentative Demokratie, die ihrerseits ohnehin von den Veränderungen einer post-industriellen Gesellschaft und dem Parteiensystemwandel geschwächt scheint.

2.2.2. Populismus zwischen antidemokratischer Gefahr und chancenreicher Korrektivfunktion

Demokratie kommt nicht ohne Populismus aus (vgl. Pelinka 2012, 18) aber was macht Populismus so populär? Welchen Einfluss hat Populismus auf die repräsentative Demokratie?

„Sinkende Wahlbeteiligung, Mitgliederschwund in den etablierten Parteien und eine wachsende Zahl von Nichtwählern, vor allem in den unteren sozialen Segmenten, verweisen heute auf ein demokratisches Defizit, das durch die Mehrebenenpolitik im Zuge der europäischen Vereinigung noch verstärkt wird. Das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber intransparenten Prozessen war immer schon und ist auch heute ein günstiger Nährboden für Populismus.“ (Priester 2012, 8)

Die Schlagwörter im Zitat von Priester – Erosion der Parteiendemokratie, Politikverdrossenheit – können als Ausschnitt der viel beschriebenen Krise der repräsentativen Demokratie verstanden werden. Eine Analyse der Herausforderungen und Probleme, die es für moderne Demokratien im 21. Jahrhundert zu bewältigen gibt, würde einerseits freilich den Rahmen dieser Arbeit sprengen, andererseits auch vom eigentlichen Thema wegführen. Überdies sind die Ursachen, warum Populismus so populär ist, vielfältig: „Als Hintergrundmotiv kann immer ein akutes Modernisierungsproblem vermutet werden, das auf kulturellem, sozialem oder ökonomischem Gebiet Bedrohungsängste, Entwurzelungserfahrungen, Unsicherheiten und Ängste auslöst.“ (Meyer 2006, 78) Da sich der aktuelle Populismus in Europa in demokratischen Systemen etablierte, profitiert er folgerichtig auch von den Schwächen der Parteiendemokratie. In Anlehnung an Mudde werden hier jene Faktoren kurz besprochen, die direkt auf die Funktionsweise und Ideologie von Populismus hinführen. Der Mitgliederschwund in den etablierten Parteien stellt ein Charakteristikum der Entwicklung in eine post-industrielle Gesellschaft dar. Als Folge dessen erkannten neue und weniger stark ideologische Parteien ihr Potenzial, gleichzeitig stieg mit zunehmender Emanzipation und Bildungsmöglichkeit der BürgerInnen das Misstrauen gegenüber der politischen Klasse an. Von großer Bedeutung ist auch, dass sich die moderne Demokratie heute gegenüber ihrer theoretischen (und häufig idealisierten) Konzeption behaupten muss, im Unterschied zu vormals mächtigen Systemen wie dem Realsozialismus. Von Vorteil ist dieser Vergleich für die repräsentative Demokratie jedenfalls nicht unbedingt, denn wie bereits angesprochen, zielt Populismus auf die Unterschiede zwischen demokratischer Theorie und Wirklichkeit ab. Ebenfalls aufgegriffen wurde bereits der Aspekt des Verlusts von Souveränität für die Nationalstaaten und ihre Akteure als Auswirkungen von Globalisierung und Europäisierung, wodurch ihre eigene Macht geschmälert wird (vgl. Mudde 2004, 555).

Das Zusammenwirken dieser Faktoren hatte schließlich eine „demystification of the ‚political office““ (Mudde 2004, 556) zur Folge, was eine relevante gesellschaftliche Entwicklung

darstellt. Unter der Emanzipation der BürgerInnen in Form einer Zunahme von „materiellen und politischen Teilhabeansprüche[n]“ (Decker 2000, 249) litt die wahrgenommene Autorität und Kompetenz der PolitikerInnen. Verallgemeinernd gesprochen wurde dieses Befinden mit einer neuen Art der medialen Berichterstattung verstärkt, die sich im Begriff *Politainment*¹¹ konkretisiert. Tendenziell lösten sich die Medien seit den 1960ern graduell von Parteiinteressen ab (vgl. Mudde 2004, 553), gleichzeitig wurde die Personalisierung sowie Skandalisierung von Politik vorangetrieben. Ein populistischer Kommunikationsstil basiert auf den Aufmerksamkeitsregeln der Massenmedien (vgl. Diehl 2012, 16). „Was zählt, ist das neueste vom Neuen, der allerneueste Augenblick, attraktiv gefüllt. Gestern und Morgen verblassen, der lange Prozess langweilt.“ (Meyer 2006, 82) Dies schaukelte sich politisch-medial immer weiter auf, wodurch eine perfekte Bühne für populistische LeaderInnen entstand und Populismus als Inszenierungsstrategie fungiert (vgl. Meyer 2006, 84).

In Anbetracht dessen, wurde die konstituierende Facette des Populismus immer wichtiger: charismatische Leadership. Charismatische Herrschaft bzw. Autorität, ist nach Max Webers Unterscheidung neben traditioneller und legaler Herrschaft – basierend auf Kompetenz - die dritte Form (vgl. Mudde 2004, 556). Welchen Einfluss hat das auf das vorherrschende System der repräsentativen Demokratie? „We can say that personalized or charismatic leadership is contrary to representative politics because it leads to a reversal of the relationship between masses and their representatives.“ (Taggart 2000, 110) Konkret bedeutet das Folgendes: Während in der repräsentativen Form, AnhängerInnen aufgrund ihrer Positionierung einem/r LeaderIn folgen, tritt bei charismatischer Leadership die Persönlichkeit des Leaders, der Leaderin in den Vordergrund (vgl. Taggart 2000, 110).

Entkräftet wird diese Kontrastierung etwa von Mudde, der diese Entwicklungen als Ausdruck des vorherrschenden „populist Zeitgeist“ sieht, in dem Populismus Teil von liberalen Demokratien geworden ist.

„When explicitly populist outsider groups gain prominence, parts of the establishment will react by a combined strategy of exclusion and inclusion; while trying to exclude the populist actor(s) from political power, they will include populist themes and rhetoric to try and fight off the challenge.“ (Mudde 2004, 563)

Demnach folgt auf dieses Muster der etablierten Parteien ein Festschreiben und Aufgreifen von populistischer Politik. Für Mudde ist Populismus daher auch nicht als eine Krankheit der Demokratie, wie bei Taggart, zu interpretieren, sondern als eine episodisch auftretende und

¹¹ Andreas Dörner definiert *Politainment* als „eine bestimmte Form der öffentlichen, massenmedial vermittelten Kommunikation, in der politische Themen, Akteure, Prozesse, Deutungsmuster, Identitäten und Sinnentwürfe im Modus der Unterhaltung zu einer neuen Realität des Politischen montiert werden“ (Dörner 2001, 31). Für Implikationen und Analyse der medialen Erlebnisgesellschaft siehe ebenda sowie Thomas Meyer „Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien“ (2001).

eine zum Mainstream gewordene Dynamik innerhalb des demokratischen Systems (vgl. Mudde 2004, 551ff). Taggart attestiert dem Populismus ein negatives Verhältnis zur repräsentativen Demokratie, das sich auf die Formel „ruled against the rulers“ bringen lässt. In dieser Hinsicht bleibt dem Populismus eine feindselige Grundstimmung gegenüber der modernen Demokratie angeheftet (vgl. Taggart 2000, 108ff).

Ausgehend vom demokratischen Paradoxon sieht Canovan in der populistischen Logik eine Art Warnsignal an die Akteure der repräsentativen Demokratie. Immer komplizierter und vielschichtiger werdende politische Prozesse treffen auf den Ruf nach mehr Transparenz und Verständlichkeit. Hier dockt der Populismus an mit seinen vereinfachenden und schrillen Parolen. Das Credo lautet: "Wer verführen will, muss vereinfachen" (Dorna 2003). Die simplifizierende Komponente birgt eine Gefahr in sich, weil so den komplexen Herausforderungen im System und der Gesellschaft, z.B. der Schutzfunktion von Minderheiten, nicht adäquat begegnet werden kann. Hiermit soll noch einmal auf die Bedeutung des inhärenten Spannungsfeldes der Demokratie zurückverwiesen sein, denn darin wird das ambivalente Verhältnis zwischen Ideal und Praxis augenscheinlich (vgl. Canovan 2002, 42f).

Es stellt sich nun folgende Frage: „Steckt denn hinter jedem Appell ans Volk gleich der Wille, eine Ideologie an die Macht zu bringen, die ihrem Wesen nach antidemokratisch sein muss?“ (Dorna 2003) Dass die Antwort auf die Frage nicht eindeutig ist, wird mit Blick auf dieses Kapitel wohl klar. Nicht zuletzt fällt die Beantwortung aufgrund ihrer inhärenten Verbindung sowie den unterschiedlichen Formen¹² von Populismus schwer. Als vorläufige Antwort auf diese Schlüsselfrage, kann man zusammenfassen, dass das Verhältnis von Populismus und Demokratie zwei Gesichter hat. Einerseits positioniert er sich als „Protestphänomen [...] gegen die Begleiterscheinungen ökonomischer, kultureller und institutioneller Modernisierungsprozesse“ (Decker 2006, 33) und schürt die „falsche Vorstellung eines homogenen Volkes, das einer ihm entfremdeten Elite entgegensteht“ (Segert 2011, 53). Insbesondere im viel zitierten „Volk“ zeigt sich die Gefahr für moderne Demokratien, denn es ist eine bloße Illusion: „Das Volk‘ gibt es nicht – auch wenn die Demokratie gezwungen ist, so

¹² Diese Arbeit konzentriert sich auf Rechtspopulismus, weswegen linke Formen des Populismus nicht behandelt werden. In der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Populismus und Demokratie wird allerdings wenig auf die unterschiedlichen Wirkungsweisen von rechtem und linkem Populismus Bezug genommen. Angemerkt sei hier, dass „auch die linken Populisten das anti-elitäre Ressentiment, die Gegnerschaft zum herrschenden System und die Parteinahme für das sogenannte einfache Volk“ pflegen, jedoch „das exklusorische Prinzip [...] nicht auf die horizontale Ebene aus[dehnen], wo sie ihren egalitären Zielen weiter verpflichtet bleiben und in wertebezogenen Fragen eher liberal oder libertär auftreten“ (Decker 2006, 30). Auch wenn sich das Elektorat von links- und rechtspopulistischen Bewegungen oftmals überschneiden kann, ist es „die extreme Rechte, von der die mobilisierenden Schlüsselbegriffe verwendet werden: Massenzuwanderung, Multikulturalismus und das Ende des souveränen Nationalstaates.“ (Pelinka 2012, 17) Eine Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Links- und Rechtspopulismus findet sich im Werk von Karin Priester „Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon“ (2012).

zu tun, als wäre es so.“ (Pelinka 2012, 18) In dieser Hinsicht vermischen sich antiliberaler, weil explizit ausgrenzende Funktion, Ansichten mit einer Anti-Establishment Haltung, die sich vom repräsentativ-konstitutionellen Modell abgrenzt, weil es nicht als „echte“ Demokratie gilt (vgl. Rensmann 2006, 120).

Andererseits kann Populismus auch auf reale oder gefühlte Abgeschlossenheit des Systems hinweisen, das für die BürgerInnen zu intransparent funktioniert. „Populisten treten als *agenda setter* auf, die tabuisierte, unliebsame oder vernachlässigte Themen aufgreifen und insofern nicht nur eine Bedrohung, sondern auch eine produktive Herausforderung darstellen können.“ (Priester 2012, 7) Populismus wirft somit Fragen an die Demokratie und ihre Akteure auf, dessen Antworten es zur Genesung der angeschlagenen Demokratie benötigt. Der „populistische Zeitgeist“ profitiert vom „Gestaltwandel des Parteienwettbewerbs“ (Decker 2012, 13), der sich unter anderem in einer Repräsentations- und Legitimationskrise äußert. Im europäischen Kontext thematisiert der Populismus genauso das verschobene Machtgleichgewicht zwischen nationaler Souveränität und immer wichtiger werdenden supranationalen Ebenen wie der EU (vgl. Rensmann 2006, 114). Dadurch zeigt Populismus als Korrektiv auf, wo Aufklärungs- und Handlungsbedarf liegt. Zutreffend ist das insbesondere für jene Menschen, die von etablierten Parteien nicht oder unzureichend angesprochen werden – Stichwort Modernisierungs- bzw. TransformationsverliererInnen (vgl. Segert 2011, 54).

2.3. Populismus in Ost- und Westeuropa

2.3.1. Vorbemerkung

Lässt sich Populismus in Ost- und Westeuropa überhaupt miteinander vergleichen? Neben den begrifflichen Schwierigkeiten mit dem Konzept Populismus, wird von vielen auch die Möglichkeit sowie Sinnhaftigkeit eines Vergleiches zwischen ost- und westeuropäischen Populismus bezweifelt. Gründe dafür liegen einerseits in der starken Kontextabhängigkeit von populistischen Parteien, andererseits auch in der weit verbreiteten Annahme, junge Demokratien im östlichen Europa unterscheiden sich aufgrund von historischen und soziökonomischen Faktoren von etablierten Demokratien im Westen zu stark. Insbesondere im Festmachen von populistischen Momenten ist diese Auffassung häufig zu finden. Folgt man etwa der Prämisse, dass Populismus ein Nutznießer der Krise der Parteiendemokratie und Modernisierung ist, werde man auf unterschiedliche Realitäten am Kontinent stoßen. In westlichen Demokratien hingegen, so der scheinbare Konsens, verliefen die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen parallel zueinander. Dies soll hier nicht in Abrede gestellt werden, denn ein kurzer Blick zurück in die 1980er und 1990er zeigt klar, dass das politische Klima in Westeuropa vermehrt anfällig für RechtspopulistInnen wurde. Der FN in Frankreich, die FPÖ in Österreich, Vlaams Blok (heute: Vlaams Belang) in Belgien oder die Lega Nord in

Italien– nicht umsonst wurde und wird Populismus vielfach mit einem herumschleichenden Gespenst verglichen (vgl. Decker 2000, 14). Für Osteuropa begann die demokratische Entwicklung erst mit Anfang der 1990er, deshalb ist es einleuchtend, dass die kommunistische Vergangenheit diese maßgeblich beeinflusste. Dennoch gibt es Faktoren, die einen Vergleich zwischen Populismus in Ost- und Westeuropa zulassen. Bereits früh prägte Populismus die jungen Demokratien der Transformationsländer.

2.3.2. Spezifische Merkmale in ost- und westeuropäischen Kontexten

Die durch die Globalisierung veränderte gesellschaftliche sowie politische Konstellation „markiert zugleich die Geburtsstunde eines modernen Rechtspopulismus“ (Bischoff/Müller 2004, 10) im westlichen Teil des Kontinents. Während in Westeuropa mehrheitlich die Spielarten des Rechtspopulismus zu finden sind, gab es in Osteuropa phasenweise starke, agrarpopulistische Parteien. Agrarpopulismus vereinte eine Abkehr von städtischen Eliten, Zentralismus und materialistischen Kapitalismus hin zu einer (politischen) Stärkung der ländlichen, bäuerlichen Gemeinschaft. Den Mythos des ehrlichen Bauers galt es zu verteidigen gegenüber dem „von außen“ eingepflanzten Kapitalismus. Im sozialistischen Regime gingen agrarpopulistische Parteien entweder in der Kommunistischen Partei auf oder kooperierten mit dieser; nach dem Fall des Kommunismus traten sie in Osteuropa wieder auf. Mit voranschreitender Industrialisierung wurde der Agrarpopulismus – mit Ausnahme von Ungarn und Polen – nur mehr eine Randbewegung (vgl. Mudde 2002, 215ff). Die populistische Entwicklung verlief in beiden Regionen also unterschiedlich, mittlerweile treten allerdings als Auswirkung von Globalisierung im gesamten Europa ähnliche Muster auf.

Wie verhält es sich mit den von Populismus betroffenen Parteiensystemen? Für Westeuropa beschreibt das bekannte Konzept der *cleavages* von Lipset und Rokkan die wesentlichen Spaltungslinien, anhand derer sich Gesellschaft und Parteiensystem festigen. Die Konfliktdimensionen Zentrum vs. Peripherie sowie Staat vs. Kirche entwickelten sich aus der Staatsbildung und Säkularisierung heraus, Stadt vs. Land sowie Arbeit vs. Kapital stehen sinnbildlich für die Folgen der Industrialisierung, und kennzeichneten die stabilen, westeuropäischen Systeme mit starker WählerInnenbindung an die Parteien. Demgemäß waren die gesellschaftliche Verankerung und ausgedehnte Partizipation die Hauptmotive der politischen Akteure (vgl. Tiemann 2008, 34ff). Paradoxerweise begann die Wichtigkeit dieser vormals starken Parteienbindung etwa zeitgleich mit der Publikation von Lipset und Rokkan (1967) sukzessive abzunehmen (vgl. Decker 2000, 13). Mit der Phase des sogenannten *dealignment* rückten, besonders ab den 1980ern, im Zuge eines Wertewandels neue *cleavages* in den Vordergrund. Neue Konfliktlinien sind jene, den sozialen Status betreffend (redistributive vs. marktliberale Allokationspolitik) und soziokulturellen Wertorientierungen (autoritär-ehnokulturell vs. libertär-pluralistisch) (vgl. Kitschelt cit in Frölich-Steffen/Rensmann

2005, 17f). Ignazi spricht von einer „silent counter-revolution“, bezugnehmend auf die stille Revolution und dem Wertewandel im Postmaterialismus bei Inglehart.

“A mounting sense of doom, in contrast to postmaterialist optimism, has been transformed into new demands, mainly unforeseen by the established conservative parties. These demands include law and order enforcement and, above all, immigration control, which seems to be the leading issue for all new right-wing parties. This value change, stimulated by the reaction to postmaterialism and by new combination of authoritarian issues, might be identified as a silent counter-revolution.” (Ignazi 1992, 25)

Die Situation im Postsozialismus war jedoch eine andere: „Hier stand 1990 und im Folgenden nicht die Ausweitung der Partizipation im Vordergrund, sondern die Einführung kompetitiver Elemente in das politische System. Die realsozialistischen *Anciens Régimes* waren bereits auf Massenpolitik und –mobilisierung ausgerichtet“ (Tiemann 2008, 37). Der Aspekt der „gefrorenen“ Demokratie beschreibt also die Transitionsphase in Osteuropa unzureichend. Eine Alternative dazu findet man bei Kitschelt et al.: „In this spirit, our study of the nature of democratic process in East Central Europe focuses on the emerging post-communist party systems to explore the citizen-party linkages they articulate and the alignments that transpire in the policy process.“ (Kitschelt et al. 1999, 5) Im Mittelpunkt der Analyse stehen sogenannte *legacies* des sozialistischen Systems, also das Erbe des *Ancien Régime*. Drei Typen wurden identifiziert – bürokratisch-autoritärer Sozialismus, patrimonialer Sozialismus, National-akkommodativer Sozialismus – und implizierten so die weitere Herausbildung des Parteiensystems sowie die Entwicklung soziopolitischer Konfliktfelder (vgl. Tiemann 2008, 40ff).

Überdies fehlt es den Parteien im Post-Sozialismus an StammwählerInnen, die in den etablierten Demokratien für Stabilität sorgten. Die geringe Bindung und Verankerung der Parteien führt außerdem zu einer höheren Volatilität, die eine destabilisierende Wirkung auf das System hat (vgl. Bos/Segert 2008, 326). Dadurch erklären Bos und Segert, dass die „genaue Ausdifferenzierung des Parteienwettbewerbs nach gesellschaftlichen Konfliktlinien“ (Bos/Segert 2008, 326) – auch unter Einbeziehen neuer, transformationsbedingter Konfliktlinien wie Regime vs. Antiregime oder ethnisch-linguistische Konflikte¹³ – wenig gehaltvoll bleibt. Es sind eher Eliten oder Konflikte zwischen Personen, die die politische Arena beeinflussen (vgl. Bos 2010, 591).

Wie lässt sich das Verhältnis zwischen ost- und westeuropäischen Systemen erfassen? Anstelle der These der demokratischen „Aufholjagd“ in Osteuropa, vertreten Bos und Segert den Ansatz, dass der Osten eine Art Trendsetter für westliche Demokratien sein kann und so

¹³ Interessanterweise ist gerade für Ungarn die Konfliktlinie Kommunismus vs. Antikommunismus wichtiger geworden, was sich insbesondere in Zeiten von Wahlkämpfen zeigt (vgl. Bos/Segert 2008, 328). Im nächsten Kapitel zur Analyse des Rechtspopulismus in Ungarn wird darauf eingegangen.

eine Funktion als „Frühwarnsystem für die Krisenerscheinungen der repräsentativen Demokratie“ (Bos/Segert 2008, 333) übernehmen könnte. Denn neben dem politischen Institutionswesen des Westens wurden auch die damit verbundenen Funktionsprobleme übernommen (Bos/Segert 2008, 333). Die Krisenphänomene in östlichen und westlichen Demokratien zeigen Parallelen im Wandel auf, gemeinsam ist ihnen der Druck der Globalisierung (vgl. Bos 2010, 596). Auf ökonomischer Ebene verursacht die globalisierte Moderne eine oft subjektive wahrgenommene, aber auch reale Abstiegsbedrohung, die sich im Schlagwort ModernisierungsverliererInnen zusammenfassen lässt. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich: „Die Veränderung in den Verteilungsverhältnissen führt zu einer massiven Verbreiterung und Zunahme von Zukunftsängsten bei größeren Teilen der Bevölkerung.“ (Bischoff/Müller 2004, 10) Dazu kommt eine kulturelle Herausforderung durch Globalisierung, die multikulturelle Gesellschaft entstehen lässt. Diese Konfrontation mit dem „Anderen“ führt wiederum bei manchen Teilen der Bevölkerung zu einem Gefühl der Entfremdung und „einer Verunsicherung kollektiver Identitäten“ (Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 12). Als politische Konsequenz kommt es zu Vertrauensverlust in Institutionen und Demokratieverdrossenheit, sowie einem begrenzten Handlungsspielraum nationaler Akteure gegenüber Globalisierungstendenzen und supranationalen Organisationen (vgl. Decker 2006, 15f).

Um wieder auf die eigentliche Fragestellung zu Populismus in beiden Regionen zurückzukommen, lässt sich feststellen, dass die erläuterten Merkmale den optimalen Nährboden für (Rechts-)Populismus bieten. Frölich-Steffen und Rensmann fassen sechs Dimensionen zusammen, die die politische Gelegenheitsstruktur und Mobilisierungsbedingungen für Populismus – unabhängig von der geographischen Region – begünstigen (vgl. Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 13ff). Die folgenden Merkmale strukturieren auch die Analyse im nächsten Kapitel.

- Parteisozioökologische, institutionelle und systemische Faktoren

Darunter fallen Entwicklungen wie die Legitimationskrise von repräsentativen Demokratien und etablierten Parteien Im Kapitel 2.2.1. und 2.2.2. wurde das demokratische Paradoxon und die daraus resultierenden Forderungen nach mehr direkter Demokratie der PopulistInnen besprochen.

- Politisch-kulturelle Kontextvariablen

Osteuropäische Transformationsgesellschaften treffen auf post-industrielle Demokratien in Westeuropa. Letztere charakterisieren Begriffe wie Postmoderne und Modernisierung. Aus dem Postsozialismus ergeben sich Themenfelder wie anti-liberale und autoritäre Strömungen, die auf fehlende „politisch-kulturelle Einübung von Demokratie“ (Frölich-Steffen/Rensmann

2005, 15) zurückzuführen sind. In dieser Hinsicht ist das Gros des postsowjetischen Erbes – u.a. Konflikte mit Nationalstaatlichkeit und Minderheitenpolitik - darunter zu verstehen.

- Rolle von Akteursvariablen

Erfolgreiche PopulistInnen verfügen über hohe Mobilisierungskräfte, die sich etwa durch charismatische LeaderInnen und politisches Gespür für die „richtigen“ Themen äußert.

- Situative Gelegenheitsbedingungen

Hier fallen jeweilige Regierungskonstellationen (Große Koalition, Parteienkartell) sowie Fragmentierungsgrade zwischen den Parteien oder Korruptionsskandale, die Auswirkungen auf die Legitimität des Systems haben. Auch von Interesse ist die Situation der populistischen Partei (Opposition oder Regierungspartei).

- Politische Diskursverschiebungen und neue soziokulturelle Konfliktlinien

Bereits behandelt wurde das Thema der Konfliktlinien anhand derer sich die Polarisierung der WählerInnenschaft verdeutlicht. Im gesamt-europäischen Kontext spielen neue *cleavages* für populistische Mobilisierung eine wichtige Rolle:

„Das relevante neue cleavage bewegt sich an der Scheidelinie zwischen ethnisch-kulturellen, pauschal globalisierungsabwehrenden bzw. nationalistischen/nationalprotektionistischen Positionen einerseits und kosmopolitischen bzw. globalisierungsbefürwortenden Orientierungen andererseits.“ (Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 17)

- Populismus als Element in der neuen Mediendemokratie

Ebenfalls schon erläutert finden sich hier Aspekte wie verstärkte Personalisierung von Politik und Medien-affiner Inszenierungen, die im Begriff *Politainment* zusammenfließen.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass die Entwicklung von Populismus in Ost- und Westeuropa keine spezifischen Unterschiede aufweist. Allerdings

„sind die populistischen Bewegungen in Osteuropa [...] keine regionale Besonderheit mehr, die Ähnlichkeiten mit westeuropäischen Formationen nehmen vielmehr zu, während sich die spezifisch osteuropäischen Gelegenheitsstrukturen allmählich abnutzen.“ (Frölich-Steffen 2008, 317)

Die Bedeutung von länderübergreifenden Ursachen und Gemeinsamkeiten soll analysiert werden, während gleichzeitig wichtige, spezifische Kontexte ebenfalls Betrachtung finden.

2.3.3. Nationalpopulismus als Beispiel für den neuen Rechtspopulismus

Bis zu diesem Punkt wurde der Begriff Populismus theoretisch relativ breit diskutiert. Der per se weit gefasste Begriff erfährt in diesem Unterkapitel eine Eingrenzung, die für meine Arbeit notwendig ist. Auch wenn bereits geklärt wurde, dass nur auf Rechtspopulismus eingegangen wird, bedarf es einer Erklärung, warum gerade die rechte Variante so bedeutend geworden ist: „Der Grund, warum Populismus und politische Rechte oft in einen Topf geworfen werden, liegt wohl darin, dass die Themen, an denen demagogischer Populismus aufschäumt, oft klassische Themen der Rechten sind.“ (Dahrendorf 2007, 2) Kaum eine Abhandlung über populistische Parteien kommt ohne Verweis auf die Schwierigkeit bei der Typologisierung aus, denn derselben Partei werden von unterschiedlichen WissenschaftlerInnen dabei genauso unterschiedliche Etiketten angeheftet.

Einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma zeigt der Begriff Nationalpopulismus auf. Neben der klassischen Einteilung in Links- und Rechtspopulismus, unterteilen einige AutorInnen populistische Bewegungen in harte und weiche PopulistInnen (vgl. Lang 2005). Unter harten Populismus fällt in Langs Analyse auch der Nationalpopulismus. Darunter versteht man einen „Oberbegriff für die rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa und verschiedene, der Rechts-Links-Achse nur schwer zuzuordnende populistische Parteien in Osteuropa“ (Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 7). Nicht nur in Osteuropa setzten PopulistInnen auf einen Policy-Mix zwischen „rechten“ und „linken“ – jedoch nicht zwangsläufig universalistischen – Positionen (vgl. Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 7). Beispiele dafür sind die Kombination in populistischen Programmen von einerseits Forderungen nach „Recht und Ordnung“ in innenpolitischen Fragen, andererseits einer nationalprotektionistischen Wirtschaftspolitik gegenüber dem globalisierten Kapitalismus. Strategisch haben sie sich also den Einstellungen im sozial oft schwachen Elektorat angenähert, womit sie versuchen, den klassischen ArbeiterInnenparteien den Rang abzulaufen (vgl. Dörre et al 2004, 82).

Nationalpopulismus positioniert sich somit nach innen als „Abgrenzung zwischen dem mobilisierten ‚homogenen Volkswillen‘ gegen die ‚korrupte Elite‘/‘Nomenklatura‘, auf die damit einhergehende populistische Kritik am liberalen Konstitutionalismus und an der repräsentativen Demokratie“ (Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 7). Nach außen geht es darum, sich gegenüber „dem Anderen“ in Form von ausländischem Kapital bis hin zu MigrantInnen oder Minderheiten und der EU in Stellung zu bringen. Durch den Fokus auf diese Dichotomisierung kann auch vermieden werden, das Populismus-Schild anderen politischen Kräften umzuhängen, die eher im Rahmen eines populistischen Kommunikationsstils einzuordnen sind (vgl. Frölich-Steffen/Rensmann 2005, 8f). Im Sinne einer sprachlichen Variation wird Rechtspopulismus in dieser Arbeit im Sinne eines Nationalpopulismus verstanden.

2.3.4. Verhältnis von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Wie bereits angesprochen, kommt es bei der Typologisierung von populistischen Parteien zu unterschiedlichen Resultaten. Konsens besteht oftmals auch nicht darin, ob eine Partei nun rechtspopulistisch oder rechtsextrem ist. Hinzu kommen die Schwierigkeiten von Übersetzungen bzw. einer Sensibilisierung mit Fremdsprachen, denn es besteht der Eindruck, dass im Französischen oder im Englischen eindeutiger von „*l'extrême droite*“ oder „*extreme right parties*“ gesprochen wird als in der deutschen Diskussion.

Priester merkt zu Recht an, dass Bezeichnungen wie nationalpopulistisch für zuvor als rechtsextrem klassifizierte Parteien oft als eine Art Unbedenklichkeitsattest gelten. Als Folge kann es zu einer gefährlichen Banalisierung von Rechtsextremismus kommen (vgl. Priester 2010, 33). Nicht selten greifen populistische Akteure zu juristischen Maßnahmen, wenn sie von Medien oder MitbewerberInnen als rechtsextrem bezeichnet werden. „Die ziemlich losen Definitionen von Populismus und Extremismus in der politikwissenschaftlichen Diskussion, die teils aus verschiedenen kulturellen und politischen Kontexten stammen, ermöglichen es ExtremistInnen, die Bezeichnung ‚Extremist‘ zurückzuweisen.“ (Bayer 2012, 128)

Als Ausgangspunkt für eine Unterscheidung kann ihre konstitutive Ideologie herangezogen werden. Populismus per se besitzt keine Ideologie im Gegensatz zu Rechtsextremismus, dem man eine eindeutige demokratiefeindliche Ideologie zuordnen kann. Populistische Parteien können rechtsextrem sein, müssen es aber nicht. Genauso verhält es sich mit rechtsextremen Parteien, sie können auch ohne populistische Merkmale agieren (vgl. Decker 2006, 19). Die untenstehende Tabelle visualisiert die wesentlichen Unterschiede:

Tabelle 2: Extremismus und Populismus

Quelle: Rensmann 2006, 107

	Extremismus	Populismus
<i>Ideologieform</i>	Geschlossen, anti-pluralistisch, Ablehnung liberaler Demokratie	Ideologische Flexibilität, kollektive Identitätspolitik, anti-pluralistische und anti-liberale Elemente
<i>Systemposition</i>	Anti-System-Haltung	Anti-Establishment-Haltung (systemimmanent)
<i>Institutionelle Vorstellungen</i>	Diktatur/ autoritäre Herrschaft	Formen direkter Demokratie, Stärkung präsidentieller Elemente, Schwächung der Gewaltenteilung

Auch wenn diese Tabelle für mehr Klarheit in der begrifflichen Diskussion sorgt und Grenzen zwischen extremistischer und populistischer Ideologie aufzeigt, bleiben Schnittmengen: „Im Sinne eines Schnittmengenmodells reichen populistische Ideologien also einerseits in die demokratische Mitte, andererseits in den Extremismus.“ (Rensmann 2006, 105) Genauso kann sich Populismus an extremistischen Stilmitteln (z.B. rigide Dichotomisierung der Gesellschaft in Freund-Feind- Kategorien) bedienen bzw. Rechtsextremismus „nur“ gegen das Establishment mobil machen. In dieser Hinsicht gibt es strukturelle Überschneidungen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus (vgl. Rensmann 2006, 105f).

Verschwommene Übergänge zwischen gemäßigten Rechtspopulisten und –extremisten erschweren also eine klare Unterscheidung. Die meisten europäischen populistischen Parteien fallen in den Bereich des Rechtspopulismus (vgl. Bauer 2013, 7), jedoch verwenden manche WissenschaftlerInnen auch Bezeichnungen wie „Rechtsextremismus light“ für den nationalpopulistischen Typus (vgl. Rensmann 2006, 106). Es lässt sich keine befriedigende analytische Trennung erzielen, da nicht zuletzt Strategie und Kalkül der Partei selbst dahinter stehen können. In gewissen Kontexten lassen sich etwa mit einer vorübergehenden (rechts-) extremen Position mehr WählerInnen ansprechen, jedoch kann diese Position jederzeit aufgegeben werden. Die Frage nach der Bedeutung von rechtsextremer Provokation und dem Austesten von demokratischen Grenzen wird auch in der folgenden Analyse virulent.

3. Analyse des Nationalpopulismus in Frankreich und Ungarn

3.1. Populistische Entwicklung und ihre Akteure

3.1.1. Entwicklung des FN in Frankreich

3.1.1.1. Überblick über Parteientwicklung: Ursprung und Wandel

Am 5. Oktober 1972 wurde der FN unter dem Vorsitz von Jean-Marie Le Pen als Allianz unterschiedlicher rechtsextremer Gruppierungen gegründet. Die Entwicklung des FN in den letzten 40 Jahren kann in vier Phasen eingeteilt werden: Anonymität im Abseits der Gesellschaft (1972 – 1982), Aufstieg und Entwicklung (1983 – 1998), Zerwürfnis und Instabilität (1999 – 2009) und die Erneuerung und nationale Verankerung (2010 – 2014) (vgl. Perrineau 2014, 215).

Nach der Gründung hat „der Front National [...] seine Hegemonie innerhalb der extremen Rechten wiedererlangt“ (Camus 2005, 110) und er blieb auch die tonangebende Kraft im zersplitterten nationalistischen Lager (vgl. Camus 2014, 2), allerdings dauerte es zehn Jahre, bis der FN politisch eine Rolle spielte. Gründe dafür

„verweisen zum einen auf das ungünstige Umfeld des Rechtsextremismus, der aufgrund der jüngeren Vergangenheit des Landes stigmatisiert war und dessen potenzieller Anhang durch das gaullistische Regime der Fünften Republik weitgehend absorbiert wurde. Zum anderen [...] mangelte es der extremen Rechten an Themen, die ihr elektoralen Zuspruch hätten eintragen können.“ (Decker 2000, 92)

Den ersten landesweiten Wahlerfolg stellte die Europawahl von 1984 (11%) dar, davor deutete die Kommunalwahl 1983 den Aufstieg bereits an: Hier erreichte der FN erstmals 16% im ersten Wahlgang und etablierte sich somit als strategischer Partner für die moderaten Rechten im zweiten Wahlgang. Diese Europawahl ist nicht nur aufgrund der starken Ergebnisse auf Landesebene interessant, sondern zeichnet ein Bild der Malaise in der französischen Gesellschaft, wovon der FN profitieren konnte und immer noch kann. Abgesehen davon, dass die Europawahl als *second-order election* Protestcharakter und eine geringe Wahlbeteiligung aufweist, waren es vor allem soziopolitische Aspekte, wie die Repräsentationskrise der etablierten Parteien und das Erstarken von Demokratieverdrossenheit, die als Erklärungsansatz für den Erfolg des FN angesehen wurde (vgl. Ignazi 2003, 93ff). Ohne zu viel von der Analyse der Strategien und Inhalte vorwegzunehmen, besetzte die Partei Themen wie Immigration und Sicherheit – jene Themen, die von den etablierten Parteien ausgespart wurden.

Den Erfolg der Europawahlen galt es bei nationalen Wahlen weiterzuführen, denn bis dato kannte die französische Politik zwar immer wieder „Fieberschübe“ als kurzes Aufleben des

nationalistischen Lagers, allerdings schafften sie es nicht, sich dauerhaft zu etablieren¹⁴ (vgl. Perrineau 2014, 21). Man begann die Parteiorganisation breiter aufzustellen und präsentierte KandidatInnenlisten in den verschiedenen Kantonen. Diese „Politik der Öffnung“ (Ignazi 2003, 96) schlug sich in Absprachen mit dem Vorläufer der UMP, der konservativen RPR-UDF (*Rassemblement pour la République - Union pour la Démocratie Française*) nieder. Im zweiten Wahlgang wurden die KandidatInnen des FN zugunsten der gemäßigten Rechten zurückgezogen – für den FN entstand dadurch eine Rolle als „Steigbügelhalter“ im Wahlsystem mit Blick auf das linke Lager. „[I]t was finally accepted, apertis verbis, by the right and it had achieved an implicit legitimacy as a potential partner of government, something Le Pen had been seeking since the first 1973 electoral program.“ (Ignazi 2003, 97) Neben solchen Absprachen und vermehrten Proteststimmen bei Europa- und Kommunalwahlen, ist auch der Wahlsystemfaktor zu berücksichtigen, da die sozialistische Regierung das Verhältniswahlrecht bei nationalen und kommunalen Wahlen einführte und dieses sich günstig auf die Resultate des FN auswirkten (vgl. Decker 2000, 94). Die nächsten Jahre waren gekennzeichnet von einer wachsenden Verwurzelung im politischen System – der FN stellte kein vorübergehendes Protestphänomen mehr dar (vgl. Decker 2000, 96). 1986 schafften erstmals 35 FN-Abgeordnete den Einzug in die Nationalversammlung; in den darauffolgenden Jahren legte die Partei bei allen Wahlen, mit Ausnahme der Europawahlen, kontinuierlich zu. 1995 stellte der FN vier BürgermeisterInnen (vgl. Perrineau 2014,22). „Die Übernahme von eigener Regierungsverantwortung, wenn auch vorerst nur auf der kommunalen Ebene, markierte in der Entwicklung des Front eine wichtige Zäsur“ (Decker 2000, 96). Die Partei stand vor der Frage, ob sie ihre national ausgerichtete Politik auf dieser Ebene ausprobieren oder eher Sachpolitik ohne ideologische Verankerung betreiben will (vgl. Decker 2000, 96). Inhaltlich erfolgte zu dieser Zeit eine Anpassung des FN Programmes an die Soziologie der WählerInnenschaft– „proletarianisation of the FN’s policy“ (Ignazi 2003, 100).

Durch den Aufstieg des FN ergaben sich strategische Fragen, die schließlich zu großen Spannungen innerhalb der Partei führten. Allgemein galt der FN nie als homogene Gruppierung, sondern es gab stets jene, die ihre Ideen verteidigten und andere, die nach mehr politischer Macht strebten (vgl. Dézé cit in Le Monde, 05.10.2012). Überdies kam es im Zuge der Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht zum Verlust fast aller – bis auf einen – Abgeordneten der Nationalversammlung, auch weil die traditionelle Rechte im zweiten Wahlgang

¹⁴ Beispiel dafür war etwa auch der Poujadismus, populistischer Protest unter der Führung von Pierre Poujade. Jean-Marie Le Pen war damals Abgeordneter der Partei *Union de défense des commerçants et artisans* (UDCA), die sich als kleinbürgerliches Genossenschaftsideal der „Arbeiter, Bauern, Handwerker und kleine[n] Ladeninhaber[n]“ inszenierte. Abseits dieser anti-fiskalen Klientelpolitik war zentrales Thema der Algerienkrieg, insbesondere der Schutz der Situation der AlgerierfranzöslInnen. Die Bewegung wird in der Literatur als antisemitisch eingestuft (vgl. Priester 2007, 142ff). Eine tiefgehende Analyse der historischen Form des Poujadismus findet man bei Karin Priester „Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen“ (2007).

gemeinsame KandidatInnen gegen den FN aufstellte (vgl. Decker 2000, 94). Der Unmut über die Ausrichtung der Partei spitzte sich in den darauffolgenden Jahren zu und es entstand ein offener Konflikt zwischen dem *Leader* Le Pen und der Nummer zwei des Fronts, Bruno Mégret. Le Pen äußerte sich im Laufe seiner politischen Karriere immer wieder explizit rassistisch und antisemitisch; etwa nannte er die Gaskammern in den Konzentrationslagern im 2. Weltkrieg ein „Detail der Geschichte“. Auf solche Äußerung folgten meist sinkende Umfragewerte in der Bevölkerung, die sich jedoch später wieder auf das bisherige Niveau einpendelten (vgl. Ignazi 2003, 98). Nichtsdestotrotz befand sich der FN in einem „Ghetto der 15%“ (Kempf 2003, 333), aus dem die Gruppierung um Mégret einen Weg herausfinden wollte. Mégret, aus der klassischen Rechten kommend, schloss sich dem FN erst Mitte der 1980er. Er repräsentierte jenen Flügel des FN, der einerseits auf die „Wiedererlangung ihres durch das politisch inkorrekte Verhalten ihres Präsidenten auf null gesunkenes Ansehen“ (Camus 2005, 113) und andererseits für eine Zusammenarbeit mit der traditionellen Rechten, plädierte. Im Zuge der Konfrontation um die Leadership spaltete sich die Partei in „Lepenisten“ und „Mégretisten“ (vgl. Kempf 2003, 333). „Es sind im Wesentlichen diese taktischen Unterschiede, verstärkt durch unüberwindbare persönliche Unstimmigkeiten zwischen Le Pen und Mégret, auf die die am 5. Dezember 1998 vollzogene Spaltung zurückgeht.“ (Camus 2005, 113) Mégret gründete daraufhin eine neue Partei, MNR (*Mouvement national républicain*), dem sich die Hälfte der gewählten FunktionärInnen anschloss (vgl. Perrineau 2014, 23). Schwer angeschlagen durch die Spaltung waren „beide Parteien, welche die europäische Integration heftigst bekämpft hatten, bei den Europawahlen 1999“ (Kempf 2003, 333). Le Pens FN fiel zurück auf 5,7%, Mégrets MNR schaffte nur 3,3% und blieb marginalisiert bis zum politischen Verschwinden, denn der FN dominierte auch weiterhin das nationalistische Lager und seine WählerInnen-schaft. Allerdings blieb der Front selbst instabil in den nächsten Jahren: weitere Verluste folgten in der Kommunalwahl 2001 - zum ersten Mal seit 15 Jahren sank die Popularität Le Pens auf unter 10% (vgl. Perrineau 2014, 24).

Den Abwärtstrend des FN stoppte die Präsidentschaftswahl 2002: Jean-Marie Le Pen qualifizierte sich unerwartet für die Stichwahl (16,9%) und bekam mehr Stimmen als der Kandidat der PS, Lionel Jospin. Ein dementsprechendes Ergebnis der extremen Rechten – zusammen mit dem MNR waren es 19,2 % - hatte es bisher in Frankreich nicht gegeben. Trotz des desaströsen Zustandes, in dem sich die Partei nach der Spaltung befand, profitierte Le Pen wieder einmal von den Enttäuschung über die lange Phase der *Cohabitation* zwischen der Rechten und Linken. Perrineau spricht von Le Pen als Megaphon der Vielzahl an sozialen und politischen Problemen (vgl. Perrineau 2014, 25f): „Die Sozialangst und das Gefühl, von den traditionellen politischen Repräsentanten im Stich gelassen zu sein, breiten sich rasch aus und machen breite Schichten der Gesellschaft empfänglich für rückschrittliche Sicherheits- und Schutzwall-Diskurse.“ (Gauthier 2004, 47) Für die PS wirkt der „Schock von 2002“ lange nach,

und auch die französische Gesellschaft polarisierte sich als Konsequenz auf das Ergebnis des FN. Gegen den FN gerichtete Massendemonstrationen werden veranstaltet, Medien und Politik sehen großes Gefahrenpotenzial im FN. Schließlich wird Jaques Chirac mit 82% der Stimmen als „republikanischer“ Kandidat zum Präsidenten gewählt (vgl. Camus 2005, 114). Trotzdem findet der FN unter Le Pen in den nächsten Jahren zurück zur alten Stärke. 2004 wird dies eindrucksvoll beim Referendum zum Vertrag von Lissabon bewiesen, da das Elektorat des FN entscheidenden Einfluss an der Ablehnung hatte (vgl. Perrineau 2014, 26).

Die Wiederauferstehung des FN kommt zum Stoppen mit der Wahl von Chiracs Nachfolger, Nicolas Sarkozy. Sarkozy verkörpert eine „enthemmte Rechte“ und spricht so WählerInnen im Aufgreifen von „Kernthemen der Front National wie öffentliche Sicherheit, Einwanderung und nationale Identität“ (Gey 2011, 2) an. Auch was den eigentlich populären *Leader* Le Pen betrifft, punktet nun der jüngere Sarkozy. Bei den Präsidentschaftswahlen 2007 fällt die Partei auf Platz vier zurück, bei den Parlamentswahlen im selben Jahr liegt der FN mit 4,3% bei Werten vor seinem Aufstieg in den 1980ern. Jedoch gewann der FN auch langsam wieder durch die eher schwache Bilanz des Präsidenten Sarkozys und die Wirtschafts- und Finanzkrise wieder an WählerInnenstimmen, bei den Kommunalwahl 2010 liegt er wieder bei 11,4% (vgl. Perrineau 2014, 27ff).

Der politische Wiederaufstieg wird durch eine personelle Neuerung besiegelt: Jean-Marie Le Pen tritt nach 39 Jahren als Vorsitzender zurück und wird Ehrenpräsident des FN. Seine Tochter, Marine Le Pen gewinnt eine Kampfabstimmung gegen Bruno Gollnisch und übernimmt im Jänner 2011 den Vorsitz des FN. Marine Le Pen galt von Anfang an als Signal der politischen Öffnung und Abkehr rechtsextremer Positionen, womit die Phase der Erneuerung und nationalen Verankerung eingeläutet wurde. Das Elektorat dehnte sich auf neue Bevölkerungsschichten (siehe Kapitel 3.2.1.2) aus und zusätzlich zu den traditionellen FN-Hochburgen implementierte sich die Partei im gesamten Land. „Die jüngsten Erfolge verdankt der FN ihrer populären Parteivorsitzenden.“ (Gey 2011, 3) Zuletzt bekam der FN bei der Europawahl 2014 zum ersten Mal die meisten Stimmen, was den vorläufigen Höhepunkt in der Geschichte der Partei darstellt. Inwieweit ist der FN heute noch dieselbe Partei wie zu Beginn? Diese Frage steht im Mittelpunkt für viele BeobachterInnen, vor allem wie weitreichend die Veränderungen überhaupt waren bzw. sind, und soll in den nächsten Kapiteln beantwortet werden.

3.1.1.2. *Leadership im FN: von Jean-Marie zu Marine*

Sowohl im Vorsitz unter Jean-Marie Le Pen als auch unter Marine Le Pen wurde die Partei von der *LeaderIn*-Figur beinahe zur Gänze verkörpert; diese „Abhängigkeit der Partei von der Autorität und Ausstrahlungskraft ihres Führers ist ein generelles Merkmal des Populismus“ (Decker 2000, 106). In der Anfangszeit des FN, der unterschiedliche Splittergruppen einigte,

kristallisierte sich Le Pen schnell als Leader heraus. Auch „orientierte sich die Bewegung bald an Le Pens Vorstellung eines national-populistischen Kurses und wandelte [...] sich zu einer straffen Parteiorganisation“ (Decker 2000, 92). In Bezug auf die Organisation der Partei blieben diese Untergruppen Le Pens Leadership untergeordnet - dieser Einfluss blieb über die Jahrzehnte bestehen. Schließlich setzte er sogar seine Tochter als Nachfolgerin durch, die nicht vom Zentralkomitee gewählt wurde. Jean-Marie Le Pen schuf mit seiner Familie eine politische Dynastie. Diese Ambitionen konnte man auch schon bei der Konfrontation mit Bruno Mégret im Wahlkampf um die Europawahl 1999 erkennen. Le Pen drohte aufgrund eines Gerichtsurteils eine mögliche Unwählbarkeit, worauf er ankündigte, seine Frau Jany Le Pen würde Kandidatin werden und entzog Mégret die Unterstützung. Nicht zuletzt führte auch selbstherrliches Auftreten dazu, dass sich eine Vielzahl an FunktionärInnen Mégret anschloss (vgl. Decker 2000, 105f). Jean-Marie Le Pen hat von Beginn an die Partei nach dem Modell eines Klein- und Mittelunternehmens aufgebaut; seine Ehefrauen, Töchter, Schwiegersöhne und Enkelkinder sind im FN beteiligt. Bereits die dritte Generation der Le Pens ist heute politisch im FN aktiv: Marion Maréchal-Le Pen, Jean-Maries Enkeltochter und Marines Nichte, ist mit 24 Jahren die jüngste Abgeordnete in der Nationalversammlung (vgl. Perrineau 2014, 61). Jean-Marie Le Pen war Spitzenkandidat bei fünf Präsidentschaftswahlen und ist fraktionsloser Abgeordneter im Europäischen Parlament seit 1984; Marine Le Pen erzielte 2012 das beste Ergebnis des Fronts bei einer Präsidentschaftswahl (erster Durchgang: 17,9%) und ist seit 2004 Abgeordnete im Europäischen Parlament.

Rhetorische Entgleisungen sind für Jean-Marie Le Pen Mittel zur Provokation und Teil seiner Strategie: „Die ‚unkorrekten‘ Bemerkungen verstärken die Isolierung der Partei, führen aber auch zu einer allmählichen Banalisierung der Botschaft, die ihre Anstößigkeit damit verliert“ (Decker 2000, 105) Demgegenüber ist Marine Le Pens Rhetorik gemäßiger als jene von Jean-Marie, auch wenn die eigentliche Aussage in ihrer Essenz gleich bleibt. Sprach Jean-Marie Le Pen von der „*préférence nationale*“ - Bevorzugung von Französlinnen bei Job- und Sozialleistungsvergabe – spricht Marine von „*priorité nationale*“ (vgl. Gauthier 2012, 154). Marine adressiert ihre WählerInnen direkt, rhetorisch bleibt sie im schwarz-weiß malerischen populistischen Diskurs: Marine „ging so weit, dass sie die politischen Lager Frankreichs in ‚Widerstandskämpfer‘ (resistants) und ‚Kollaborateure‘ (collabos) unterschied. Mit ersteren meinte sie die Anhänger der FN, mit letzteren ‚rechte und linke Regierungen‘, ‚selbsternannte Eliten‘ und ‚euromaniaques““ (Gey 2011, 4).

Obwohl der FN nun ein neues Gesicht hat, ist dadurch der Einfluss des Ehrenpräsidenten nicht unbedingt zurückgegangen. Jean-Marie Le Pen gab dies klar zu verstehen: „Il n’y a rien de changé, [même si Marine Le Pen] est une jeune femme et moi un vieux briscard [...]. La ligne

politique du mouvement n'a pas bougé."¹⁵ (Le Pen cit in Perrineau 2014, 71) Immer wieder gibt es Differenzen zwischen Vater und Tochter, jedoch steckt hinter einigen wohl strategisches Kalkül, um unterschiedliche WählerInnen-schichten anzusprechen. Zuletzt kam es zum Streit nach den gewonnenen Europawahlen, nachdem Jean-Marie Le Pen gegen den jüdischen Sänger und Kritiker des FN, Patrick Bruel, antisemitisch hetzte.¹⁶ Marine Le Pen grenzte sich nach dem Vorfall scharf von ihrem Vater ab und betonte, dass ihr Vater einen politischen Fehler gemacht habe, für Antisemitismus sei im FN kein Platz. Der Soziologe Sylvain Crépon weist darauf hin, dass allerdings nur von einem politischen Fehler und keinem moralischen Fehler gesprochen wurde, so schützt man den Diskurs von Jean-Marie Le Pen, während man gleichzeitig vorgibt, ihn zu verurteilen (vgl. Les Echos, 08.06.2014).

Die Anrufung und Verkörperung des „Volkes“ als Kerninhalt des Nationalpopulismus ist sowohl für Marine als auch Jean-Marie zentral, indem sie sich als Äquivalent des französischen „Volkes“ inszenieren, so die Propaganda des Fronts. Der/die nationalpopulistische LeaderIn soll als direkter Kontakt zum „Volk“ fungieren, wobei bei den Le Pens unterschiedliche Motive vorherrschen. Jean-Marie Le Pen stellt sich als „authentisch und einfacher“, „hartarbeitender“ Franzose dar, der an den 2. Weltkrieg und die französische Kolonialherrschaft gebunden ist. Er selbst kämpfte u.a. im Algerienkrieg. Marine und die heutigen FunktionärInnen vertreten die neue Generation des FN, für die Themen wie die deutsche Besatzung, das Vichy Regime, der Algerienkrieg oder Homosexualität keine große Bedeutung mehr haben (vgl. Perrineau 2014, 67ff). Marine Le Pen als politische Figur ist eine blonde, starke Frau, dreifache Mutter und zwei Mal geschieden – rein optisch stehen Vater und Tochter für einen jeweils anderen Politiktyp. Dabei gilt es die Bedeutung einer weiblichen Vorsitzenden her vorzustreichen, denn dadurch wird das Bild des „alten Nazis“ durch ein viel sanfteres, feminines Bild ersetzt. Mayers und Sineaus Analyse der Rolle der Frau innerhalb des FN sowie in Parteiprogrammen bis zum Zerwürfnis mit Mégret zeigte eindeutig die antifeministische Grundstimmungen und den hohen Stellenwert des Patriachats damals auf. Die AutorInnen stellten sich zurecht die Frage, warum Frauen überhaupt für den FN stimmen sollten.

„How can they [women, Anm.] give any credibility to a party which deliberately ignores them as citizens and as individuals, considering them only as part of communities such as the couple, the family or the nation, which they are supposed to obey by getting married, having children and bringing them up?“ (Mayer/Sineau 2002, 102)

Mit Marine Le Pen verändert sich natürlich auch die Perzeption der Partei, so erscheint der FN seit ihrer neuen Vorsitzenden und dem verkörperten neuen Politikstil für die WählerInnen als

¹⁵ Übersetzung: „Es hat sich nichts verändert, auch wenn Marine Le Pen eine junge Frau ist und ich ein alter Hase. Die politische Linie der Bewegung hat sich nicht verändert.“

¹⁶ Le Pen reagierte auf Bruels Kritik am FN mit der Aussage: „On fera une fournée la prochaine fois.“ Sinngemäß übersetzt heißt das: „Das nächste Mal machen wir eine Ofenladung.“

weniger bedrohlich als zuvor, auch der *Gender Gap* in den Wahlergebnissen ging mit dem „Marine Le Pen“ Faktor zurück (siehe Kapitel 3.2.1.2) (vgl. Mayer 2013). Außerdem sahen im November 2003 70% einer Umfrage, den FN als Gefahr für die Demokratie, Im Jänner 2013 waren es 47% (vgl. Perrineau 2014, 76). Der Wandel des Erscheinungsbildes des FN bezeichnet die Strategie der „dédiabolisation“, der „Entteufelung“, die von Marine Le Pen vorangetrieben wurde, und sie scheint aufzugehen.

Anders als unter ihrem Vater, der die Republik als marginales Element des politischen Erbes interpretierte, besinnt sich Marine Le Pen stark auf die Republik in dreifacher Hinsicht. Erstens geht es ihr um die Republik in ihrer sozialen Dimension, Aufwertung der Pensionen und niedrigen Einkommen. Zweitens steckt dahinter die Vision eines starken Staates – „rétablir de véritables services publics sur tout le territoire national“¹⁷ (Le Pen cit in Perrineau 2014, 79) Drittens steht die Republik bei Marine Le Pen auch für die kulturelle Dimension, insbesondere die Laizität – „imposer la laïcité républicaine face aux revendications politico-religieuses“¹⁸ (Le Pen cit in Perrineau 2014, 79). Damit reiht sie sich in die Tradition von General de Gaulles ein, dessen Ideen in Frankreich überaus einflussreich gelten. „[D]e Gaulle's return to power is associated with his personal legitimacy, and in particular his ‚immediate‘ and genuine link with the people“ (Surel 2002, 140). Ebenso gilt Jeanne d'Arc insbesondere für den FN als Idol der französischen Geschichte, weshalb Le Pen an die Situation im 100 jährigen Krieg anknüpft und sich als heutige Heldin der Nation inszeniert (vgl. Birschtzky 2012, 97). Marine Le Pens Slogan für die Präsidentschaftswahl 2012 war „révolution bleu marine, blanc, rouge“¹⁹ (Perrineau 2014, 120). Die *Leaderin* erzielt in Meinungsumfragen Höchstwerte und ist so populär wie noch nie. So gaben im Oktober 2014 43% der Befragten einer repräsentativen Umfrage an, eine gute Meinung von Le Pen zu haben, 56% verneinten. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich, dass ihre Beliebtheitswerte ansteigen: 45% (7% mehr als im Mai 2013) bewerten ihre Kompetenzen positiv und 48% der Befragten betonen ihre „Nähe zu den Menschen“ (9% mehr als im Mai 2013) (vgl. Le Figaro, 4.10.2014).

3.1.2. Entwicklung des FIDESZ in Ungarn

Ungarn wurde nach dem Systemwechsel gerne als „Musterknabe unter den Transformationsländern“ (Kiszelly 2008, 121) dargestellt. Auch zuvor charakterisierte man das ungarische System als „Gulaschkommunismus“: Geprägt durch den Aufstand 1956 und der darauffolgenden Repression stellte sich eine politische Ruhe ein, die sinnbildlich für den Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, János Kádár, als Kádárismus einging. Das Wirtschaftssystem wurde früh reformiert, um die Effizienz der Volkswirtschaft zu

¹⁷ Übersetzung: „Wiederherstellung echter öffentlicher Dienststellen im ganzen Staatsgebiet“

¹⁸ Übersetzung: „die Durchsetzung der Laizität gegenüber politisch-religiösen Forderungen“

¹⁹ Übersetzung: „Revolution in marineblau, weiß, rot“ – ein Wortspiel um Marine Le Pens Vorhaben und die Farbe marineblau. Mit der Farbe Blau wird der FN politisch dargestellt.

erhöhen und gleichzeitig auch materielle Bedürfnisse und Zufriedenheit der Bevölkerung gewährleisten zu können. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems wurde das Wirtschaftssystem Ungarns wiederum reformiert. Im Vergleich mit anderen europäischen Volkswirtschaften ist Ungarn aufgrund des Zustroms von ausländischem Kapital eine der internationalsten Volkswirtschaften (vgl. Körösényi et al 2010, 358).

Der ungarische Politikwissenschaftler András Bozóki benennt den Zeitraum von 1990 bis 2010 als Momente der liberalen Demokratie mit Anzeichen von Dekonsolidierung ab 2006, die sich in moralischen Krisen, dem Erstarken der rechtsradikalen Kräfte und den zunehmenden sozialen Spannungen äußerte. 2010 begann die Verschiebung von Konsensdemokratie hin zu einer Mehrheitsdemokratie und 2012 so Bozóki, bewegte sich Ungarn in Richtung illiberale Demokratie im Sinne eines hybriden Regimes (vgl. Bozóki 2014).

3.1.2.1. Überblick über Parteienentwicklung: Ursprung und Wandel

„Der ‚Bund der Jungen Demokraten‘ (FIDESZ) wurde als radikale anti-kommunistische Jugendorganisation gegründet, etablierte sich jedoch im Verlaufe des Transformationsprozesses als eine Partei mit zunächst liberalem (1990 bis 1994), später konservativem Charakter.“ (Körösényi et al. 2010, 393)

Gegründet wurde FIDESZ am 30. März 1988 von Universitätsabsolventen und jungen StudentInnen. Bis zu den ersten freien Wahlen 1990 fand der FIDESZ seine Ausrichtung in einer liberalen politischen Ideologie: „Die klare oppositionelle Haltung der FIDESZ-Fraktion und die rationale, verständliche öffentliche Kommunikation ihrer politischen Protagonisten führten den FIDESZ Anfang der neunziger Jahre zu einem ungebrochenen Aufstieg seiner Popularität.“ (Hegedűs 2011, 3) István Hegedűs war seit den Gründungstagen des FIDESZ als führender Politiker dabei; er übte verschiedene Funktionen im Parlament aus und baute europäische, insbesondere westdeutsche Beziehungen zu liberalen Parteien auf. Er selbst beschreibt die Zeit als „denkwürdigen Moment der Geburt politischer Freiheit, [...] die hektische erste Phase der siegreichen parlamentarischen Demokratie“ (Hegedűs 2011, 3). Auch an seiner politischen Karriere lässt sich der Wandel der Partei nachzeichnen: 1994 wurde er als „Parteioppositioneller“ auf hintere Listenplätze verbannt, verpasste den erneuten Einzug ins Parlament und trat im selben Jahr aus der Partei aus. Was war geschehen? Hier lässt sich der Beginn der vollzogenen ideologischen Wende von FIDESZ ansetzen (vgl. Hegedűs 2011, 4ff). Aufgegeben wurde nicht nur das Bekenntnis zum Liberalismus, sondern auch der Anspruch, eine alte Konflikte überwindende „Generationenpartei“ zu sein; man verstärk[e] den Versuch, das Erbe des ungarischen Konservatismus zu übernehmen“ (Bayer 2005, 178). Fidesz begann demnach verstärkt den nationalen Aspekt zu betonen, was sich in einer immer martialischer werdender (Kriegs)Rhetorik und ihrem Programme widerspiegelte. Feindbilder waren einerseits die Nomenklatura des *Ancien Régime*, verkörpert durch die SozialistInnen,

andererseits auch die Gruppierung der kosmopolitischen²⁰ Liberalen, die Allianz der Freien Demokraten (vgl. Bayer 2005, 178). Mit letzteren stand die Partei zwar in einem Wahlbündnis, allerdings wurde auf die Neupositionierung auch im Wahlkampf gesetzt. Vor den Wahlen 1994 war FIDESZ als „nicht mehr liberal, aber auch noch nicht konservativ“ (Hegedűs 2011, 6) einzuordnen. Die publik gewordenen internen Streitigkeiten und der Parteiaustritt von Orbán's größten Konkurrenten Gábor Fodor dürften schließlich das übrige für das schlechte Wahlergebnis getan haben: Gerade noch schaffte der Anfang der 1990er populäre FIDESZ die 5% Hürde (vgl. Hegedűs 2011, 6; Bayer 2005, 178).

Als kleine Oppositionspartei wurde die politische Metamorphose in der Legislaturperiode vollzogen: „Die Parteiführung drängte auf eine Gründung einer ‚bürgerlichen Allianz‘ – natürlich unter ihrer Führung – als einer einheitlichen Opposition gegen die sozial-liberale Regierung.“ (Bayer 2005, 178) In dieser Hinsicht vertrat FIDESZ nun christliche und nationale Werte, womit populistische Stimmung gemacht wurde. Die Bedeutung der Familie wurde hervorgekehrt, genauso begann FIDESZ im Wahlkampf 1998 gegen das „internationale Kapital“ in Ungarn zu polemisieren (vgl. Hegedűs 2011, 7).

1998 gelang FIDESZ an die Regierungsmacht, zur Überraschung der Meinungsforschung und auch der eigenen Partei. Der Bevölkerung wurden während des Wahlkampfes große Versprechen seitens des FIDESZ gemacht. Diese Versprechen fanden Anklang bei einer politisch apathisch gewordenen Gesellschaft – insbesondere bei Modernisierungs- und TransformationsverliererInnen. Außerdem war die amtierende, sozialliberale Koalition geschwächt durch Korruptionsskandale (vgl. Bayer 2005, 179).

„Der Zorn der Bevölkerung gegenüber der korrupten und harten politischen Führung ließ sich leicht in eine Verurteilung der vermeintlich regierenden ‚Nomenklaturisten‘ und ‚Urbanisten‘ überführen, sowie gegen die ‚multinationalen Konzerne und ihre Handlanger‘ und gegen ‚all diejenigen‘, die vermeintlich das Land an ‚ausländische Interessen‘ ‚ausverkaufen‘, richten.“ (Bayer 2005, 179)

Es muss allerdings erwähnt werden, dass Ungarn 1998 als stabil galt, da institutionell gesehen der Systemwechsel erfolgreich abgeschlossen war. Jedoch verabsäumte man institutionell nachzubessern, die Entwicklung einer Zivilgesellschaft zu forcieren oder wichtige Reformen in Bereichen Bildung oder Parlament zu setzen (vgl. Dieringer 2009, 7). Die Gemengelage nützte also dem Wahlsieger FIDESZ, der die Kräfte der fragmentierten Rechten bündelte und mit der

²⁰ Bayer merkt an, dass im Ungarischen das Wort „kosmopolitisch“ immer auch eine jüdische Konnotation mitschwingt. Für ihn sei das nicht unbedingt ein Indiz für Antisemitismus innerhalb des FIDESZ, gleichzeitig kam es auch zu keiner klaren Distanzierung des rechtsextremen Antisemitismus in Ungarn (vgl. Bayer 2005, 178). Bereits früh scheint der FIDESZ auf eine, teils subtile, teils offen provozierende Doppelsprache zu setzen.

Partei der Kleinlandwirte (FKGP) eine Koalition einging. Bereits die erste Regierungsbeteiligung trug den radikalen Slogan „mehr als ein Regierungswechsel, weniger als ein Systemwechsel“ (Hegedűs 2011, 7). In dieser Amtszeit vergrößerten sich nicht nur die gesellschaftspolitischen Konflikte, sondern FIDESZ versuchte schon damals gegen vorgegebene Handlungsrahmen betreffend Verfassung und Institutionen zu agieren (vgl. Kőrösényi et al 2010, 393). Die Regierung Orbán I lässt sich zusammenfassend als Politik der Stärke, zugeschnitten auf eine strikte Klientelpolitik und einen entbrannten historischen sowie institutionellen Kulturkampf, der einerseits auf die Geschichte Ungarns abzielte, andererseits auf die staatliche Einflussnahme in Medienanstalten (vgl. Bayer 2005, 184). Parlamentarische Unterstützung fand die Regierungspartei bei der rechtsextremen Partei für Ungarisches Recht und Leben (MIÉP), von denen sich FIDESZ kaum distanzierte (vgl. Hegedűs 2011, 8). Dies kann schließlich auch als Strategie zur Stimmenmaximierung durch rechtsextreme WählerInnen interpretiert werden. Die Wahlen 2002 fanden laut Hegedűs in „einer wie noch nie zuvor angespannten Atmosphäre statt“ (Hegedűs 2011, 8) und mobilisierten die polarisierte Gesellschaft, was sich in einer hohen Wahlbeteiligung niederschlug.

2002 markierte das vorläufige Ende des FIDESZ als Regierungspartei. Bayer sieht als Grund dafür „die Folge einer selbst verursachten politischen Dekonsolidierung“ (Bayer 2005, 184) durch die vorangetriebene nationalpopulistische Positionierung. Die WählerInnen waren verschreckt von der demonstrierten Machtpolitik, genauso verunsicherte sie die Nicht-Abgrenzung zur rechtsextremen MIÉP (vgl. Bayer 2005, 184). Orbán verkündete angesichts der Niederlage seine These, dass das Vaterland nicht in der Opposition sein könne und zog daraus die Lehre, in Zukunft noch „härter“ aufzutreten zu müssen. Die Partei wurde zentralisiert und ganz auf den *Leader* Orbán getrimmt, der für die „Nation“ wirken soll. Dabei wird die Nation der Magyaren über die ungarischen Landesgrenzen hinaus verstanden und so wurde StaatsbürgerInnenschaft und Wahlrecht für die AuslandsungarInnen²¹ gefordert (vgl. Hegedűs 2011, 8). FIDESZ blieb eine weitere Regierungsperiode (2006-2010) in der Opposition, allerdings sollte 2006 ein markantes Jahr für FIDESZ und Ungarn werden.

Ungarn stürzte 2006 in eine tiefe politische Krise, nachdem eine interne Rede des damaligen Ministerpräsidenten Gyurcsány öffentlich wurde, in der er zugab, dass die Bevölkerung vor den Wahlen von der Regierung über die wirtschaftliche Lage angelogen wurde. Diese „Lügen-Rede“ im September 2006 führte zu schweren Unruhen in Ungarn, gleichzeitig verlor die Regierung massiv an Unterstützung. In Budapest kam es zu gewaltsamen Protesten zwischen Demonstrierenden und Polizei, viele wurden verletzt. FIDESZ unterstützte den Protest und grenzte sich nicht von rechtsextremen und gewaltbereiten Kräften ab (vgl. Segert 2011, 57).

²¹ Die größte Gruppe der AuslandsungarInnen lebt in Rumänien, insgesamt leben 2,5 Millionen Magyaren als Minderheiten in den Nachbarstaaten (vgl. Fürst 2011, 255).

„Verantwortlich dafür, dass aus der Selbstbezeichnung des Ministerpräsidenten, verbunden mit dem Versprechen einer Selbstkorrektur, die schwerste politische Krise Ungarns seit der Wende von 1989/90 werden konnte, ist aber nicht die radikale Rechte selbst, sondern das generelle Klima der politischen Polarisierung.“ (Ehrke 2007, 154)

FIDESZ schlug politisches Kapital aus dem „Volkszorn“ und der Kollaboration mit den Rechtsextremen und trieb somit auch die Gesellschaftsfähigkeit von Gruppierungen wie Jobbik voran. „Neben dem Fidesz war es vor allem Jobbik, die mit am nachhaltigsten von den Ereignissen rund um die ‚Lügenrede‘ profitieren konnte.“ (Pilger 2012, 55) Die Proteste, getragen von Rechtsradikalen, schienen FIDESZ ein passendes Mittel zu sein, die Kommunalwahlen zu gewinnen. Diese Wahlen wurden als Referendum gegen die Regierung stilisiert. Wahlsieger wurde auch FIDESZ (vgl. Ehrke 2007, 154), der verkündete, „dass man nun die Regierung aus dem Amt jagen werde“ (Segert 2011, 58).

Die Parlamentswahlen 2010 gewann FIDESZ mit einem Erdrutschsieg, der das vorläufige Ende der achtjährigen Opposition beschreibt: 52,9% der Stimmen erhielt die bürgerliche Allianz, die auch die Kleinstpartei KDNP²² miteinschließt. Weit abgeschlagen davon landete die sozialistische MSZP mit 20,9%. Den Einzug ins ungarische Parlament schaffte die rechtsextreme Partei Jobbik und etablierte sich als dritte Kraft (vgl. Pilger 2012, 35). Gestärkt durch eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament sollte der Umbau der ungarischen Republik beginnen, mit dem sich die nationalpopulistische Politik steigerte. „Das Ergebnis nahm die Mehrheit der Ungarn mit großer Hoffnung, der Großteil Westeuropas jedoch mit Besorgnis auf.“ (Janke 2014, 277) Wie von manchen BeobachterInnen angenommen, kam es allerdings zu keiner Abkehr der radikalen Oppositionsrhetorik des FIDESZ.

3.1.2.2. Viktor Orbán: Populistische Leadership als Regierungsmacht

Der Aufstieg des FIDESZ ist eng verknüpft, wenn nicht sogar gleichzusetzen, mit dem Aufstieg der Person Viktor Orbán und seiner Denkweise. Vieles spricht dafür, Orbán als Idealtypus des populistischen *Leaders* anzunehmen.

Als Gründungsmitglied hatte er seit den Anfangszeiten eine zentrale, unangefochtene Position in der Partei inne. Nachdem der liberale Flügel des FIDESZ unter Orbáns Rivalen, Gábor Fodor, Anfang der 1990er politisch isoliert wurde und die Partei eine nationalkonservative Wende einschlug, setzte Orbán auf linientreue Loyalität (vgl. Hegedűs 2011). Orban „wusste, dass er einerseits erkämpfen muss, dass er auf der Rechten keinen Konkurrenten bekommt, andererseits musste er das Zentrum besetzen und auch die Menschen mit liberalen Ansichten

²² Aljoscha Pilger führt zurecht an, dass die Bezeichnung FIDESZ, die Kleinstpartei KDNP, die christlich-demokratische Volkspartei, eigentlich nicht miteinschließt. Allerdings verfügt KDNP über keine wichtigen Entscheidungskompetenzen (vgl. Pilger 2012, 35), weswegen auch in dieser Arbeit auf eine gesonderte Erwähnung verzichtet wird.

ansprechen“ (Janke 2014, 271). KritikerInnen sehen in Orbán jedoch den Inbegriff eines Opportunisten, denn es wird von ihnen bezweifelt, dass hinter seinen Forderungen – die oft im Gegensatz zu zuvor getätigten Aussagen stehen – ideologische Überzeugung steckt. Immerhin hat Orbán selbst das Ende der Ideologie ausgerufen. „Instead of ideas, Orbán believes in maximizing power. For Orbán, it is not freedom, but a tight-fisted leader who can assure order.“ (Bozóki 2011, 650) Der Soziologe Bálint Magyar nennt es Zynismus, den FIDESZ am Weg zur Macht einsetzt, denn wenn antiziganistische oder xenophobe Parolen in der Bevölkerung gut ankommen, bedient man sich daran. Außerdem werden so für das Regieren notwendige Feindbilder geschaffen (vgl. Magyar 2011, 94).

Als erfahrener Berufspolitiker kennt Orbán die politische Arena gut genug, um machtpolitisch stets die Oberhand zu behalten, trotzdem scheut er keine Konflikte, auch nicht innerhalb der eigenen Partei (vgl. Janke 2014, 321f). Trotz der persönlichen Niederlagen gegen die sozial-liberale Koalition 2002 und 2006 blieb Orbán unangefochtener *Leader* des FIDESZ. Die Partei wandelte sich von einer demokratischen in eine streng hierarchische Partei, die unter Kontrolle Orbáns steht und stand (vgl. Bozóki 2014). Er trifft die Entscheidung, wer für die Partei in den Wahlkreisen antreten darf und bestimmt auch die wichtigsten Kaderfragen bis hin zum Staatspräsidenten (vgl. Janke 2014, 320). FIDESZ ist eine nach und um Orbán ausgerichtete Partei. Paradoxerweise möchte Orbán trotz seiner langjährigen politischen Erfahrung als Nicht-Politiker gelten, indem er sich außerhalb der Politik und als kritische „Volksstimme“ sieht (vgl. Magyar/Filippov 2010).

Abgesehen davon, dass FIDESZ als erste Partei in Ungarn PR-Techniken in der Politik anwendete, ist Orbán das Idealbild der starken Persönlichkeit, um die ein Führerkult entstehen konnte. „Das Image vom gesunden Naturburschen aus der Provinz, sportlich, kämpferisch und wortmächtig, der den Herrschenden gegenübertritt, brachte ihm früh die Sympathie der einfachen Menschen ein.“ (Bayer 2005, 180) Ein Zitat eines wichtigen FIDESZ-Politikers gibt Einblick in die persönliche Sicht Orbáns auf seine Rolle und Machtfülle: „Viktor ist überzeugt, dass er eine Mission erfüllt, dass er verantwortlich ist, für Ungarns Schicksal, er glaubt, dass nur der Fidesz in der Lage ist, den Staat in Ordnung zu bringen“ (Janke 2014, 319). Dadurch gibt er sich als der „Auserwählte“ aus, legitimiert um im Namen des „Volkes“ zu handeln – ein bekanntes Sujet der populistischen *LeaderInnen*. „Moreover, Orban believes that he embodies the traditional, patriarchal values of hundreds of thousands of rural Hungarians.“ (Bozóki 2011, 650)

Im „heißen Herbst“ 2006 äußerte sich Orbán noch vorsichtig, aber bestimmt gegen den Ministerpräsidenten Gyurcsány. Er forderte den Rücktritt der Regierung, da diese illegitim sei. Die Kommunalwahlen 2006 wurden von Orbán zu „einer Volksabstimmung, bei der zwischen Gaunerei und Verantwortung entschieden werden muss“ (Orbán cit in Janke 2014, 263)

geformt. Orbán blieb dieser Rhetorik in den nächsten Jahren treu, wodurch er sich als „Kapitän an Bord, der mit eiserner Hand steuerte“ (Janke 2014, 274) profilieren konnte gegenüber der mehr als angeschlagenen und in der Bevölkerung verhasst gewordenen sozial-liberalen Regierung. FIDESZ sollte eine „Erneuerung der Politik“ (Bayer 2005, 180) bieten, die Konfliktlinie Postkommunismus vs. Antikommunismus ist dadurch auch wieder revitalisiert worden (vgl. Kiszelly 2008, 127). Als er schließlich 2010 erneut an die Regierungsspitze kam, sah Orbán die Zeit gekommen, für die „reinigende Ruptur“ (Taguieff 2004) mit den „vergangen 20 Jahren“: „Die Ungarn haben das System gestützt und ein neues System begründet.“ (Orban cit in Janke 2014, 279) Davor „habe in Ungarn eine ‚neue Aristokratie‘ geherrscht, eine ‚Kaste‘ von vaterlandslosen Gesellen, die unfähig seien, ‚solche Gefühle zu verstehen, wie ‚Treue, Heldenhaftigkeit, Opfer, Liebe, Vaterlandsliebe“ (Orbán cit in Koenen 2011, 107). Aufgrund des ungarischen Wahlsystems, eine Kombination aus Mehrheits- und Verhältniswahl – und der damit verbundenen Mandatsverteilung erreichte FIDESZ bei der Parlamentswahl das notwendige Quorum für eine Zwei-Drittel Mehrheit (vgl. Bayer 2013, 96), was für Orbán eine Revolution der WählerInnen darstellte. „This allowed him, with a two-third parliamentary majority in hand, to employ exceptional methods by making claims to exceptional circumstances“ (Bozóki 2011, 651).

3.2. Kontext der politischen Kultur

3.2.1. Frankreich

3.2.1.1. Strategien und Inhalte des FN: „La France d’abord“²³

Insbesondere in der französischsprachigen Forschung teilen viele die Auffassung, dass der Front National aufgrund seiner Strategien und Inhalte heute als Idealtyp einer national-populistischen Partei gesehen werden kann (vgl. Mayer/Sineau 2002, 65). Nicht zuletzt gibt auch die Bezeichnung der Partei Aufschluss über die nationale Ausrichtung. In der langen Phase von Jean-Marie Le Pen als Vorsitzender des Fronts konnte (und wollte) sich die Bewegung nicht von ihrem rechtsextremen Ursprung lösen. Mit Marine Le Pen und der Strategie der „Entteufelung“ versucht der modernisierte FN durch teilweise inhaltliche Neuausrichtung, breitere Schichten des Elektorats anzusprechen, wodurch auch Regierungsambitionen offen artikuliert werden. Ausgehend von den LeaderInnen des FN soll gezeigt werden, inwiefern Strategien und Inhalte als nationalpopulistisch gelten.

Populismus und seine Mobilisierungsstrategien traten im Laufe der Zeit immer wieder in Frankreich auf; verstärkt ist dies der Fall mit dem FN, der von den Krisenerscheinungen der modernen Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft profitiert. Von übergeordneter Wichtigkeit ist die allgemeine Personalisierung von Politik, die der FN auf die Spitze treibt: „The weakening

²³ Übersetzung: „Frankreich zuerst“

of the traditional cleavages, the decline of the main political ideologies, and the growing influence of the media in public life have all contributed to this process of personalisation in France” (Surel 2002, 145). Außerdem greift nationalpopulistische Leadership stark auf emotionalisierende Botschaften zurück, welche in der Demagogie des FN eine große Rolle spielen. Im apokalyptischen Stil – „le Tchernobyl moral“²⁴ – verteufelt man die Feinde außerhalb der Nation – „monstre européiste“²⁵ – gleichzeitig werden jene innerhalb der Nation entwürdigend dargestellt – „un président qui ne serait que ,le gouverneur d’un protectorat américain“²⁶ – und schließlich der Appell an die rettende Veränderung durch den FN – „grande alternative“²⁷ oder „seisme politique“²⁸ (vgl. Perrineau 2014, 78).

Die Themensetzung des Fronts entspricht den Kerninhalten rechtspopulistischer Parteien – Immigration, Sicherheit, nationale Identität. Der Partei ist es gelungen, Immigration und Sicherheit zum politischen Thema zu machen, davor wurde es von den anderen Parteien ausgespart (vgl. Ignazi 2003, 95). Politische BeobachterInnen sehen auch heute, dass inhaltlich das Feld der Integrationspolitik dem FN überlassen wird. Allgemein ist das gesamte Programm des FN mit all seinen Forderungen rund um das Bewahren nationaler Identität strukturiert. Für Decker ist der FN demnach eine populistische Partei, da auf inhaltlicher Ebene „die kulturellen Themen ins Zentrum rücken und ihnen vor anderen, ökonomischen oder außenpolitischen Fragen Vorrang gebührt“ (Decker 2000, 105).

In Bezug auf die Immigration kann das viel zitierte “Un million de chômeurs, c’est un million d’immigrés en trop. Les Français d’abord”²⁹ aus der Zeit von Jean-Marie Le Pen auch heute als Zusammenfassung der Immigrationspolitik verstanden werden. Dem FN ist es „gelungen, die Einwanderung als hauptverantwortlich für das in Frankreich entstandene Klima der Unsicherheit und kulturellen Entwurzelung hinzustellen“ (Decker 2000, 102f). „Ein fast unverändertes Programm in neuer Verpackung“ (Camus 2014, 5) fasst Camus das Programm des FN unter Marine Le Pen zusammen; allerdings fungiert der Islam immer mehr als zentrales Feindbild, ausgehend von den Anschlägen vom 11. September 2001. Immigration und Islamisierung werden gleichermaßen negativ verwendet bzw. vordergründig muslimische MigrantInnen diskriminiert : „une immigration massive qui met à mal notre identité nationale et amène avec elle une islamisation de plus en plus visible, avec son cortège de revendications“³⁰ (Le Pen cit in Perrineau 2014, 137). Als Bezugskonstante dient die Republik

²⁴ Übersetzung: „moralisches Tschernobyl“

²⁵ Übersetzung: „europäisches Monster“

²⁶ Übersetzung: „ein Präsident, der nur ein Gouverneur eines amerikanischen Protektorats ist“

²⁷ Übersetzung: „große Alternative“

²⁸ Übersetzung: „politisches Erdbeben“

²⁹ Übersetzung: „Eine Million Arbeitslose, das sind eine Million MigrantInnen zuviel. Die FranzöslInnen zuerst“

³⁰ Übersetzung: „Eine Massenimmigration, die unsere nationale Identität beschädigt und eine immer sichtbarer werdende Islamisierung mit sich bringt, in einem ganzen Gefolge von Forderungen“

und so wird der propagierte „Kampf gegen den Islam“ noch gesteigert, denn dieser wird als unvereinbar mit dem französischen Wert der Laizität gesehen und mobilisiert antiislamische Tendenzen quer durch die Gesellschaft. „In ihrer radikalsten Form wird diese Laizität zur expliziten Islamophobie“ (Camus 2014, 5). So wird vom FN gefordert, dass es z.B. keine besonderen Stundenpläne in Schwimmbädern für MuslimInnen geben soll oder ein Schlachten nach Hallal gesetzlich verboten ist. Die Trennung von Staat und Religion reicht für solche Forderungen nicht mehr aus, aber, so der Front, Gläubige müssen ihre Praktiken mit den Werten der französischen Republik übereinstimmen. Schließlich könne nur so der öffentliche Frieden gewahrt werden (vgl. Perrineau 2014, 141; Camus 2014, 5). Somit werden die Laizität und der Schutz der Republik, fremdenfeindlichen Forderungen vorgeschoben und gleichzeitig in einer gesellschaftlich akzeptierten Form geäußert.

Ansatzpunkt für strategisches Neuausrichten scheint für den FN vor allem das Interesse potenzieller WählerInnengruppen sein. „The consolidation of the Front National was also linked to a policy change.“ (Ignazi 2003, 100) So erklärt sich auch die vollzogene Wende in den 1990ern hin zu einem ArbeiterInnen-Lepénismus („ouvriero-lepénisme“). Wurde anfangs ein ultraliberaler wirtschaftspolitischer Kurs vertreten, so steht der FN heute vor allem für einen protektionistisch agierenden Staat. Der FN „zögert nicht mehr hervorzuheben, dass die Tradition der Verteidigung der Arbeiter durch die Linke und die Gewerkschaften im Begriff ist zu verschwinden und bekundet seine Bereitschaft, die Fackel der Verteidigung der Arbeiter zu übernehmen“ (Camus 2005, 119). Die „sozialpolitische Wende“ (Camus 2014, 7) ist heute fester Bestandteil der inhaltlichen Forderungen, die vom Elektorat auch so antizipiert wird. Globalisierung wird als Bedrohung diskutiert und auch Meinungsumfragen in der Bevölkerung verstärken dieses Bild: 60% der Befragten einer Nachwahlstudie von 2012 gaben an, dass Globalisierung für Frankreich eine Gefahr darstellt (vgl. Perrineau 2014, 117). Was Globalisierungskritik betrifft, klingt diese im linken politischen Spektrum ähnlich, jedoch überwiegen im Front „Law and Order“ Positionen. Ein solcher *Policy Mix* führt oft zu Widersprüchlichkeiten mit früheren Standpunkten, jedoch ist „[d]er spezifische Opportunismus, der daraus erwächst, [...] das eigentliche Erfolgsgeheimnis des FN aus.“ (Decker 2000, 104) „Ni droite, ni gauche“³¹ lautet der Slogan des FN, wodurch eine zweifache Positionierung entsteht; zum einen als bessere Alternative zur politischen Rechten und Linken im Land – Motiv der Protestpartei - und zum anderen, distanziert man sich vom ideologischen Ballast der etablierten Parteien.

Ein strategisches Doppelspiel zwischen Marginalisierung und deren Überwindung kennzeichnet den FN: „Im Übrigen handelt sich um eine bewusste Strategie mit dem Ziel, die Partei in Staat und Gesellschaft es festzusetzen, sie als politische Macht zu etablieren.“

³¹ Übersetzung: „Weder rechts, noch links“

(Decker 2000, 106) Der Front drängt ins Zentrum jener politischen Macht, deren VertreterInnen zuvor als „korrupt und unfähig“ diskreditiert wurden. Von Anfang an inszenierte sich der FN mehr als Bewegung als Partei, denn aus einer solchen Randposition lässt sich der populistische Anti-Establishment Diskurs glaubhaft vertreten. „The anti-establishment discourse places itself on the margins of the party system seen as corrupt and deviating from democratic ideals, whilst presenting an alternative that will follow the ‘normal’ logic of democratic competition.“ (Surel 2002, 151) Seit Marine Le Pens Vorsitz werden Regierungsambitionen offensiv verfolgt. Um den „Volkswillen“ wieder an die Macht kommen zu lassen, präsentierte sich der FN als sein Vertreter sowie als Beschützer der *Grande Nation* gegenüber der politischen Elite. Kerninhalt - auch über veränderte Policies hinweg - bleibt für den FN die Bewahrung der französischen nationalen Identität. Diese gilt es nach innen – etwa gegen die korrupte Elite und MigrantInnen - bzw. nach außen – Globalisierung, Einfluss der USA und der „Islamisierung“ – zu verteidigen (vgl. Ignazi 2003, 106).

„Arrogants, ils ont pensé que l'on pouvait faire fi de la lente et laborieuse construction de notre Nation, de son unité, de sa liberté, qu'ils pouvaient s'échapper du réel [...] nos dirigeants politiques n'ont de cesse de répéter [...] que nous sommes un pays faible et petit... ce sont eux qui sont faibles et petits!“³² (Le Pen cit in Birschtzky 2012, 102)

Dabei kennzeichnen Nostalgie an die vormals bedeutendere Rolle in der Weltpolitik als *Grande Nation* und Anti-Establishment-Positionen als Reaktion auf eine in Frankreich traditionelle starke, von der Gesellschaft relativ isoliert agierende Regierung.

„Nous croyons en la nation. [...] À ceux qui se sentent oubliés, méprisés, invisibles aux yeux d'un système devenu fou, je dis : la nation est là pour vous [...] Nous croyons en la frontière qui protège, qui est une saine limite entre la nation et le reste du monde, un filtre économique, financier, migratoire, sanitaire et environnemental!“³³ (Le Pen cit in Perrineau 2014, 220)

Hinter einer solchen „beabsichtigte[n] Umsetzung des Identitätsbegriffs in Gesetze“ (Camus 2014, 6), stehen verschiedene Implikationen: „Die nationale Identität im Sinne des Front National ist durch Abstammung und in seltenen Fällen durch Einbürgerung bestimmt; vorausgesetzt, letztere geht mit einer restlosen Assimilierung einher.“ (Camus 2014, 6) Auch hier profitiert der FN von den republikanischen Enttäuschungen der FranzöslInnen, die zu einem exkludierenden statt universalen Neorepublikanismus führen (vgl. Perrineau 2014,

³² Übersetzung: „Arrogant wie sie sind, haben sie gedacht, sie könnten den langsamen und mühsamen Aufbau unserer Nation mit ihrer Einheit, ihrer Freiheit, in den Wind schlagen und der Wirklichkeit entkommen. Unsere führenden PolitikerInnen werden nicht müde zu betonen, was für ein kleines und schwaches Land wir sind, aber sie sind es, die klein und schwach sind.“

³³ Übersetzung: „Wir glauben an die Nation. Jene, die sich vergessen, verachtet, unsichtbar in einem verrückten gewordenen System fühlen, sage ich: Die Nation ist da für Euch, sie lässt euch nicht zurück. Wir glauben an die Landesgrenze, die beschützt, die eine vernünftige Grenze zwischen Nation und dem Rest der Welt darstellt, ein wirtschaftlicher, finanzieller, gesunder, Migrations- und Umweltbedingter Filter!“

141). Der Wahlspruch und wichtiges Symbol der Republik „Egalité, Liberté, Fraternité“ werden von Le Pen folgendermaßen verstanden:

„L'égalité, ce n'est pas l'égalité avec tous les citoyens du monde. C'est l'égalité entre citoyens français. [...] Où sont la solidarité et la fraternité ? La solidarité [...] n'est pas un droit acquis. La solidarité se mérite [...]. La fraternité enfin nécessite de la concorde, et l'on ne peut que juger très sévèrement ceux qui pour des raisons électoralistes, divisent les Français sur des sujets sociétaux, cédant ainsi à la pression de lobbies ultraminoritaires.“³⁴ (Le Pen cit in Perrineau 2014, 141)

Der FN sieht sich als Verteidiger der traditionellen Werte und Institutionen der französischen Identität, darunter fallen die Familie, die Armee, Autorität und Katholizismus (vgl. Mayer/Sineau 2002, 65).

3.2.1.2. *Gesellschaftliche Verankerung und Elektorat*

Die Wahl- und Motivforschung nimmt in der französischen Politikwissenschaft einen großen Stellenwert ein. Die Frage, welche Gesellschaftsgruppen vermehrt für den FN stimmen, ist folglich sehr ausführlich behandelt worden.³⁵ In diesem Abschnitt soll herausgearbeitet werden, wie eng die Positionen des FN zu jenen ihres Elektorats verlaufen bzw. angepasst werden, um dieses zu erweitern und so die Gelegenheitsstruktur, die den FN so attraktiv machen, zu analysieren.

Eingangs muss erwähnt werden, dass viele ForscherInnen den Einfluss der Le Pens weiter als nur auf die WählerInnenschaft der Partei sehen. Mayer und Sineau etwa sehen einen Rechtsruck in Sicherheits- und Immigrationsfragen innerhalb der FranzöslInnen quer durch alle WählerInnenschichten:

„Even if only a minority of the population openly agrees with Le Pen's ideas, a majority of French voters actually shares them, agreeing that there are 'too many immigrations' or that in France, 'one does not feel at home as one did before' (59 percent and 44 percent in the 1997 post-electoral CEVIPOF survey).“ (Mayer/Sineau 2002, 67)

Besonders ersichtlich wird dies auch in aktuelleren Meinungsumfragen zum Thema Sicherheit. Gaben 2006 40% der Befragten an, sich nirgends sicher zu fühlen, waren es 2013 64% (vgl. Perrineau 2014, 148). Indem der FN oft als einzige Partei Immigration und nationale Sicherheit

³⁴ Übersetzung: „Die Egalität meint nicht eine Egalität zwischen allen BürgerInnen der Welt. Es ist die Egalität zwischen französischen StaatsbürgerInnen. Wo sind Solidarität und Brüderlichkeit? Solidarität ist kein käufliches Recht. Solidarität verdient man sich. Die Brüderlichkeit erfordert Eintracht und man kann nur jene strikt verurteilen, die aus wahltaktischen Gründen, die FranzöslInnen über gesellschaftliche Themen spalten, da sie dem Druck ultra-minoritärer Lobbies nachgeben.“

³⁵ Besonders aufschlussreich sind dabei die Analysen des FN-Elektorats von Nonna Mayer, „Ces Français qui votent FN“ (1999) sowie „From Jean-Marie to Marine Le Pen: Electoral Change on the Far Right“ (2013).

thematisierte und diese inhaltlich stark besetzte, verschärfte sich so auch der gesamte Diskurs darüber.

Seit seiner Gründung wächst der FN an der desillusionierten Gesellschaft und ihren wachsenden Unsicherheiten. "Neither a government party nor an anti-democratic party, the FN draws support from individuals and groups who are already marginalised, or, more often, who are in the process of becoming marginalized." (Surel 2002, 153) Die wachsende Frustration über die politische Elite, kombiniert mit sozialer Desintegration, materiellen Abstiegsbedrohungen sowie der Angst vor dem Rückgang nationaler Souveränität stellen zentrale Motive der FN-WählerInnen dar. Perrineau identifiziert fünf Frakturen innerhalb der Gesellschaft, die er als Gründe für den Stimmenzuwachs des FN sieht: eine wirtschaftliche Fraktur, eine Fraktur der offenen Gesellschaft sowie eine geographische, kulturelle und politische Fraktur.

In Bezug auf die wirtschaftliche Fraktur wird der Aspekt der ModernisierungsverliererInnen virulent, die konträr zu GewinnerInnen der Globalisierung, eher den FN wählen. Dabei kennzeichnet die erste Gruppe niedriges Einkommen, keine höhere Bildung sowie eine höhere Gefahr, arbeitslos zu werden. Die zweite Gruppe umfasst jene Berufstätigen, die über ein höheres Einkommen und Bildungsgrad verfügen und auch weniger Risiko von Arbeitslosigkeit aufweisen – die Auswirkungen der Globalisierung werden somit zum neuen *cleavage* (vgl. Perrineau 2014, 107ff). Außerdem besteht „ein enger Zusammenhang zwischen [...] Front National und Ausbildungsniveau: 75 Prozent der FN-Wähler haben keine Hochschulausbildung absolviert“ (Camus 2014, 7), womit sie sich als Niedrigqualifizierte in einer besonders prekären Situation am Arbeitsmarkt, speziell seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, befinden. In den Reihen der UnterstützerInnen finden sich auch vermehrt junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, einer „Altersgruppe, die sich mehr als jede andere Sorgen um ihre berufliche Zukunft macht“ (Camus 2014, 7). Wie im vorangehenden Kapitel gezeigt werden konnte, positioniert sich der FN als Partei „der kleinen Bürgerin, des kleinen Bürgers“ mit dem Ziel, „die Unzufriedenheit aller Schichten zu fördern“ (Duprat cit in Camus 2014, 7). Eine „negative Politisierung“ (Perrineau 2014, 128) gegen die Gesamtheit des französischen, politischen Systems erzeugt Mobilisierungskraft für die SympathisantInnen des FN. Demnach ist die Kanalisierung dieser Frustration die Basis für den FN, worunter auch die politische Fraktur bei Perrineau subsumiert werden kann. Die untenstehende Tabelle verdeutlicht die Dichotomie innerhalb der Gesellschaft und gibt Aufschluss über die Einstellungen der WählerInnen, die mit der strategischen Ausrichtung der Partei übereinstimmen.

Tabelle 3: Einstellungen der VerliererInnen- und GewinnerInnen der Globalisierung

Quelle: Darstellung nach Cevipof 2012 cit in Perrineau 2014, 112

	VerliererInnen der Globalisierung	GewinnerInnen der Globalisierung
Votum für Marine Le Pen	25%	7%
Stimmhaltung im 1. Wahldurchgang, Präsidentschaftswahl 2012	32%	13%
„Es gibt zu viele ImmigrantInnen in Frankreich“ (in % der Zustimmung)	57%	31%
„Die Globalisierung ist eine Gefahr, denn sie bedroht Firmen und das Sozialmodell“	74%	46%
„Protektionismus hat eine positive Bedeutung“	64%	49%
„Die Mitgliedschaft in der EU ist eine gute Sache für Frankreich“	32%	64%

Die Tabelle zeigt auch die Fraktur der globalisierten Gesellschaft und der Kultur. Während bei den GlobalisierungsverliererInnen die Angst vor „Massenzuwanderung“ und der offenen Grenzen überwiegt sieht sich die zweite Gruppe weniger bedroht in ihren Lebensumständen und sieht auch kulturelle Vorteile darin. Diese Konstellation ruft *cleavages* hervor, die auf den Wertewandel innerhalb unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen verweisen: Wichtiger als die wirtschaftlichen Einstellungen wird für WählerInnen die kulturelle Konfliktlinie liberal vs. autoritär und der Grad der Offenheit bzw. Verslossenheit gegenüber „Anderen“ (vgl. Mayer 2013, 168). Ignazis Implikationen der „silent counter-revolution“ – etwa der Ruf nach autoritärer Politik im Sinne von „Law and Order“ gegenüber kosmopolitischen Überzeugungen - stehen im Grunde für die Werte der WählerInnen des FN. Der FN wiederum, so die Parteilinie, schaffte es, die Verstummten innerhalb der Gesellschaft mit dem Versprechen nach politischer Macht zu mobilisieren (vgl. Crépon cit in Le Monde, 05.10.2012). Im Vorwahlkampf für die Kommunalwahlen 2014 besuchte Marine Le Pen im Rahmen ihrer „Tour de France des oubliés“³⁶ ländliche Regionen, die sie als Herzstück der von Paris und den etablierten Parteien

³⁶ Übersetzung: „Tour de France der Vergessenen“

Vergessenen sieht (vgl. Le Monde, 21.02.2013). Somit lässt sich auch die geographische Fraktur bzw. geographische Linie des Elektorats verstehen. In der früheren Phasen des FN beschränkten sich die Wahlerfolge auf einige Städte; heute hat sich der elektorale Einfluss neben diesen Hochburgen auf ganz Frankreich ausgedehnt. Trotz der nationalen Implementierung lassen sich geographische Spezifika erkennen.

„Geographisch gesehen hat der FN östlich einer Linie, die von Calais im Norden bis Perpignan im Süden reicht, die besten Ergebnisse erzielt. Während westlich dieser Linie noch ‚Missionierungsbedarf‘ besteht, sind die Regionen Picardie und Nord-Pas de Calais im Norden Frankreichs und Champagne-Ardenne und Lorraine im Nordosten Hochburgen des Front National. Ebenso gute oder sogar bessere Resultate erreicht der FN in der Region Provence-Alpes-Côte d’Azur im Südosten und Languedoc-Roussillon im Süden“ (Camus 2014, 7).

Einerseits verfügt der FN in diesen Regionen über eine lange Tradition, andererseits beeinflussen die wirtschaftliche Situation, besonders der Prozentsatz „der unter der Armutsgrenze lebenden Franzosen an der Wohnbevölkerung“ (Camus 2014, 7) und die periurbane Zonen diese Verteilung. Perrineau spricht von den „périurbains“, Menschen, die in, zwischen 20 und 90 Kilometer von Großstädten entfernten, Vororten leben. Bei BewohnerInnen in Vororten, deren Entfernung zur Großstadt zwischen 40 und 50 Kilometer beträgt, ergaben sich in seiner Analyse die höchsten Übereinstimmungswerten in Aussagen zu Immigration und Sicherheit mit Positionen des FN. In periurbanen Regionen verdichten sich Faktoren, die den FN begünstigen – niedrigere Einkommensniveaus, Auswirkungen der Deindustrialisierung, steigender Armutsbedrohung sowie Kriminalitätsraten (vgl. Perrineau 2014, 156f). Diese Gebiete mit traditionell starker Verankerung des Fronts vereinen einige Elemente, die Aufschluss über das französische *heartland* der „schweigenden und vergessenen“ Französlinnen geben. Meist handelt es sich dabei um kleine Gemeinden mit einem geringen Anteil an MigrantInnen als Essenz eines modernisierungsabwehrenden Wunsches, in ein „Frankreich wie früher“ zurückzukehren (vgl. Perrineau 2014, 153). Was die geographischen Regionen betrifft, ist hervorzuheben, dass in den geographischen Regionen andere Schwerpunktsetzungen die jeweilige Popularität des FN ausmachen. So wird etwa von einem südlichen und nördlichen Elektorat gesprochen, die sich in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen unterscheiden. Im nördlichen Teil Frankreichs setzt der FN auf die Kernklientel der ArbeiterInnenklasse und folglich auf Forderungen nach einem starken Wohlfahrtsstaat, im Süden Frankreichs fokussieren sich die Inhalte auf mittelständische Kleinunternehmen, die traditionellerweise Steuersenkungen fordern und gesellschaftlich konservativer sind.³⁷ Die sich unterscheidenden Gesichter des Elektorats werden dabei von

³⁷ Im zweiten Wahldurchgang der Präsidentschaftswahlen 2012 votierte FN-WählerInnen im Süden Frankreichs eher für den Mitte-Rechts Kandidaten Nicolas Sarkozy, im Nord-Osten enthielten oder stimmten sie jedoch eher für den Kandidat der Linken François Hollande (vgl. Fourquet 2013). Überdies beteiligte sich nur Marion Maréchal-Le Pen bei den Demonstrationen gegen die Einführung der

Marine Le Pen im Norden und von ihrer Nichte Marion Maréchal-Le Pen im Süden vertreten (vgl. Fourquet 2013). Eine solche Strategie erlaubt es dem FN möglichst breite WählerInnengruppen anzusprechen.

Auch der Faktor Marine Le Pen ermöglichte der Partei neue WählerInnen zu gewinnen, denn seit dem Wechsel von Jean-Marie Le Pen zu seiner Tochter als Vorsitzende des FN, veränderte sich auch die weibliche Zustimmung zur Partei. Der vormalig eindeutige *Gender Gap* in den Ergebnissen der Partei ging deutlich zurück: 2002 bekam der FN 20% der gültigen Stimmen von Männern, 14% von Frauen, 2012 waren es 19% von Männern und 17% von Frauen. Nonna Mayer sieht in dieser Erosion die größte Veränderung im Elektorat des FN, für die sie drei Erklärungen nennt. Erstens sind nun auch Frauen immer mehr von prekären und instabilen Arbeitsbedingungen betroffen, zweitens ändert sich die ablehnende Haltung von katholischen Frauen bezüglich des Islams und dadurch auch gegenüber der Partei. Drittens ermöglicht Marine Le Pen eine Identifikation als moderne und starke Frau für potenzielle WählerInnen, die zuvor vom Image und Auftreten ihres Vaters abgeschreckte waren (vgl. Mayer 2013, 172ff). Marine Le Pen als Vorsitzende bedeutet für den FN ein modernes und abgeschwächtes Image, wodurch es Frauen leichter gemacht werden könnte, für die Partei zu stimmen.

3.2.2. Ungarn

3.2.2.1. *Strategien und Inhalte des FIDESZ: Ein Reframing Ungarns*

Wie bereits im Kapitel zu Viktor Orbán erwähnt wurde, sind FIDESZ, Parteivorsitzender sowie Ministerpräsident Orbán als Einheit zu interpretieren. Dementsprechend ist die Kapitelaufteilung zu einem gewissen Grad eine künstliche Trennung desselben Analysegegenstands. Trotzdem soll hier vordergründig das strategische Verhalten sowie zentrale Programmpunkte der nationalpopulistischen Partei beleuchtet werden.

Die national-konservative Wende des FIDESZ und dem damit verbunden Bruch innerhalb der Bewegung kann auf Viktor Orbán zurückgeführt werden. István Hegedűs – damals im Block vom liberalen Rivalen Orbáns, Gábor Fodor, vertritt die These, dass in der Anfangszeit von FIDESZ bereits innerparteiliche Verhaltensmuster sichtbar wurden, die heute das politische Ungarn unter dem FIDESZ - Ministerpräsident definieren. Darunter fallen beispielsweise die Denunzierung als „AgentIn“ einer anderen Partei bei parteiabweichendem Verhalten, die Dichotomie im Sinne eines Freund-Feind-Denkens und etwa die vorherrschende Logik und Rhetorik des „Krieges“ (vgl. Hegedűs 2011, 4ff). Hier setzt auch der Begriff der *cultural politics*

gleichgeschlechtlichen Ehe (*Manif pour tous*), nicht aber Marine Le Pen. Auch dahinter steckt strategisches Kalkül, denn während sich in den südlichen Regionen 76% gegen das Gesetz äußerten, waren es im nördlicheren Landesteil und Marine Le Pens Einflussgebiet nur 65% (vgl. Le Monde, 07.08.2013).

an, der von Ehrke im Zusammenhang mit Symbolpolitik und FIDESZ verwendet wird. „Cultural politics bedeutet, dass sämtliche politischen Optionen und Probleme sofort auf die höchste Ebene der „letzten Fragen“ gehoben werden, wo es um alles oder nichts geht – letztlich um den Bestand und die Identität der ungarischen Nation.“ (Ehrke 2007, 153) Diesen „Freiheitskampf“ führt FIDESZ an verschiedenen Fronten. Die Kampfrhetorik richtet sich nach außen gegen europäische Institutionen, ausländische Konzerne oder auch plakativ gegen die US-amerikanische Hegemonie. Nach innen zielt sie gegen den Postkommunismus und seine ehemalige Elite, linksliberale Intellektuelle und auch gegen ethnische Minderheiten wie die gesellschaftlich stark diskriminierte Gruppe der Roma. Somit ergibt sich eine antipluralistische Haltung seitens der Partei: „The central propaganda machine rises to protect nationalism, patriarchal family values, power politics, and ‚law and order‘.“ (Bozóki 2011, 658)

Dem Nationalpopulismus entspricht die Bezugnahme auf die „ungarische Nation“, wodurch die von FIDESZ propagierte Identitätspolitik intensiviert wird. Dem zugrunde liegt ein eindeutig ethnisch motiviertes Verständnis von Nation (vgl. Fürst 2011, 257). Unter dem nebulösen Schlagwort *national unification* und als „geschichtliche Rechtfertigung“ (Janke 2014, 285) lässt sich eine der ersten Reformen von Ministerpräsident Orbans einordnen – die Verleihung der Staatsbürgerinnenschaft für UngarInnen, die im Ausland leben. Wichtig dabei ist, dass die Mehrheit der im Ausland lebenden ungarischen Diaspora zu rechtskonservativen Parteien tendiert. Dahinter könnte also vor allem eine Strategie zur Stimmenmaximierung gesehen werden (vgl. Bozóki 2011, 656). Orbán möchte „im Geiste der Ministerpräsident von 15 Millionen Ungarn sein“ (Crome 2012, 65). Damit befeuert er grenzrevisionistische Sehnsüchte, die im 1920 geschlossenen Vertrag von Trianon – Ungarn verlor große Teil des Staatsgebietes - eine Ungerechtigkeit an den Magyaren sehen. Die Beschwörung eines vergangenen Großungarns steht im Zeichen eines populistischen *heartland*. Hier ist auch eine Schnittmenge zwischen FIDESZ und rechtsextremen Parteien wie Jobbik anzusiedeln: „Verbindendes Element ist die Re-Inszenierung der Geschichte, die Verknüpfung der politischen Alltagsfragen mit den großen Mythen, Schlachten und Helden der Vergangenheit.“ (Ehrke 2007, 153)

Der oft als „unorthodox“ bezeichnete *Policy Mix* von FIDESZ gibt Aufschluss darüber, wie eine nationalpopulistische Art des Regierens aussehen kann. Ad-hoc Maßnahmen laufen häufig in Richtung Staatsdirigismus und zeigen die stark nationale Ausrichtung auf: „Fidesz promoted economic nationalism and ‚unorthodox‘ economic policies by levying taxes on banks, launching anti-bank campaigns, and attacking foreign investors and multinational financial institutions.“ (Bozóki 2011, 654) Ungarisches Kapital soll auf Kosten von internationalen Konzernen und Spekulationen geschützt werden. Bozóki merkt an, dass diese Maßnahmen auf den ersten Blick wie traditionell linke Forderungen aussehen, jedoch stehen demgegenüber anti-sozialistische Policies. Neben dem Einführen einer Flat Tax, die per se nur entlastend für Ober- und gehobene Mittelschicht wirkt, wird auch der Abbau des

Wohlfahrtsstaates zu Lasten der unteren Gesellschaftsschichten angetrieben. Sichtbare Armut wie Wohnungslosigkeit wird kriminalisiert oder durch exkludierende Förderungen verschärft. Beispielsweise sind steuerliche Begünstigungen für Familien nur dann vorgesehen, wenn die Eltern erwerbstätig sind; arbeitslose und in Armut lebende Familien sind dadurch ausgeschlossen. Diese Ausprägungen des Wandels zum *workfare state* hin verschärfen sich durch eine paternalistische Familienpolitik, indem Prämien ausbezahlt werden, damit Mütter Erziehungsarbeit zuhause leisten und so nicht wieder in den Arbeitsmarkt eintreten (vgl. Bozóki 2011, 654f; Bozóki 2014).

Neben den umstrittenen Mediengesetzen³⁸ entfachte auch die neue Verfassung vom April 2010 internationale Aufmerksamkeit. Gründe dafür gab es einige. So entstand das „nationale Glaubensbekenntnis“ in einem unilateralen Prozess der Regierung ohne parlamentarische Zustimmung der Opposition oder Konsens (vgl. Bozóki 2011, 659). Bezeichnend für den neuen Charakter ist die veränderte Landesbezeichnung, die nunmehr ohne dem Zusatz „Republik“ steht. Bayer merkt an, dass die Verfassung von 1989 im Laufe der Jahre zu einem Flickerwerk wurde, aber die von FIDESZ ausgearbeitete Verfassung stelle ein konservatives Narrativ der Geschichte Ungarns dar (vgl. Bayer 2013, 105). Viel beachtet wurde auch die Präambel: „In der Präambel bezieht sich die Verfassung auf die „Verantwortung für alle Ungarn“ (also auch die außerhalb der Grenzen des Landes lebenden), die Nation, den Staatsgründer vor über 1000 Jahren ‚König Stephan, der Heilige‘ und das Christentum.“ (Crome 2012, 66) In diesem Sinne werde Werte wie Demokratie, Republik und Menschenrechte, Christentum und einer ethnisch-homogenen Nation nachgereiht (vgl. Bozóki 2011, 660). Durch diese Verfassung wurde die Machtfülle der Exekutive vergrößert – auf Kosten von Parlament und Jurisdiktion - sowie die Machtstellung von FIDESZ garantiert, auch in Legislaturperioden ohne qualifizierte Mehrheit im Parlament oder künftigen Regierungen. Deshalb sind auch Gesetze wie die Flat Tax in den Verfassungsrang aufgenommen worden (vgl. Bayer 2013, 106). Für Orbán sei die parlamentarische Mehrheit als Ausdruck der gesellschaftlichen Zustimmung zu werten, dass „alles verändert werden muss: Die Verfassung, die Gesetze, die öffentliche Moral, die Tabus, die Gebote, die Ziele, die Verhältnisse und die Werte. Die Medien und der Umweltschutz, die Schulen und die öffentliche Verwaltung“ (Orban cit in Bos 2011, 40). Diese Vision von FIDESZ, eine allumfassende und rasche Umgestaltung Ungarns, wurde in die Tat umgesetzt.

Triebfeder für viele Policies und ihre überaus schnelle Implementierung (vgl. Bozóki 2011, 658) steckt in der totalen Ablehnung der „postkommunistischen Regierungen“ zuvor, so die FIDESZ Rechtfertigung.

³⁸ Für Überblick und Analyse über die ungarischen Mediengesetze (und die jeweiligen Adaptierungen) siehe József Bayer (2013): *Emerging Anti-pluralism in New Democracies – the Case of Hungary*, S. 103ff. Scharfe Kritik wurde von OSZE und EU-Kommission geäußert.

„Orbán meinte, je schneller die Veränderungen, desto größer die Chance, dass die neuen Dinge sich festsetzen und umso wirksamer kann man den Postkommunismus liquidieren, der in fast jedem ungarischen Amt, in fast allen Paragrafen der ungarischen Gesetze, in den wirtschaftlichen Verflechtungen und im Bewusstsein der Menschen gegenwärtig war.“ (Jaske 287)

Es scheint, FIDESZ agiert nach ähnlichen Mustern und ersetzt jene Strukturen des Klientelismus und der Patronage mit parteinahen Personen. Zusammenfassen kann man dies als Elitenwechsel, der vom Staatsbetrieb zu kulturellen und wissenschaftlichen Eliten reicht (vgl. Bayer 2013, 102). Folglich wurde neben dem Kultur- und Wissenschaftssektor nicht nur das Personal im politischen Betrieb radikal ausgetauscht und Institutionen geschlossen, sondern auch neue Ämter geschaffen, die ausschließlich nach Parteiloyalität besetzt wurden

3.2.2.2. *Gesellschaftliche Verankerung und Elektorat*

Anknüpfend an das vorige Kapitel teilt auch der Bertelsmann Transformationsindex die Einschätzung einer umgreifenden Machtübernahme des FIDESZ, nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch auf wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ebenen des Landes (vgl. BTI 2014, 3). Die gesellschaftliche Gelegenheitsstruktur in Ungarn bildete einen optimalen Nährboden aufgrund unterschiedlicher Faktoren für Nationalpopulismus.

Erstens ist festzuhalten, dass die politische Kultur in Ungarn als wenig etabliert gilt. Grund dafür ist die Geschichte des Landes, die auf keine besonders große demokratische Tradition verweist, genauso wie die fehlenden Ambitionen nach dem Systemwechsel eine Zivilgesellschaft aufzubauen bzw. zu fördern. Die Parteimitgliedschaft dümpelt bei einem geringen Prozentsatz, die Streikaktivität ist ebenfalls als niedrig einzustufen - insgesamt gilt für viele Engagement in einer Partei immer noch als wenig attraktiv (vgl. Körösényi et al. 2010, 402; Bayer 2013, 99). Am Beginn des Systemwechsel polarisierte der „alte Streit zwischen ‚Agrarpopulisten‘ und ‚Urbanisten‘“ (Bayer 2005, 176) die ungarische Gesellschaft; dabei ist die historische Dimension des Agrarpopulismus zu betonen, da es einen großen bäuerlichen Anteil in der Bevölkerung gibt. Bei Fragen der Sozialpolitik wurden im Agrarpopulismus linke Positionen eingenommen wurden, in nationalen Fragen befanden sie sich eindeutig rechts. Dem gegenüber „stand eine nach Westen orientierte, ‚urbane‘ bürgerlich-radikale Intelligenz gegenüber, die aber politisch schwach war“ (Bayer 2005, 176). FIDESZ aber auch MSZP waren Vertreter des urbanen Blocks (vgl. Bayer 2005, 176). Der Nationalpopulismus heute ist deshalb so erfolgreich, weil einerseits die Polarisierung in der Gesellschaft weiter betrieben wurde – u.a. entlang der Konflikte Postkommunismus vs. Antikommunismus - aber auch durch die Transformationskrise, die eine neue Armutswelle und Demokratieverdrossenheit mit sich brachte (vgl. Bayer 2005 176). Die hohen Erwartungen an das neue System führten zu „frustrierten Erwartungen“ (Segert 2011, 59) in der Bevölkerung.

“Hungarians appear to be disappointed not only with a market economy but also with democracy as a value. One reason certainly is the exaggerated expectations that many people had vis-à-vis a market economy and democracy in the early 1990s; people were bound to be disappointed by the reality of transformation. The behavior of the political élite has given rise to a cynicism that affects the appreciation of democracy as a principle.” (BTI 2014, 15)

Die Enttäuschung über Demokratie und als Folge dessen ein fest verankertes Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen waren in Ungarn seit jeher besonders stark ausgeprägt. Im Allgemeinen liegen diese Werte in postsozialistischen Staaten über den durchschnittlichen Werten der EU-Mitglieder. Im Eurobarometer von 2008 gaben 83% der ungarischen Befragten an, dass sie den politischen Parteien eher nicht vertrauen (vgl. Bos 2010, 593). Überdies zeigte die Umfrage *End of Communism* von 2009 zeigt sich, dass „17 Prozent die ‚einfachen Menschen‘ als Gewinner, 63 Prozent die Unternehmer bzw. 89 Prozent die Politiker“ (Segert 2011, 60) sahen.

Zweitens trat FIDESZ nach der politischen Krise 2006 auf, das tief gespaltene Land zu einen und konnte so große Mobilisierungserfolge als „catch-all party der Rechten“ (Körösényi 2010, 387) erzielen. Bereits zuvor war für den FIDESZ klar, dass als wirtschafts- und sozialliberal ausgerichtete Partei das WählerInnenpotenzial relativ gering bleiben würde. Nun setzt FIDESZ vermehrt auf den Faktor Religion hinsichtlich der gesellschaftlichen Parteipräferenz. Als Bindeglied zwischen den fragmentierten Teilen der Gesellschaft fungiert die Positionierung als anti-kommunistische Partei (vgl. Körösényi et al 2010, 388). Neben einer schwachen Parteibindung und geringer Wahlbeteiligung ist das Wahlverhalten in Ungarn besonders gekennzeichnet durch eine hohe Volatilität. Bis 2006 verlor immer die jeweilige Regierungspartei bei Parlamentswahlen (vgl. Segert 2011, 59; Körösényi et al. 2010, 385). Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die rasche Implementierung von Policies seitens der Orbán Regierung. Bei den WählerInnen kam der „unorthodoxe“ *Policy Mix* gut an, allerdings traf die globale Wirtschaftskrise Ungarn schwer und führte zu einer großen Rezession, die – wie in anderen Ländern – besonders die Mittel- und Unterschicht traf. Das Gefühl der Unsicherheit ist bezeichnend für die abstiegsbedrohten TransformationsverliererInnen, gleichzeitig verstärken sich antisolidarische Tendenzen und Misstrauen innerhalb der Gesellschaft. Abseits der wirtschaftlichen Verschärfungen trugen dazu vor allem die konstante Politisierung sowie Polarisierung seitens des FIDESZ bei (vgl. BTI 2014, 16). Der gesellschaftliche Abstieg durch die hohe Arbeitslosigkeit ist als reale Bedrohung ständig präsent und „gibt der herrschenden Partei große Macht“ (Magyar 2011, 99) über die Bevölkerung – betrieben wird eine Politik der Angstmache. Wie bereits angesprochen durchzieht FIDESZ-treues Personal sämtliche Institutionen und Arbeitsplätze, somit gilt auch für die ArbeitnehmerInnen höchste Loyalität (vgl. Magyar 2011, 99).

Der aktuellste Eurobarometer vom Frühjahr 2014 zeigt, dass das Vertrauen in nationale Institutionen in Ungarn leicht angestiegen ist, konträr zur durchschnittlichen EU28 Entwicklung. 2012 misstrauten 73% der ungarischen Regierung (EU-Durchschnitt: 67%), 2014 waren es nur mehr 59% der befragten UngarInnen (EU-Durchschnitt: 68%) (vgl. Eurobarometer 2014a; Eurobarometer 2012). Dies könnte als Zeichen gewertet werden, wie weit die „Orbánisierung“ der Gesellschaft bereits reicht.

Blickt man auf die politische Landkarte Ungarns, wird schnell klar, dass FIDESZ flächendeckend die Wahlkreise dominiert. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2014 konnte die MSZP nur mehr Szeged als einzige Großstadt gewinnen, auch in Budapest stellt FIDESZ den Oberbürgermeister (vgl. Pusztaranger, 12.10. 2014). Vor dem politischen Erdbeben 2010 war der/die typische WählerIn des bürgerlichen Lagers eher jünger, kam aus kleineren Städten in Westungarn und war kein Mitglied der Staatspartei. Ebenfalls im rechten Spektrum wählten KatholikInnen. Dem gegenüber verfügten die liberalen WählerInnen tendenziell über eine höheren Bildungsgrad und kamen aus Budapest, das soziologische Profil der MSZP-WählerInnen wies höheres Alter und eine eventuelle Bindung an das *Ancien Régime* auf (vgl. Dieringer 2009, 8).

Die gesellschaftliche Unterstützung von FIDESZ scheint allerdings zu bröckeln, auch wenn es Orbán immer noch gelingt, vielen UngarInnen Stärke und Visionen zu vermitteln. Nicht zuletzt deshalb, da auch der Bertelsmann-Transformationsindex auf den Wunsch vieler BürgerInnen nach einem „starken Staat“, an dessen Spitze ein „starker Mann“ steht und ihre Probleme löst (vgl. BTI 2014, 15). Angesichts des desolaten Zustands der stark fragmentierten, links-liberalen Opposition funktioniert für Orbáns Partei die Inszenierung als einzig wählbare Partei immer noch. Jedoch ist 2011 „die Unterstützung des Fidesz seit den Wahlen im April 2010 von mehr als 52 auf 32 Prozent zurückgegangen“ (Bos 2011, 61), so eine Studie eines FIDESZ-nahen *Think Tank*. FIDESZ verlor immer wieder WählerInnenstimmen bei den vergangenen Wahlen, so etwa auch bei den Parlamentswahlen im April 2014. Obwohl sie 9% verloren im Vergleich zur Wahl 2010, verhalf die durchgesetzte Wahlrechtsreform, der Partei zu einer erneuten Zwei-Drittel-Mehrheit - nur 30% der Wahlberechtigten stimmten jedoch für FIDESZ. Jene ehemaligen FIDESZ-WählerInnen, die unzufrieden mit der betriebenen Politik sind, blieben den Wahlen entweder fern – verdeutlicht in einer der niedrigsten Wahlbeteiligungen von 61,2% – oder stimmen für die rechtsextreme Partei Jobbik, die 5% zulegen konnte (vgl. Pester Llyod, 07.04.2014). Doch nicht nur Wahlergebnisse und Meinungsumfragen sind Anzeichen dafür, dass FIDESZ Popularität etwas zurückgehen könnte. Es kam in den letzten Jahren zu Demonstrationen und Protesten gegen die Regierung und ihren nationalpopulistischen Kurs. Im Oktober 2014 entlud sich der Zorn der Bevölkerung an Orbáns Modell einer Internet-Steuer, die Pläne dafür, wurden nach massiven Protesten zurückgezogen. Die Demonstrationen halten jedoch an und weiteten sich auf Gewerkschaften,

Studierende und MenschenrechtsaktivistInnen aus. Die Tatsache, dass über 10 000 Menschen gegen Viktor Orbáns Politik im „demonstrationsmüden“ Ungarn protestieren, dürfte nicht nur politische BeobachterInnen verwundern (vgl. Der Standard, 15.12.2014).

4. EU-Wahlkampf 2014

4.1. EU Wahl als second-order election

Die Analyse des Wahlkampfes 2014 für die Wahlen zum Europäischen Parlament (im Folgenden: EP) ist für die vorliegende Arbeit außerordentlich wichtig. Zum einen stellt sie den empirischen Teil dar und liefert somit neues Material, das eigenständig erhoben wurde. Zum anderen, ermöglicht es auch die immer wichtiger werdende Dimension der Europäischen Union (im Folgenden: EU), nicht zuletzt aufgrund euroskeptischer Positionen der nationalpopulistischen Parteien, zu beleuchten. Hier soll aufgezeigt werden, wie sich der Europawahlkampf gestaltete: Welche Frames wurden von den populistischen Parteien verwendet? Wie ist die Interessenslage innerhalb der Bevölkerung zu bewerten, welches Bild lässt sich ausgehend vom EU-Wahlkampf in den beiden Ländern zeichnen?

Politikwissenschaftlich werden EU-Wahlen – neben Kommunalwahlen - oft unter dem Terminus *second-order elections* subsumiert. Erstens, steht bei diesen Nebenwahlen weniger auf dem Spiel und es dominieren nationale Themen. Abgestimmt wird nach anderer Präferenz, bei geringerer Wahlbeteiligung als bei Hauptwahlen. Zweitens, werden Regierungsparteien häufig abgestraft, während kleine Parteien oft bessere Chancen haben (vgl. Reif/Schmitt 1980, 8). Der *second-order* Charakter gilt als dominantes und etabliertes Framework in der Wahlforschung, das nach der ersten EU-Wahl 1979 von Reif und Schmitt konzeptioniert wurde und auch in aktuelleren Studien Bestätigung findet (vgl. u.a. Hix/Marsh 2010, Schmitt 2005, van der Brug/ van der Eijk 2007). Allerdings zeigen einige Studien auch auf, dass insbesondere seit der EU-Erweiterung 2004 in Zentral- und Osteuropa, zentrale Elemente der *second-order* Wahlen abgeschwächt auftreten. Beispielsweise ist die EU Wahl in den neuen Mitgliedsstaaten, also auch in Ungarn, kaum als Protestwahl gegenüber der Regierung zu betrachten: „Although voters clearly believe less to be at stake in these elections (...), they do not use them to vote ‚with the boot‘.“ (Koepke/Ring 2006, 341) Mit anderen Worten bedeutet das, dass die Regierungsparteien nicht zwangsläufig bei EU-Wahlen verlieren und kleine Parteien auch nicht unbedingt besser abschneiden. Das ist konträr zu den Resultaten in den „alten“ Mitgliedsstaaten (vgl. Schmitt 2005, 666). Schmitt zeigt in seiner quantitativen Studie, dass die allgemeine Volatilität bei Wahlen in Osteuropa höher liegt als in Westeuropa, da die WählerInnenbindung in den postkommunistischen Staaten weniger stark verankert ist. Nichtsdestotrotz ist die WählerInnenbindung in den konsolidierten Demokratien rückläufig, während sie in den neuen Mitgliedsstaaten langsam steigen wird (vgl. Schmitt 2005, 666f). Hix und Marsh klassifizieren wiederum pan-europäische Trends bei den EU-Wahlen, die als Erweiterung der *second-order* These zu interpretieren sind (vgl. Hix/Marsh 2011, 12).

Aufgrund der angesprochenen Rahmensituation wurde den achten Wahlen zum EP – zumindest im Vorfeld - Wahl ein großer Stellenwert zugeschrieben. Denn es handelte sich zum

einen, um Wahlen nach Ausbruch und Sichtbar-werden der Finanz- und Staatsschuldenkrise, die für die bisherige Entwicklung der EU eine deutliche Zäsur darstellt.

„The next EP elections will thus take place in a different context in which 'Europe' has moved to the very heart of national debates and election campaigns in the member states, in circumstances defined by a widespread popular perception that the EU is 'part of the problem' and not 'part of the solution', and in conditions which are particularly auspicious for the electoral success of the anti-EU political camp.” (Stratulat/Emmanouilidis 2013, 3)

Zum anderen gab es neben den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, auch eine institutionelle Neuerung mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009. Das EP erfuhr durch das neue Vertragswerk eine politische Aufwertung und ernennt nun den Kommissionspräsidenten, dessen Ernennung auf dem Resultat der EU-Wahl, dem Willen der WählerIn, basiert (vgl. Europäisches Parlament 2014).

Stratulat und Emmanouilidis äußern aufgrund dieser neu gelagerten Ausgangslage folgende Hypothesen: „As such, the 2014 European elections could witness more debates about the EU, albeit in a largely negative manner, as well as more citizens casting their vote, though probably in favour of Eurosceptic lawmakers.” (Stratulat/Emmanouilidis 2013, 3)

4.2. Der französische EU-Wahlkampf

4.2.1. Berichterstattung bei EU-Wahlen

Das zuvor angesprochene *second-order* Model lässt auch eine Überleitung zur medialen Berichterstattung von Wahlen zum EP zu, wird sie in der Literatur doch oft als „second-rate coverage of a second-order event“ (Vreese/Lauf/Peter 2007) angeführt. Anders gesagt, gilt die Berichterstattung dieser Nebenwahlen auch den Medien nur als Nebenschauplatz. Das zeigt sich im Paradoxon, dass die tiefgreifende und immer größer werdende Bedeutung der EU per se, konträr zum geringen Interesse einer distanzierten Bevölkerung läuft. Hier liegen für die Kommunikationswissenschaft Chancen einer identitätsstiftenden europäischen Öffentlichkeit³⁹ durch eine journalistische Kultur, die diese Kluft zwischen Einfluss und Kenntnisstand ändern könnte – was wiederum noch in weiter Ferne liegt (vgl. Brantner 2010, 97).

³⁹ Der Öffentlichkeitsbegriff in der kommunikationswissenschaftlichen Debatte um europäische Öffentlichkeit und Massenmedien geht zurück auf Jürgen Habermas. Dessen Definition sieht politische Öffentlichkeit als „Arena für die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesamtgesellschaftlicher Probleme“ (Habermas 1992, 365 cit. In. Brantner 2010, 94). Zwei vorherrschende Denkrichtungen prägen den Diskurs: „Einerseits existiert das Modell einer paneuropäischen nationenübergreifenden Öffentlichkeit, andererseits das Modell einer Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten.“ (Brantner 2010, 97) Das erste Modell gilt als „idealtypisches Konstrukt“ (Wolke/Steininger/Maurer 2010, 44), das durch Gründe wie unterschiedlichen Sprachen und dem Fehlen europäischer Massenmedien nicht der Realität entspricht (vgl. Brantner 2010, 97), allerdings kommt es zu Annäherungen europäisierter nationaler Öffentlichkeiten durch überlappende Berichterstattungen (vgl. Wolke/Steininger/Maurer 2010, 44).

Die Frage nach einer ausreichenden und sichtbaren Berichterstattung bleibt eine der Hauptdimensionen bei (quantitativen) Medienanalysen zu europäischen Wahlen. Einerseits, „weil [a]us der Agenda-Setting-Forschung [...] bekannt [ist], dass Menschen vor allem jenen politischen Themen Beachtung schenken, die in der Medienberichterstattung häufig aufgegriffen und in den Mittelpunkt gerückt werden.“ (Brettschneider/Rettich 2005, 138) Der *Agenda-Setting*-Ansatz ist ein zentrales kommunikationswissenschaftliches Modell aus den 1970er-Jahren (vgl. Schranz 2007, 212). Der Ansatz zeigt, dass „die Massenmedien nicht so sehr beeinflussen was wir denken, sondern, worüber wir nachdenken“ (Brantner 2010, 95). Andererseits ist die Häufigkeit von Berichten zur EU-Wahl zentraler Punkt von Analysen, weil normativ gesprochen, Massenmedien eine „Öffentlichkeits-, Informations-, Artikulations- und Kontrollfunktion“ (Brettschneider/Rettich 2005, 152) gegenüber ihren LeserInnen innehaben. Denn den Massenmedien kommt in der europäischen Arena eine hervorgehobene Vermittlerrolle zwischen politischen AkteurInnen und BürgerInnen zu, um über Entscheidungen und Vorgänge zu informieren (vgl. Brantner 2010, 96). Auch wenn die Häufigkeit von EU-Themen in der Berichterstattung keine Forschungsfrage in der vorliegenden Analyse ist, ist es durchaus zweckmäßig die *second-order* Dimension trotz unterschiedlicher Forschungsdesigns zu erwähnen.

Für den französischen Fall ist die Frage nach dem Framing essentiell, das einen Schritt nach dem *Agenda-Setting* ansetzt: „Aus welcher Perspektive die Europäische Integration von den Bürgern wahrgenommen wird, hängt demnach stark davon ab, aus welcher Perspektive sie von den Massenmedien dargestellt wird.“ (Brettschneider/Rettich 2005, 138) Im Kern geht es beim Framing nicht mehr darum, was ein Thema ist, sondern wie über ein Thema gesprochen wird (vgl. Schranz 2007, 213).

4.2.2. Methodik: Qualitative Inhaltsanalyse

Die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse entwickelte sich aus der quantitativen Inhaltsanalyse, die vor allem in den Kommunikationswissenschaften herangezogen wird, um Inhalte in Medien systematisch auszuwerten. Die Methode nach Mayring setzt an den Defiziten der quantitativen Analyse an und verstärkt die Bedeutung von Kontexten und versteckten Sinnstrukturen (vgl. Mayring 2002, 114). Mit dieser Methode könnten Inhalte systematisch bearbeitet werden, „indem das Material schrittweise mit theoriegeleitet am Material entwickelten Kategoriensystemen“ (Mayring 2002, 114) analysiert. Diese Kategorienbildung folgt einem induktiven Modell: Zunächst werden anhand der Fragestellung Kategorien definiert, danach erfolgt eine Bearbeitung des Materials. Hier werden entweder die Inhalte in eine schon bestehende Kategorie subsumiert oder in einer neuen Kategorie formuliert. Nach einer Revision der Kategorien, erfolgt die Interpretation und die Auswertung (vgl. Mayring 2002, 116).

Eine qualitative Herangehensweise ist für die Medienanalyse insofern hilfreich, da pointierte Aussagen von PolitikerInnen, insbesondere von Marine Le Pen, die Berichterstattung prägten und dadurch die symbolhafte und emotional aufgeladene Rhetorik rund um den Europawahlkampf auch in der Analyse augenscheinlich wird.

Um Einblicke in die mediale Logik des FN zu gewinnen, führte ich für den vergangenen EU-Wahlkampf eine qualitative Medienanalyse anhand drei ausgewählter Medien durch. Analysezeitraum war Mai 2014 bis zur Wahl am 25. Mai. Ausgewählt habe ich die Tageszeitungen *Le Monde* und *Le Figaro* sowie das Onlineportal der Regionalzeitung *Ouest-France*. Diese Auswahl lässt sich hinsichtlich der Relevanz des Mediums in Frankreich und der Möglichkeit eines verfügbaren Zugangs begründen. *Le Figaro* ist die auflagenstärkste, überregional erscheinende Tageszeitung Frankreichs und gilt neben der zweitaufgabenstärksten Tageszeitung *Le Monde* als meinungsbildende Zeitung (vgl. OJD 2013). Zwei Besonderheiten des französischen Medienmarktes sollen an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben: Die Medienlandschaft in Frankreich gilt als politisch stark polarisiert und ist abhängig von Zuwendungen des Ministeriums für Kultur und Kommunikation. Frankreich leistet sich europaweit die höchsten Presseförderung - *Le Monde* erhält am meisten staatliche Subventionen (vgl. Heimerl 2013). Die älteste Tageszeitung Frankreichs *Le Figaro* ordnet man eher als konservatives Medium ein; Eigentümer ist Serge Dassault, ein Rüstungsindustrieller und Senator der konservativen UMP (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.01.2014). Im Unterschied dazu, gilt *Le Monde* traditionellerweise als linksliberale Tageszeitung unter dem Eigentümer Pierre Bergé (vgl. Die Tageszeitung, 15.06.2010). Beide Zeitungen wurden in der Printausgabe bearbeitet. Als drittes Medium wählte ich das Onlineportal der auflagenstärksten Regionalzeitung *Ouest-France*, welches zwar nicht in Printform vorlag, allerdings fand so auch die regionale Dimension der Berichterstattung Eingang in die Medienanalyse.

Um die Ebene des medialen Umfelds des FN, also die Berichterstattung in den ausgewählten Medien zu analysieren, wurden die jeweiligen Berichte nach inhaltlichen Kategorien kodiert. Dadurch ergaben sich unterschiedliche Kategorien, jedoch lassen sich einige Artikel auch mehreren Kategorien zuordnen. Folglich lässt sich zeigen, in welchen Kategorien die rechtspopulistische Partei agiert. Außerdem kann auch die Wechselwirkung im Wahlkampf zwischen Medien und Parteien skizziert werden: Welche Frames des FN werden in der Berichterstattung zur EU-Wahl rezipiert?

4.2.3. „Non aux Bruxelles, oui à la France“ – Der Europawahlkampf des FN als Medienanalyse

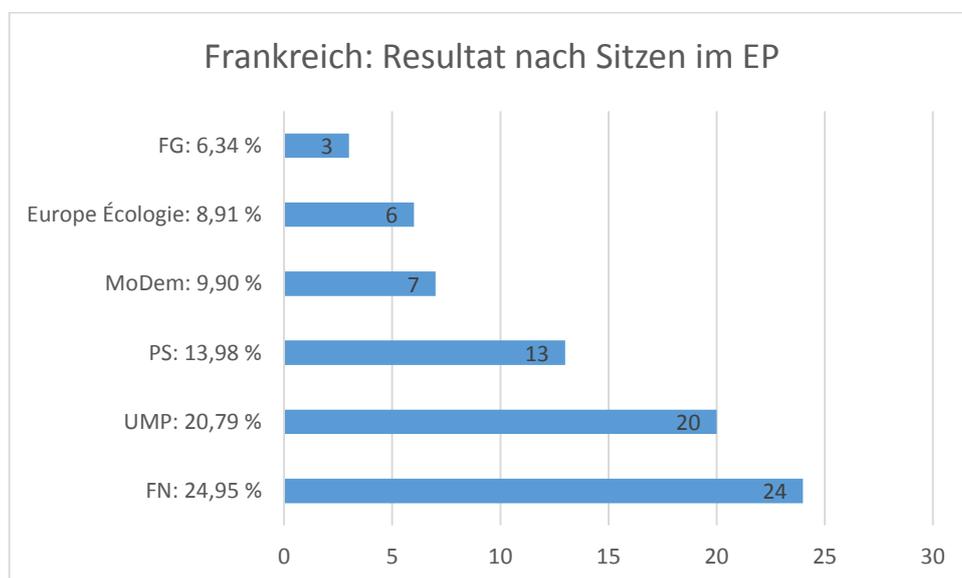
Das Gründungsmitglied Frankreich wählte 2014 bereits zum achten Mal bei Europawahlen seine Abgeordneten zum Europäischen Parlament (im Folgenden: MEPs). Davor fanden Kommunalwahlen mit dem ersten Durchgang am 23. März 2014 und den Stichwahlen am 30.

März 2014 statt. Aus dieser Wahl gingen die regierenden Sozialisten mit Präsident François Hollande stark geschwächt hervor, denn die PS (*Parti socialiste*) verlor 151 wichtige Städte mit über 10.000 EinwohnerInnen an die konservative UMP (*Union pour un mouvement populaire*) und an den FN (vgl. Roger 2014). Aufgrund des schlechten Resultats der PS kam es zu Regierungsumbildungen, woraufhin der Premierminister Jean-Marc Ayrault dem früheren Innenminister und neuem Regierungschef Manuel Valls weichen musste. Mit dieser Umbildung bediente Präsident Hollande den rechten Parteiflügel innerhalb seiner Partei, aber auch Umfragen zeigten, dass sich fast 80% der Befragten eine Umbildung der Regierung und insbesondere einen neuen Premierminister wünschen (vgl. Welter 2014).

Diese Ausgangssituation mit einem unbeliebten Präsidenten und auf Ablehnung stoßende Reformen – etwa eine Reform der historischen französischen Regionen – prägte das politische Klima im Wahlkampf. Das Wahlergebnis vom 25. Mai war für Frankreich ein politisches Erdbeben, da der FN zum ersten Mal stimmenstärkste Partei wurde. Le Pen gelang es das Etikett der „premier parti de France“⁴⁰ medial zu vermarkten. In der neuen Legislaturperiode im EP werden 24 MEPs des FN sitzen – achtmal mehr als im vergangenen Parlament.

Abbildung 1: Ergebnis EU-Wahl in Frankreich: Resultat nach Sitzen im EP

Quelle: Europäisches Parlament 2014, eigene Darstellung



In Abbildung 2 sind die relevanten Kategorien aller untersuchten Medien dargestellt. Im Folgenden wird auf diese inhaltlichen Kategorien näher eingegangen. Die vollständige Darstellung der Kategorien ist im Anhang zu finden.

⁴⁰ Übersetzung: „stärkste Kraft Frankreichs“

Abbildung 2: Übersicht Kategorien Medienanalyse

Quelle: eigene Darstellung

Politikfelder / Thematische Positionierung der KandidatInnen	Mobilisierung	Projekt EU	Stimmung/ Umfrage
Verteufelung Front National	Europäische Spitzen- kandidatInnen	Blick auf andere Mitgliedsstaaten	Beziehungen Deutschland – Frankreich

- **Politikfelder/ Thematische Positionierung der KandidatInnen**

Diese beiden Kategorien werden im Folgenden gemeinsam besprochen. Zwar ist der Aufbau der Artikel jeweils ein ganz anderer, aber dieses Vorgehen ermöglicht es, konkret auf thematische Inhalte des FN einzugehen und gleichzeitig die wichtigsten Politikbereiche der Wahlkampfberichterstattung aufzuzeigen.

In der Kategorie Politikfelder wurden jene Artikel codiert, die einem bestimmten Politikbereich zuzuordnen sind. Darin finden sich Berichte über Wirtschaft, Energie, Sozialpolitik, GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) und Immigration. Bei den Artikeln zur thematischen Positionierung der KandidatInnen geht es darum, den LeserInnen einen Überblick zu geben, welche/r KandidatIn für welche Inhalte steht. Solche Darstellungen sind als Entscheidungshilfe konzipiert und finden sich kurz vor dem 25. Mai in allen drei Zeitungen. *Ouest-France* unterstreicht die regionale Komponente und diskutiert die Herausforderungen für die Parteien anhand der SpitzenkandidatInnen in den acht Wahlkreisen, in die Frankreich für die EU-Wahl aufgeteilt ist. Auch *Le Monde* und *Le Figaro* fragen nach dem Programm der Parteien für Europa.

Welche Positionen bezieht der FN in diesem Wahlkampf in Wirtschafts-, Immigrations-, und Umweltfragen? Die Frage nach der Zukunft des Euros findet sich an der Spitze des Katalogs der Parteien. Für den FN gilt der Ausstieg aus der Eurozone als „cœur du programme“⁴¹ (*Le Monde* 22.05.2014). Gefordert wird eine Wiedereinführung einer nationalen Währung; die Formulierung bleibt aber vage. Denn Marine Le Pen identifizierte sich in der ersten Phase des

⁴¹ Übersetzung: „Herz des Programmes“

Wahlkampfes stark mit diesem Thema, allerdings zeigten Umfragen wie jene des Meinungsforschungsinstituts BVA, dass 79% der Befragten gegen einen Ausstieg aus dem Euro sind (vgl. Le Figaro 12.05.2014). Jean-Marie Le Pen griff in die Debatte ein und brachte die Idee eines Referendums über die Zukunft des Euros ins Spiel. Der Politologe Dominique Reynié sieht so die eigentliche Forderung des FN entkräftet, die für die WählerInnen ohnehin Ängste hervorruft: „Du point vue d'un électeur, l'euro, c'est mon patrimoine, mon épargne, ma retraite.“⁴² (Reynié cit in Le Monde 21.05.2014) Vielmehr konzentrierte sich der FN in Wirtschaftsthemen auf die Austeritätspolitik der EU – „enrayer le cycle infernal de l'austerité“⁴³ (Le Figaro 20.05.2014) und forderte Regulierungen in Form eines intelligenten Protektionismus für die vorherrschende wilde Globalisierung, die von der EU vorangetrieben wird (vgl. Le Monde 22.05.2014). Hauptthema ist für den FN Immigration und das Schengener Abkommen. Schengen gilt für den FN als Paradebeispiel des Versagens der EU und der von den Eliten betriebenen Politik. Frankreich soll aus dem Schengen-Raum austreten und Grenzkontrollen wieder einführen, um die Kriminalität und illegale Immigration zu stoppen (vgl. Le Figaro 20.05.2014). In Umweltfragen hält sich der FN allgemein zurück – mit Ausnahme, der für Frankreich wichtigen GAP. Der Landwirtschaft kommt in Frankreich eine identitätsstiftende Rolle zu, da die agrarische (und militärische) Stärke der *Grande Nation* etwa Deutschlands wirtschaftlicher Stellung relativieren soll. So verteidigt der ansonsten autonome französische Staat die Interessen seiner LandwirtInnen (vgl. van der Leuten/Alons 2012, 266; 271). Der FN verlang eine höhere Besteuerung für Produkte, die die französischen Standards nicht einhalten. Dafür muss die Agrarpolitik wieder nationalisiert werden, so das Programm (vgl. Ouest-France 22.05.2014).

Die Artikel sind gespickt mit wörtlichen Zitaten von FunktionärInnen des FN und es zeigt sich, dass das Programm der Partei vor allem auf aufgeladenen Schlagworten und weniger auf konkreten Lösungsvorschläge basiert. Dies stellt allerdings kein Alleinstellungsmerkmal der Präsentation des FN dar, sondern kann eher als ein Charakteristikum von groben überblicksartigen Artikeln und Entscheidungshilfen gesehen werden.

- **Mobilisierung**

Die Berichterstattung nahm in den letzten beiden Wochen vor der Wahl zu, weswegen auch die Kategorie „Mobilisierung“ gegen Ende des Analysezeitraums besonders oft vorkam. Politische Schwergewichte traten ins Rampenlicht, um das Interesse von potenziellen WählerInnen zu gewinnen – diese standen vor allem in den beiden Qualitätszeitungen im

⁴² Übersetzung: „Aus der Sicht der WählerInnen, ist der Euro mein Vermögen, mein Erspartes, meine Pension.“

⁴³ Übersetzung: „den teuflischen Kreislauf der Austerität zu bremsen“

Vordergrund. In *Ouest-France* waren es jedoch eher Prominente und KandidatInnen der Region, die für die EU-Wahlen mobilisierten.

Präsident Hollande schwang eine glühende Europa-Rede in *Le Monde* – die auch in den beiden anderen Medien eingehend rezipiert wurde – und eröffnete am Gedenktag der Befreiung, ein Feiertag in Frankreich, am 8.Mai damit die heiße Phase des Wahlkampfes. Auch sein Premierminister, Manuel Valls, engagierte sich öffentlich um WählerInnenstimmen. Selbstredend mobilisierte auch die konservative UMP, von internen Querelen zum Thema EU und Skandalen geplagt, ihre FunktionärInnen. Drei Tage vor der Wahl kam es zu einem mit Spannung erwarteten Statement vom ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy, wodurch eher der antieuropäische Flügel in der UMP bedient wurde. Insbesondere *Le Figaro* fokussierte die Meldungen auf die daraufhin neu entfachte Debatte innerhalb der UMP.

In den untersuchten Medien stand für den FN vor allem die Mobilisierung des eigenen Elektorats im Vordergrund. Die WählerInnen des FN dazu bewegen zur Wahl zu gehen, galt als wichtiges Ziel. Denn eine niedrige Wahlbeteiligung der SympathisantInnen würde den ersten Platz verhindern. Das Risiko blieben demzufolge die FN-WählerInnen selbst, da diese traditionellerweise bei EU-Wahlen zuhause bleiben (vgl. Crépon 2014). Marine Le Pen wurde häufig in den Zeitungen wörtlich zitiert und adressierte in Interviews ihre WählerInnen direkt, dass die politische Elite von UMP und PS – griffig im FN-geprägten Begriff „UMPS“ zusammengefasst - nur darauf wartete, dass genau sie nicht wählen gehen. Bereits am 1.Mai lässt Marine Le Pen ihre AnhängerInnen wissen: „Ne nous décevez pas et allez voter. Ne comettez pas la funeste erreur de l’abstention!“⁴⁴ (Le Pen in *Le Monde*, 11.05.2014) Deshalb wurde die Europawahl als „Denkzettelwahl“ und als „Schicksalswahl“ propagiert, mit deren Resultat Druck auf Präsident Hollande ausgeübt werden könne. Bis hin zur Auflösung der Nationalversammlung, argumentierte Le Pen könnte man Veränderungen erzwingen. In diesen Artikeln kommt Marine Le Pen als Hauptprotagonistin vor, die den 25.Mai zum Referendum gegen die EU und gegen Hollande stilisiert. Damit verfolgt der FN mit Le Pen als Spitzenkandidatin eine doppelte Angriffstaktik. Der FN stand vor der Herausforderung ihre EU-kritische WählerInnenschaft zu überzeugen, an dieser *second-order election* teilzunehmen. Auch der Vize-Präsident des FN und Lebensgefährte von Marine Le Pen, Louis Aliot, wurde mehrmals im direkten Appell an seine WählerInnen zitiert, dass es gelingen muss, jene, die sich nicht für die EU interessieren und die Union per se als unwichtig empfinden, zu überzeugen, zur Wahl zu gehen (vgl. Aliot in *Le Monde*, 11.05.2014). Ein anderer FN Funktionär wiederum sah in der vorausgesagten niedrigen Wahlbeteiligung eine Folge der Politik von „UMPS“, die die Politikverdrossenheit in der französischen Bevölkerung befördere

⁴⁴ Übersetzung: „Enttäuscht uns nicht und geht wählen. Macht nicht den verhängnisvollen Fehler der Enthaltung!“

und gegen die angekämpft werden müsse (vgl. Chauprade in *Le Figaro*, 13.05.). Diese Aussage greift emotional auf das Motiv der „Denkzettelwahl“ gegenüber Hollande und den französischen politischen Eliten zurück.

Die Kategorie Mobilisierung zeigt also auch, wie stark die Wechselwirkung zwischen Inhalten des FN und der medialen Berichterstattung ist. Die prophezeite geringe Wahlbeteiligung war demnach der Mittelpunkt der Mobilisierungsbemühungen des populistischen FN. Viel Raum gaben die Medien Umfragen und Prognosen, wie erläutert in der Kategorie Stimmung/Umfrage. Die Kategorie der Mobilisierung befindet sich in einem Nahverhältnis zu den anderen Kategorien, denn allgemein gesprochen, hat natürlich jede Form von politischer Kommunikation in den Medien sowie der gesamte Wahlkampf den Zweck WählerInnen zu mobilisieren.

- **Projekt EU**

Das Projekt EU wird in den beiden national erscheinenden Tageszeitungen abwechselnd wertschätzend, rein informativ oder auch kritisch in Form von Leitartikeln und Debatten behandelt. In *Ouest-France* steht v.a. die Informationskomponente im Vordergrund: es werden beispielsweise die wichtigsten Institutionen vorgestellt, aber auch Kritik daran geübt und der Modus der Wahl erklärt. *Le Monde* kann anhand der Berichterstattung als pro-europäischer als *Le Figaro* verstanden werden. Bei aller Kritik an der gemeinsamen Währung und den Defiziten der Institutionen, wird auch die Wichtigkeit der Union für Europa betont. So werden etwa Initiativen wie folgende vorgestellt: „Sans l'Europa, on étoufferait“⁴⁵ (vgl. *Le Monde* 22.05.2014), die von Studierenden und Firmenchefs unterstützt wird. *Le Figaro* hingegen bleibt in der Berichterstattung UMP-nahe und somit tendenziell EU kritischer: Parteiintern ist die UMP in EuroskeptikerInnen und den pro-europäischen Flügel tief aufgespalten. Das bereits erwähnte Plädoyer von Nicolas Sarkozy befeuerte diese internen Streitigkeiten und dominierte folglich auch die Meldungen zum Projekt EU. Nichtsdestotrotz finden sich natürlich auch in *Le Monde* EU-kritischere Artikel, so wie auch *Le Figaro* glühende EuropäerInnen zu Wort kommen lässt.

Für den FN ging es darum, das Projekt EU als Feindbild der französischen Nation zu konstruieren, eindeutig wird die starke Euroskepsis der Partei in den jeweiligen Artikeln unterstrichen. Marine Le Pen kündigte an, dass das nächste große Abenteuer für die Anti-EuropäerInnen die Zerstörung der sowjetischen EU sein werde - „la déconstruction de l'Union soviétique européenne et le retour des nations comme structures protectrices des peuples“⁴⁶ (Marine Le Pen in *Le Figaro*, 13.05.2014). Marines Vater und der Ehrenpräsident des FN,

⁴⁵ Übersetzung: „Ohne Europa würden wir ersticken“

⁴⁶ Übersetzung: „die Zerstörung der sowjetischen EU und die Rückkehr der Nationen als beschützende Strukturen für das Volk“

Jean-Marie Le Pen, betont seine fundamentale Kritik an der EU, die zum Verlust der französischen Souveränität beitrüge (vgl. Jean-Marie Le Pen in *Le Figaro*, 13.05.2014). „UMPS“ hätten ein Monster, nämlich die EU, erschaffen, so Marie Le Pen bei ihrer symbolträchtigen Schifffahrt nach Schengen – an jenen Ort, an dem das Schengener Abkommen unterzeichnet wurde. Schengen fungiert als Reizwort für den FN. Marine Le Pen sagt ihren WählerInnen, was zu tun ist: „Il faut voter patriote!“⁴⁷ (vgl. Marine Le Pen cit in *Le Figaro* 20.05.2014). Anders gesagt, wird durch diesen nationalpopulistischen Aufruf die EU als Gegenspielerin zu Frankreich manifestiert sowie die EU-kritische Haltung im Land aufgegriffen.

An dieser Stelle sei verwiesen auf die Kategorie Stimmung/Umfrage, die ihrerseits wiederum eng zur Kategorie Projekt EU interpretiert werden muss. Auch bei dieser Kategorie ist die inhaltliche Nähe zu anderen Kategorien klar ersichtlich – schließlich steht die EU im Mittelpunkt jedes EU-Wahlkampfes und jeder Meldung - und zeigt auch eine gewisse methodische Willkür auf, allerdings konnte auch durch diese zentrale““ Kategorie die Strategie des FN gesondert betrachtet werden.

- **Stimmung/Umfrage**

Ebenfalls aufschlussreich ist die Kategorie „Stimmung/Umfrage“, denn das endgültige Resultat wurde durch veröffentlichte Umfragen zuvor bereits angekündigt. Auch die grundsätzlich ambivalente Stimmung gegenüber der EU in Frankreich wurde ausführlich aufgegriffen. Jede der drei Tageszeitungen veröffentlichte eine Vielzahl von Umfragen im Untersuchungszeitraum und in fast allen zeichnet sich der Sieg des FN ab. *Le Figaro* sieht das Duell um Platz eins zwischen UMP und FN bis zuletzt nicht entschieden, einig sind sich die Medien allerdings über das schlechte Ergebnis der PS – das schlussendlich auch eintrat. Für Marine Le Pen verstärkten die Umfragen ihre Wirkung: « La multiplication des sondages démontre que notre arrivée en tête est plausible, une redéfinition totale de la vie politique ! »⁴⁸ (Marine Le Pen in *Figaro*, 17.05.2014).

Darüber hinaus gab es auch viele Meinungsumfragen zur Stimmung gegenüber der EU in Frankreich. Auch hier wurde von Anfang an das Bild der euroskeptischen FranzöslInnen präsentiert. *Ouest-France* schreibt am 8. Mai, dass der Enthusiasmus und die Zuversicht bezüglich der Zukunft der EU verfliegen sind. Eine in *Le Monde* zitierte Studie von ViaVoice beleuchtet die interessante Ambivalenz der französischen WählerInnen in Bezug auf Europa. Für 49% der Befragten ruft die EU „etwas Negatives“ hervor, gegenüber 45%, die das

⁴⁷ Übersetzung: „Wir müssen patriotisch abstimmen!“

⁴⁸ Übersetzung: „Die Vielzahl an Umfragen beweist, dass es möglich ist, Erster zu werden, eine totale Neudefinition des politischen Frankreichs! (Lebens?!“)

Gegenteil angeben. Ein Ausstieg aus der EU findet allerdings keinen besonderen Anklang – 60% sind gegen einen Ausstieg (vgl. Le Monde 5.5.2014).

Einen Tag vor der EU-Wahl wurde in *Le Monde* folgende von Ipsos-Steria realisierte Studie veröffentlicht, die dieses Paradoxon zwischen prinzipieller Haltung zur EU und dem Euro ebenfalls aufgreift. Dieses ambivalente Verhältnis kristallisiert sich besonders in der Frage nach der gemeinsamen europäischen Währung heraus: Während 73% der Befragten angeben, der Euro sei eine gute Idee – genauso viele Personen sprechen sich für den Verbleib in der Gemeinschaft aus - zeichnet sich die allgemeine Haltung zur EU wiederum eher negativ ab. 22% sehen die EU als eine „schlechte Sache“, 38% sehen sie weder als „gute“ noch als „schlechte Sache“. Außerdem wird die EU-Mitgliedschaft Frankreichs im Kontext der Wirtschaftskrise von über der Hälfte der Befragten (52%) als Verschlechterung auf die Situation der FranzöslInnen gesehen. Die Wissenschaftler Martial Foucault und Thierry Pech sehen in dieser Studie den Wunsch der FranzöslInnen bekräftigt, die Krise ohne EU-Austritt zu überwinden. Ebenfalls steht klassisch à la *second-order election* das nationale Votum als Abstrafen der Regierung im Vordergrund, so Foucault und Pech (vgl. Foucault/Pech 2014).

Abbildung 3: Einstellung gegenüber EU

Quelle: Foucault/Pech 2014, eigene Darstellung

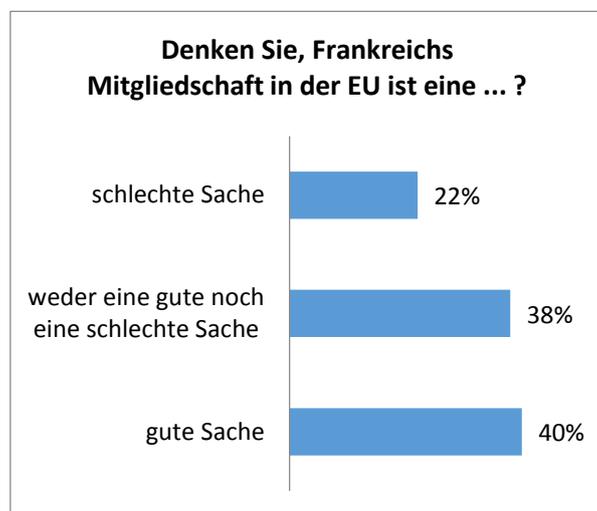


Abbildung 4: Krise und Mitgliedschaft

Quelle: Foucault/Pech 2014, eigene Darstellung



An dieser Stelle soll kurz verwiesen werden auf die inhärente Problematik von Meinungsumfragen im Wahlkampf. *Horse-race* Journalismus bezeichnet eine „professionelle Kooperation von Meinungsforschung und Medien“ (Rosenberger/Seeber 2003, 51), die besonders typisch für die anglo-amerikanische Berichterstattung ist. Diese Entwicklung trifft abgeschwächt auch für den analysierten französischen Wahlkampf zu. Der Wahlkampf selbst wird zum Sportereignis, die PolitikerInnen stehen im Wettkampf zueinander: Zunächst gab es wöchentlich neue Umfragen und Rankings zu den Parteien, in der Schlussphase des Wahlkampfes wurden täglich neue Umfragewerte veröffentlicht. Neben der an sich nützlichen Information für die LeserInnen, welche Partei welche Chancen hat, reduziert sich diese Art der Berichterstattung auf bloße Meinungsumfragen (vgl. Rosenberger/Seeber 2003, 14). Gerade im Fall der EU-Wahl reduziert sich dadurch die Komplexität der EU und den LeserInnen wird durch Meinungsumfragen etwas „Greifbares“ geboten. Zuletzt wird aber auch eine öffentliche Meinung durch die Umfrageberichterstattung konstruiert. „In diesem Kreislauf ist bald nicht mehr auszunehmen, ob diese öffentliche Meinung als Resultat eines fortlaufenden Kommunikationsprozesses Ei oder Henne ist.“ (Rosenberger/Seeber 2003, 52) Oft setzt nach der Wahl die Selbstreflexion der Medien über die Art und Weise dieser Berichterstattung ein – mehr thematisch-wichtige Inhalte statt einer kritiklosen, kommentierenden Form neuer Umfrageergebnisse (vgl. Riutort in Le Monde, 27.05.2014). PopulistInnen wie Marine Le Pen agieren allerdings bei Konstruktion ihres Images und ihrer Partei nach den Regeln der massenmedialen Aufmerksamkeit, weshalb sie für die Medien attraktiver – *quais als bon client*⁴⁹ als andere AkteurInnen gelten.

⁴⁹ Übersetzung: „als gute/r KundIn“

- **Verteufelung FN**

In dieser Kategorie finden sich Appelle anderer Parteien oder Interessensgruppen, die gegen den FN mobil machen und zu einer Stimmabgabe für die jeweilige Partei oder für eine republikanische Front gegen den FN aufrufen. Darüber hinaus wurde diese Strategie auch kritisch von ExpertInnen in Interviews und in Kommentaren von JournalistInnen bewertet. In diesem Kontext wird der Begriff Verteufelung⁵⁰ als wörtliche Übersetzung aus dem Französischen verwendet.

„Votez utile!“⁵¹ (Le Figaro 21.05.2014) mahnt der Spitzenkandidat der UMP, Alain Lamassoure, während Premierminister Valls an die Französischen appelliert, das Terrain nicht der extremen Rechten zu überlassen (vgl. Le Monde 03.05.2014). Diese Aussagen sollen mobilisieren: nicht nur für die jeweilige Partei zu stimmen, sondern auch ausdrücklich nicht für den FN zu stimmen. Für die übrigen Parteien ist dies eine seit den 1980ern erprobte Mobilisierungsstrategie gegen den FN und gipfelt im Begriff des „antilepénisme“⁵², der von VertreterInnen mit Antifaschismus gleichgesetzt wird. Der Slogan „F wie Faschist, N wie Nazi“ fasst für die AntilepenistInnen den FN in seiner Ideologie zusammen. Pierre Taguieff vertritt die Auffassung, dass der „antilepenisme“ und damit auch die Verteufelung der Partei, eine große Rolle für den Aufstieg des FN spielten. Le Pen und ihre WählerInnen zu dämonisieren führte auch dazu, dass der FN heute im Zentrum des politischen Lebens steht und seine Entwicklung von den anderen Parteien über Wahlen und Umfragen beobachtet wird (vgl. Taguieff in Le Figaro 21.05.2014). Auch in diesem Wahlkampf profitierte der FN davon. Durch die Verteufelung des FN laufen die anderen Parteien Gefahr, dessen WählerInnen zu verteufeln. Die Alarmsignale werden überhört, sodass den frustrierten BürgerInnen nur mehr eine Proteststimme für den FN bleibt, so lautet auch der Tenor einer Kolumne in *Le Figaro* (vgl. Le Figaro 12.05.2014). Auch wenn der Protestcharakter der Partei mit Marine Le Pens Regierungsambitionen zurückgehen, dient eine Stimmabgabe für den FN einigen als Ausdruck des Protestes und der Unzufriedenheit über die politische Elite. Frankreichs Regierung muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie oft von Gesellschaft und ihren sozialen Entwicklungen isoliert agiert (vgl. van der Vleuten/Alons 2012), wodurch ein größeres Frustrationspotenzial vorhanden ist. Die tiefe Polarisierung der französischen Gesellschaft entlang des Faktors Le Pen scheint sich durch die Strategie des Antilepenismus ebenfalls zu verhärten. Die Taktik eines isolierenden *cordon sanitaire* um den FN von der politischen Teilhabe auszuschließen hat seine Wirkung wohl verloren.

⁵⁰ Übersetzung: la diabolisation

⁵¹ Übersetzung: „Wählt nützlich!“

⁵² Übersetzung: „Antilepenismus“ als Sammelbegriff für eine gegen den FN und Le Pen gerichtete Stimmung bzw. Bewegung

- **Blick auf andere Mitgliedsstaaten**

Für die Tageszeitungen *Le Figaro* und *Le Monde* sind jene Artikel, die den Blick auf andere Mitgliedsstaaten legen, natürlich von großer Bedeutung. Sie stellen eine weitere Facette einer ausgedehnten Berichterstattung dar und schaffen eine Sensibilisierung für die EU als Gemeinschaft, indem über den nationalen Tellerrand geblickt wird. Somit ist auch die Wichtigkeit für interessierte LeserInnen unbestritten. Allerdings waren die Inhalte für die Analyse des FN im Wahlkampf kaum relevant, da der Fokus vor allem auf Politikbereichen und politischen Akteuren in anderen Mitgliedsstaaten lag. Auch die Stimmung im jeweiligen Land gegenüber der EU und ihrer Zukunft wurde aufgegriffen, da etwa der Euroskeptizismus, wie bereits besprochen, in Frankreich ein großes Thema darstellte. Hier ging es beispielsweise um den FN - etwa im Unterschied zu anderen euroskeptischen Parteien. Darüber hinaus fand die Absicht Marine Le Pens, eine Allianz von rechtspopulistischen Parteien im EU-Parlament zu gründen Erwähnung in *Le Monde*. Eine große Rolle spielte die Allianz allerdings nicht, wohl auch deshalb, weil Le Pen kein Interesse hatte, ihr Vorhaben mit anderen gleichgesinnten Parteien zu kooperieren, zum Wahlkampfthema zu machen.

- **Europäische SpitzenkandidatInnen/ Beziehungen Deutschland – Frankreich**

In dieser Kategorie finden sich vergleichsweise weniger Berichte, allerdings war die historisch gewachsene Beziehung zwischen den beiden Staaten von Bedeutung für den französischen Wahlkampf, z.B. hinsichtlich der europäischen SpitzenkandidatInnen. Deswegen werden diese Kategorien im Folgenden gemeinsam analysiert.

Bei den vergangenen EU-Wahlen traten die Allianzen des EP zum ersten Mal mit gemeinsamen SpitzenkandidatInnen an: Jean-Claude Juncker für die EVP, Martin Schulz für die S&D Fraktion, Guy Verhofstadt für die ALDE, Doppelspitze Ska Keller und José Bové für die Grünen und Alexis Tsipras für die GUE/NGL. Die stimmenstärkste Fraktion soll die/den KommissionspräsidentIn stellen dürfen. Im Folgenden gehe ich auf den europäischen Spitzenkandidaten Schulz ein, denn ihm kam eine hervorgehobene Rolle im französischen Wahlkampf zu. Einerseits diente seine Person als Zielscheibe für eine gegen Deutschland gerichtete Stimmung – artikuliert u.a. vom FN – und andererseits war er aktiv im Wahlkampf beteiligt. Die PS entschied sich, Schulz statt dem sozialistischen Spitzenkandidaten zu einer TV-Debatte gegen Marine Le Pen zu schicken, um die europäische Tragweite dieser Wahlen zu betonen. Für den FN ein Ausdruck von Feigheit und Verachtung der PS gegenüber den Französlinnen und schloss eine solche Debatte aus (vgl. *Le Figaro* 9.5.2014). Hier kann man einen der wenigen Momente im Wahlkampf festmachen, an dem es tatsächlich um den Spitzenkandidaten und gleichzeitig um seine Nationalität ging. Der weitere Verlauf fand allerdings keinen großen Eingang in die Berichterstattung und das Duell Schulz – Le Pen fand nicht statt. Nicht unerwähnt soll die Reaktion von Schulz bleiben: "Sie lehnt eine Diskussion

mit einem Europäer ab, denn sonst müsste sie zugeben, dass Europa existiert“ (Schulz cit.in EurActiv 2014). An anderer Stelle kritisierte Marine Le Pen, den Einfluss Deutschlands selbst in Frankreich. Sie befürchte eine „Länderisation de la France“: Frankreich werde durch die anfangs erwähnte, auf wenig Zustimmung treffende, territoriale Reform, das deutsche Modell des Föderalismus von der EU aufgebürdet bekommen (vgl. Le Figaro 13.05.2014).

Das andere große Thema in dieser Kategorie war der Einfluss Deutschlands in der EU, der eine potenzielle Belastung für die Beziehungen in Paris und Berlin darstellen kann. *Le Monde* bezeichnet das EP als stark deutsch geprägten Ort. Ausgangspunkt ist die Anzahl der Abgeordneten: 96 deutsche MEPs werden 74 französischen MEPs gegenüber gestellt. Darüber hinaus konkretisiert Olivier Costa, Direktor des *Collège d'Europe*, diese zahlenmäßige Unterlegenheit Frankreichs gegenüber Deutschland, da eine starke FN Delegation Auswirkungen auf Frankreichs Einfluss hätte, weil die FN MEPs häufig abwesend und schlicht unkontrollierbar sind (vgl. Costa cit.in Le Monde 09.05.2014). In anderen Worten, wird angenommen, dass ein starker FN ein schwaches Frankreich im EP bedeuten würde. Befürchtungen, die AnalystInnen zwar haben können, jedoch nicht die WählerInnen. Die bereits erwähnte Ipsos-Steria Studie, veröffentlicht am 24.05. in *Le Monde*, zeigt ein gering ausgeprägtes Misstrauen gegenüber Deutschland der Befragten. Immerhin 39% bewerten Deutschlands Rolle in der EU als positiv. Dies könnte man als Ausdruck dafür sehen, so Foucault und Pech, dass die FranzöslInnen unabhängig ihres Alters und sozialen Schicht, die deutsch-französische Freundschaft immer noch im Zentrum des europäischen Integrationsprozesses ansiedeln (vgl. Foucault/Pech 2014). Nicht unwesentlich für dieses Empfinden ist sicherlich auch das Gespann Hollande – Merkel und ihre gemeinsamen Auftritte während des Wahlkampfes. Dabei galt es Einigkeit in Bezug auf Europa zu demonstrieren, trotz bestehender inhaltlicher Differenzen wie dem Umgang mit der Krise oder Frankreichs Haushaltdefiziten (vgl. Le Figaro 12.05.2014).

Abbildung 5: Einfluss Deutschlands

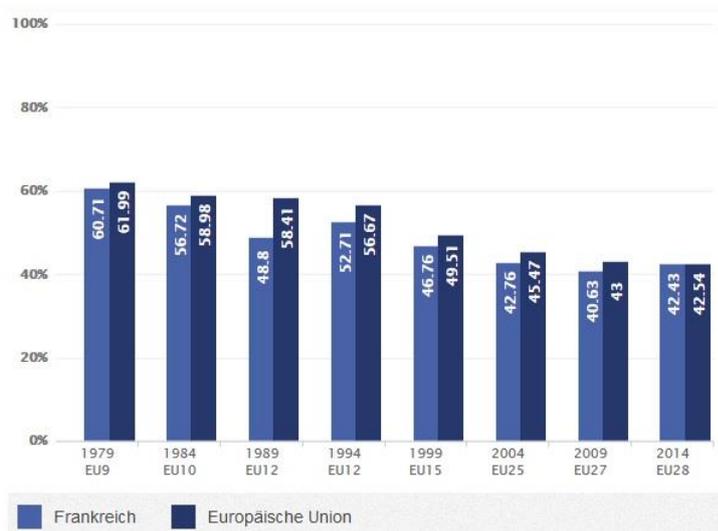
Quelle: Le Monde 24.05.2014, Ipsos-Steria Umfrage, eigene Darstellung



Essentiell war in dieser Kategorie auch die generelle Stimmung in Frankreich – inhaltsmäßig ist diese Kategorie deshalb im Umfeld der Kategorie Stimmung/Umfrage anzusiedeln. Durch die europäischen SpitzenkandidatInnen erhoffte man sich ein gesteigertes Interesse der EuropäerInnen an den Wahlen. Gemessen an der Wahlbeteiligung im EU-Durchschnitt wurde dieses Ziel zwar nicht erreicht, allerdings stieg in Frankreich die Wahlbeteiligung zur Wahl 2009 (siehe Abbildung 6). Der Faktor der SpitzenkandidatInnen kann dafür als kaum ausschlaggebend betrachtet werden, sondern es waren – wie bereits angesprochen – vielmehr nationale Belange wie das Abhalten eines Referendums über Hollandes Politik, die die knapp 43% der FranzöslInnen bewegten zur Wahl zu gehen.

Abbildung 6: Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Frankreich

Quelle: Europäisches Parlament 2014



4.3. EU-Wahlkampf in Ungarn

Für selbige Medienanalyse des ungarischen Falls fehlte mir die sprachliche Voraussetzung, deswegen wurden hier mittels eines Leitfadens gestützten Interview mit István Hegedűs Information über eine ungarische Perspektive auf die EU-Wahl generieren.

4.3.1. Methodik: ExpertInnen-Interview

Das ExpertInnen-Interview unterscheidet sich von herkömmlichen Befragungsmethoden hinsichtlich der befragten Person, die über Expertise zu einem Thema verfügt. „ExpertInnen-Interviews unterscheiden sich von anderen Befragungsmethoden in der Gesprächsführung und Auswertung; spezifisch für sie ist das Erkenntnisinteresse und die Befragtengruppe“ (Abels/Behrens 2005, 157). Das ist deshalb bedeutsam, da der/die ExpertIn nach den Kriterien des Erkenntnisinteresses ausgewählt werden: „Als Experte wird angesprochen wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung oder wer über einen privilegierten Zugang zu Information verfügt.“ (Meuser/Nagel 2005, 71). Darunter fallen beispielsweise PolitikerInnen, Angehörige von Organisationen oder WissenschaftlerInnen – eine Person also, die über ExpertInnen-Wissen in einem Bereich verfügt. „Mit dem Einsatz eines ExpertInnen-Interviews wird – forschungslogisch – das Interesse verfolgt, Strukturen und Strukturzusammenhänge des ExpertInnen-wissens/handelns zu analysieren.“ (Meuser/Nagel 2005, 76). Für diese Arbeit orientierte sich die Gesprächsführung an einem offenen Leitfaden, wodurch eine thematische Eingrenzung des Forschungsinteresses und des Forscherstatus gewährleistet wird (vgl. Meuser/Nagel 2005, 77).

4.3.2. Rahmensituation des ExpertInnen-Interviews mit István Hegedűs

Das Interview mit István Hegedűs PhD, fand am 16. Juni 2014 um 11 Uhr in seiner Wohnung in Budapest statt. Hegedűs ist Vorsitzender der Hungarian Europe Society (Magyoraszági Európa Társaság) und war von 1990 bis 1994 FIDESZ-Abgeordneter im ungarischen Parlament. Auch nahm er 1989 an den Verhandlungen in der Transitionsphase Ungarns teil. Die Forschungsschwerpunkte des ehemaligen FIDESZ-Mitglied und Soziologen liegen im Spannungsverhältnis Medien und Politik, politische Parteien und *decision-making* in der EU.

Anfangs klärten wir ab, das Interview auf Deutsch zu führen und falls Vokabelschwierigkeiten auftreten, auf Englisch zu wechseln. Dazu kam es allerdings ohnehin nicht, da István Hegedűs sehr gutes Deutsch spricht. Nachdem kurz das Forschungsinteresse besprochen wurde, begannen wir mit dem Interview. Im Arbeitszimmer herrschte eine gute Akustik, weshalb sich keine nennenswerten Nebengeräusche ergaben. Vorbereitet wurde ein Leitfaden, der verschiedene Punkte zum Thema EU-Wahlkampf in Ungarn beinhaltete. Im Wesentlichen bestand dieser aus Unterfragen zur Berichterstattung und der gesellschaftlichen Perzeption des Wahlkampfes sowie zum Thema Fidesz und Victor Orbán an sich (siehe Anhang). Das

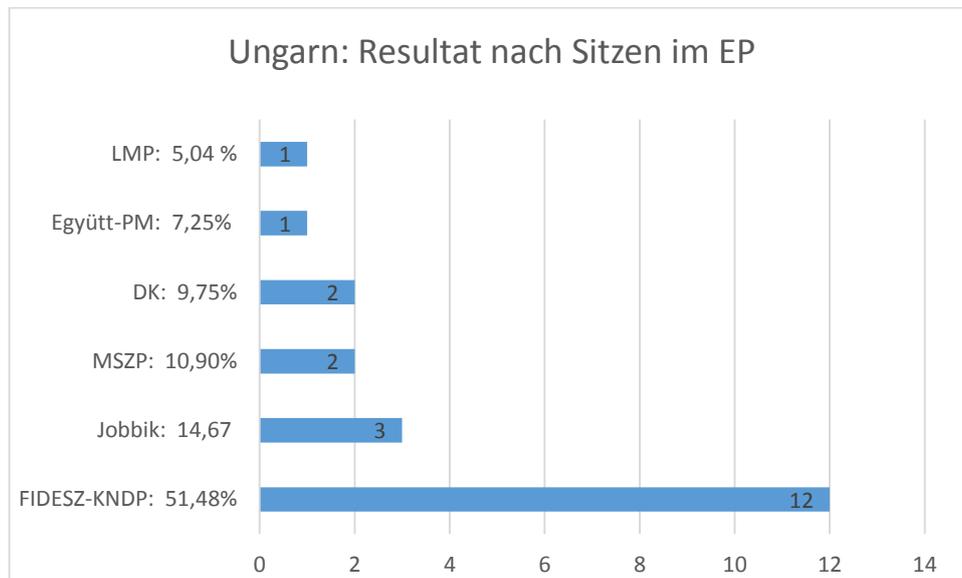
Interview wurde nach circa 20 Minuten durch ein Telefonat von Hegedűs für einige Minuten unterbrochen und dauerte danach noch etwas über 40 Minuten. Insgesamt dauerte das Interview 59 Minuten und 15 Sekunden. Danach unterhielten wir uns noch etwas über die ungarische Situation im Allgemeinen. Insgesamt war die Gesprächssituation entspannt. Der Leitfaden erwies seine Nützlichkeit, alle Themengebiete kamen zur Sprache. Darüber hinaus konnte auch einiges an Zusatzinformationen über die rechtsextreme Jobbik und ihr Auftreten im EU-Wahlkampf gewonnen werden.

4.3.3. „Tiszteletet a Magyaroknak“ – Der stille Europawahlkampf von FIDESZ in Ungarn
2014 ist für Ungarn ein Superwahljahr: Auf die Parlamentswahlen im Frühjahr, folgt die Europawahl und im Herbst finden Kommunalwahlen statt. Am 6. April 2014 wurde ein neues Parlament gewählt, aus der die amtierende Koalition FIDESZ-KDNP, wieder mit einer 2/3 Mehrheit ausgestattet, wenig überraschend als Siegerin hervorging. Die linke, zersplitterte Opposition trat bei den Parlamentswahlen als parteienübergreifende Allianz „Regierungswechsel“ an, allerdings wurde ihr Wahlziel nicht erreicht. Zur Allianz gehörte die sozialistische MSZP, die ökologisch-liberale Együtt-PM, die Demokratische Koalition DK sowie die liberale MLP (vgl. Spengler/Bauer 2014a; Engels 2014). Das Regierungskabinett der neuen-alten Koalition steht noch nicht fest und schon befinden sich die Parteien im nächsten Wahlkampf: „Das politische Ungarn ist also noch voll und ganz mit der Aufarbeitung der nationalen Wahlen beschäftigt.“ (Wimmer/Molnár/Engels 2014)

Gestärkt durch das Ergebnis tritt FIDESZ in den Wahlkampf mit dem Slogan „Respekt den Ungarn“. Zum dritten Mal wählten die UngarInnen ihre Abgeordneten zum EP. Der 1. Mai 2014 markierte das zehnjährige Jubiläum des Beitritts Ungarn. Wenig überraschend setzte sich FIDESZ auch in dieser Wahl bei den WählerInnen durch und stellt in der neuen Legislaturperiode 12 MEPs, zwei MEPs weniger als nach der Wahl 2009. Diese Mandate erreichten die Parteien LMP und Együtt-PM, die in der vergangenen Legislaturperiode nicht im EP vertreten waren.

Abbildung 7: Ergebnis EU-Wahl in Ungarn: Resultat nach Sitzen im EP

Quelle: Europäisches Parlament 2014, eigene Darstellung



Folgende Themenkomplexe lassen sich aus dem geführten ExpertInnen-Interview bilden. Anhand dieser Themenblöcke soll der ungarische EU-Wahlkampf beleuchtet und analysiert werden. Das vollständige, transkribierte Interview findet sich im Anhang.

- Stimmung im EU- Wahlkampf
- Botschaften und Inhalte
- Fidesz im EP
- Jobbik im EU-Wahlkampf

- **Stimmung im EU-Wahlkampf**

Wie eingangs schon erwähnt, war der EU-Wahlkampf besonders geprägt durch die vorangegangenen Parlamentswahlen: Die politischen MitbewerberInnen des linken Spektrums erweckten den Anschein, in einer Schockstarre zu verharren, ein Sieg der FIDESZ-Partei lag ohnehin auf der Hand.

„Der Wahlkampf kam direkt nach den nationalen Wahlen im April. Es war keine solche Wahl wie im Allgemeinen, z.B. zwei Jahre nach der nationalen Wahl und dann wäre es eine Revanche für die Opposition. Es war klar, dass FIDESZ wieder einmal gewinnen wird und vielleicht sogar mit einer größeren Anzahl an Stimmen. Denn was ist die Logik davon, in einem Monat wieder Wahlen zu haben?“ (Zeile 5-9)

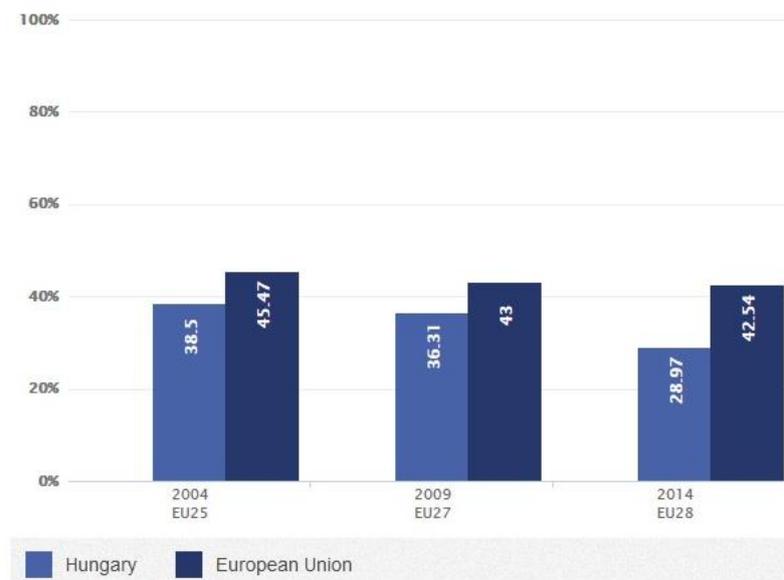
Dieser Logik folgend sollte der EU-Wahlkampf überhaupt nicht in eine heiße Phase kommen. Viel mehr wollte FIDESZ den Wahlkampf auf ein Minimum reduzieren, was auch funktionierte. Viktor Orbán nahm an keinen TV-Debatten teil, „denn da hätte er den Vorteil verlieren können“ (Zeile 56). Auch die eigentlichen SpitzenkandidatInnen der FIDESZ nahmen an keiner

Konfrontation teil. Hegedűs betonte im Interview die daraus resultierende undemokratische Haltung der Partei und ihrer FunktionärInnen, sich nicht einer Debatte zu stellen (vgl. Zeile 57). Was die anderen Parteien betraf, kam zur Niederlage der Parlamentswahlen hinzu, dass einige mit finanziellen sowie internen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten (vgl. Zeile 51ff).

Die WählerInnen wurden so auch kaum mobilisiert. Die Mobilisierungskraft einer Denkwahl für die amtierende Regierung griff nicht, da die letzte Wahl noch zu nahe lag und dieses Motiv, wie eingangs erläutert, weniger stark ausgeprägt ist als in westlichen EU-Staaten (vgl. Koepke/Ring 2006, 341). Es herrschte eine gewisse Müdigkeit bei den UngarInnen vor, worin auch eine Ursache der niedrigen Wahlbeteiligung gesehen werden kann (vgl. Zeile 208ff). Die untenstehende Abbildung 8 zeigt, dass die Wahlbeteiligung bei allen Wahlen unter dem ohnehin niedrigen EU-Durchschnitt lag.

Abbildung 8: Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen in Ungarn

Quelle: Europäisches Parlament 2014



Dieser EU-Wahlkampf sollte also zu keinem Wahlkampf werden und schlussendlich ist dies auch so eingetreten: „Im Allgemeinen war der Wahlkampf kaum sichtbar.“ (Zeile 51)

- **Botschaften und Inhalte**

Am 1. Mai 2004 trat Ungarn der EU bei, 2014 markiert die zehnjährige EU-Mitgliedschaft. Während des Wahlkampfes galt dieses Thema als zentral: „Denn die größte Frage ist eigentlich – im Allgemeinen nicht nur im Wahlkampf– wohin gehört Ungarn? Das ist wieder die Frage, zehn Jahre nach dem EU-Beitritt.“ (Zeile 37-38) Ausgehend von dieser Frage der Bilanz der letzten zehn Jahre, knüpften FIDESZ aber auch die anderen Parteien daran an.

Abbildung 9: Wahlkampfplakat FIDESZ

Quelle: Bayerischer Rundfunk 2014



FIDESZ plakatierte Ministerpräsident Orbán mit seiner „Botschaft an Brüssel: Respekt den Ungarn!“ Es wird ein klar ungarischer Standpunkt gegenüber der EU artikuliert, die ihrerseits reduziert wird auf das Schlagwort „Brüssel“. Für Hegedüs „*eine nationalistische Botschaft per se*“ (Zeile 19-20). Diese Strategie fällt in den Frame des „Freiheitskampfes“ gegenüber der EU, der seit Jahren von Orbán und seiner Partei vertreten wird. 2011 erklärte Orbán, „wie wir früher weder vom Wien der Habsburger, noch vom Moskau der Sowjets Befehle akzeptiert haben, sowenig akzeptieren wir Befehle aus Brüssel“ (Orbán cit in Hegedüs 2011). Orbán etabliert sich mit solchen provozierenden Aussagen als starker Mann auf dem europäischen Parkett und versucht so „die Sehnsucht vieler Ungarn nach einem stärkeren Auftritt ihres Landes auf der internationalen und europäischen Bühne zu befriedigen“ (Szombati 2014). Von Teilen der Bevölkerung wird Kritik aus dem Ausland als eine gegen FIDESZ geführte Kampagne gesehen und dieses Gefühl greift der Slogan auf (vgl. Spengler/Bauer 2014b, 3). Bereits als FIDESZ als Wahlsieger der Parlamentswahlen fest stand, bekannte sich Orbán wiederum eindeutig zur EU: "Die Ungarn haben Nein zu einem Austritt aus der EU gesagt mit dieser Wahl. Sie haben deutlich gemacht, dass Ungarn einen Platz in der Europäischen Union hat - aber nur, wenn dieses Land eine starke nationale Regierung hat." (Orbán cit in Tagesschau.de, 2014) Zum einen kehrt FIDESZ die übergeordnete Bedeutung der Nation hervor, zum anderen siedelt sich die Partei in der europäischen konservativen Mitte an. „Es gäbe mit den europäischen Institutionen keine Differenzen hinsichtlich der ‚politics‘ wohl aber hinsichtlich der ‚policies‘, so der Ministerpräsident.“ (Spengler/Bauer 2014b, 4) Orbán spielt gerne mit seiner Einstellung gegenüber der EU, so wie dieses Verhalten des Doppelspiels seine Politik generell kennzeichnet.

Interessant war auch die KandidatInnenliste der Partei: „Um dem eigenen Anspruch einer Vertretung der gesamten Nation gerecht zu werden, wurden Vertreter der Auslandsungarn auf den Plätzen 3, 9, 10 und 21 auf die Wahlliste aufgenommen.“ (Spengler/ Bauer 2014b, 3) Dies

ist ein starkes Zeichen an die etwa 500.000 AuslandsungarInnen, die in den letzten Jahren durch ein vereinfachtes Verfahren die ungarische StaatsbürgerInnenenschaft erhielten. Deswegen wird auch von Orbán betont, wie wichtig die EU ist, da es keine Grenzen mehr gibt und „weil die Nation wieder vereint wurde“ (Zeile 265). Hegedűs sieht Orbán hier noch im demokratischen Rahmen agieren. Die Landesgrenzen werden nicht bewusst zum Thema gemacht, sondern die Diskussion bildet vielmehr eine weitere Facette seiner Strategie des Doppelspiels von Pragmatismus und Ideologie (vgl. Zeile 274ff).

Abbildung 10: Wahlplakat MSZP

Quelle: Wimmer/Molnár/Engels 2014



Abbildung 11: Wahlplakat DK

Quelle: Wimmer/Molnár/Engels 2014



Abbildung 12: Wahlplakat Együtt–PM

Quelle: Wimmer/Molnár/Engels 2014



Konträr zur nationalistischen Botschaft von FIDESZ, positionierten sich die linken und liberalen Parteien. Die sozialistische MSZP setzt auf den generationenübergreifenden Anspruch der Sicherheit (vgl. Wimmer/Molnár/Engels 2014). Die DK mit dem ehemaligen Ministerpräsident als Spitzenkandidat Ferenc Gyurcsány, textet den FIDESZ Slogan der Parlamentswahlen um: Statt „Ungarn leistet besser“ heißt es auf den Plakaten „Europa leistet besser“ (vgl. Wimmer/Molnár/Engels 2014). Auch eindeutig pro-europäisch positioniert sich die Partei eines weiteren ehemaligen Ministerpräsidenten, Gordon Bajnai mit der Partei Együtt–PM. Bajnai ist zu sehen mit einer ungarischen und europäischen Flagge im Gesicht. Klar wird hier die Thematik einer doppelten Identität als UngarIn und EuropäerIn aufgegriffen (vgl. Zeile 33ff).

Auffallend ist, dass die beiden ehemaligen Ministerpräsidenten Gyurcsány und Bajnai sowie der amtierende Ministerpräsident Orbán zwar für die EU-Wahl plakatiert werden allerdings keiner der Politiker ins EP-Parlament einziehen würde (vgl. Wimmer/Molnár/Engels 2014). Hier wird auf den Bekanntheitsgrad der PolitikerInnen gesetzt. Diese Persönlichkeiten sollen Interesse bei der Bevölkerung wecken und als „Zugpferd“ für die jeweilige Partei wirken.

Darauf aufbauend war in den Medien die Frage nach dem Geld von großer Bedeutung: *„Alles geht nur um das Geld, nicht über europäische Werte oder föderales Europa [...] wie viel Geld bekommen wir, wie hat die Regierung das Geld benutzt – gut oder schlecht –, warum bekommen wir so wenig Geld usw. Das ist immer das Thema #1.“* (Zeile 191ff) Ungarn erhält im Rahmen des Europäischen Sozialfonds, des Kohäsionsfonds sowie des Fonds für regionale Entwicklung Gemeinschaftsmittel, um etwa die Beschäftigung zu steigern und nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Für den Programmzeitraum von 2007 bis 2013 flossen beispielsweise 30% der Gelder aus dem Kohäsionsfonds – etwa sieben Milliarden – in den Aufbau von Infrastruktur und Zugänglichkeit der Kernregionen (vgl. Europäische Kommission 2013). Pro Einwohner gesehen ist Ungarn im Budgetzeitraum 2014 bis 2020 der

zweithöchste Hauptempfänger⁵³ (vgl. Wimmer/Molnár/Engels). Das Aufgreifen dieser Thematik sieht Hegedűs allerdings schon auf einem höheren Niveau seitens der Medien sowie der Bevölkerung angesiedelt (vgl. Zeile 67).

Ähnlich gelagert waren Diskussionen über die europäischen SpitzenkandidatInnen. *„In den Fachzeitingen und auch dem Internet, und auch unter den Leuten, die sich mehr für Europa und die EU interessieren, da war es ein Thema. Aber für das allgemeine Publikum nicht, denn über die Spitzenkandidaten hat man nichts gehört.“* (Zeile 81ff) Mit Ausnahme der grünen Spitzenkandidatin Ska Keller kam keine/r der KandidatInnen nach Ungarn. Auf der sozialdemokratischen Seite könnten die Gründe dafür in den Schwierigkeiten innerhalb der MSZP bzw. im zersplitterten, linksorientierten Spektrum des Parteiensystems liegen. Für die Liberalen stellte sich die Frage, welche Partei überhaupt unterstützt werden sollte und auch der Spitzenkandidat der EVP, Jean-Claude Juncker, kam nicht nach Ungarn. Nicht zuletzt stellt auch die politische Situation unter Orbán ein mögliches Motiv dar, warum die SpitzenkandidatInnen während des Wahlkampfes nicht nach Ungarn reisten.

- **Fidesz im EP**

Einen Tag vor der Wahl am 25. Mai äußerte sich Viktor Orbán auf dem regierungsnahen Sender HirTV unmissverständlich gegenüber Jean-Claude Juncker: „Man habe ihn als Spitzenkandidaten mitgetragen, da die Mehrheit der Parteienfamilie ihn nun einmal aufgestellt habe, aber eine Wahl zum Kommissionspräsidenten läge nicht im ungarischen Interesse“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.05.2014), so Orbán – trotz der gemeinsamen Allianz der EVP. Eine Unterstützung Junckers steht für FIDESZ für ungewollte, weitere Kompetenzabgaben der Mitgliedsstaaten, lautete die nach außen getragene Begründung. Politische BeobachterInnen sehen in der Entscheidung allerdings auch, eine Abrechnung mit Juncker selbst und seiner Kollegin und Justizkommissarin Viviane Reding, die Ungarns Rechtstaatlichkeit von den vergangenen Reformen bedroht sieht und dies auch offen kritisierte (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 29.06.2014). Darüber hinaus sollte Orbáns Position, die er mit dem britischen Premierminister Cameron teilte, ihn kraftvoll erscheinen lassen.

Gestärkt sieht sich Orbán vor allem durch das Ergebnis der FIDESZ in Ungarn, die 51% der Stimmen erreichte. Das ist zum einen europaweit die zweithöchste Anzahl an Stimmen (vgl. Political Capital 2014) und zum anderen auch das beste Ergebnis innerhalb der EVP, wodurch seine Partei „proportional am meisten zum Sieg der EVP beigetragen habe“ (Spengler/Bauer 2014b, 5). Ein Verbleib der nationalpopulistischen FIDESZ in der Parteienfamilie der EVP

⁵³ Öffentliches Interesse, auch außerhalb Ungarns, erregten die Zahlungen aus dem Kohäsionsfonds, als die Kommission 2012 eine Zahlungsstranche von knapp 500 Millionen einfro. Grund für dieses erstmalige, scharfe Vorgehen, war das zu hohe Haushaltsdefizit und eine mangelnde Reformbereitschaft seitens der ungarischen Regierung (vgl. Europäische Kommission 2012).

scheint trotz wechselseitiger Kritik wahrscheinlich, denn die 12 FIDESZ MEPs sind für die konservative Allianz wichtig – der Abstand zur S&D Fraktion beläuft sich auf 30 MEPS - und FIDESZ wiederum kann sich am rechten Rand der EVP positionieren, um hier Einfluss zu üben (vgl. Zeile 104ff). Nichtsdestotrotz gibt es *„jetzt viel mehr Raum für Manöver, da die Euroskeptiker mehr Kraft im EP haben“* (Zeile 127). Damit könnte also taktiert werden, sich der euroskeptischen Fraktion EKR anzuschließen, falls die Kritik innerhalb der EVP lauter wird. Für Hegedűs entspreche dieses Vorgehen jedoch eher einer Art Plan B. Noch unwahrscheinlicher dürfte ein EU-Austritt zum Thema für den FIDESZ werden, weil die Notwendigkeit der Transferzahlungen offensichtlich ist und auch die Mehrheit der Bevölkerung einer Mitgliedschaft in der EU positiv gegenüber steht (vgl. Zeile 12ff).

Orbáns europapolitischer Kurs steht wieder einmal für seine Strategie der Doppelsprache, die sehr erfolgreich ist. Wenn zunächst ein starkes Ungarn gefordert wird, wird danach, als Antwort darauf, Ungarns Platz innerhalb der EU betont. Die Kritik der EVP hat sich zwar seit den Reformen an Ungarns Rechtsstaatlichkeit verstärkt - diplomatische Verstimmungen zwischen der Fraktion und FIDESZ stehen seit Jahren an der Tagesordnung – allerdings setzt auch die EVP unterschiedliche Zeichen. Beispielsweise reiste der französische Fraktionsvorsitzende der EVP, Joseph Daul, Ende März nach Budapest, um seine Unterstützung für Orbán und FIDESZ im Parlamentswahlkampf kundzutun (vgl. Zeile 94ff).

- **Jobbik im EU-Wahlkampf**

Um den EU-Wahlkampf von FIDESZ zu analysieren, muss neben den linken Parteien, vor allem der Blick auf die Jobbik-Partei gerichtet werden. Sie überholte MSZP und wurde zweitstärkste Partei. Während die Rhetorik von FIDESZ in den letzten Jahren härter geworden ist, versucht sich die als rechtsextrem einzuordnende Jobbik an einer Imagekorrektur:

„Jobbik hat eine neue Rhetorik eingeführt z.B. hat Gabor Vona auf Facebook eine Frage gestellt: „Habt Ihr uns gegenüber Vorurteile? Kommt und lernt uns kennen!“ Das war sehr klug, das Argument der Stereotypen so umzubauen. Im Allgemeinen, auf Ungarisch nannte man es „Zucki“ – Süßkampagne mit Hunden, kleinen Kindern, jüngeren Leuten. [...] Jobbik probiert ein bisschen von diesem Label ‚extrem‘ ins Zentrum zu ziehen. So trifft Jobbik Fidesz, das kann auch ein Problem sein.“ (Zeile 141ff)

Demnach positionierte sich Jobbik im EU-Wahlkampf 2014 deutlich milder, denn inhaltlich wurde nicht mehr im Frame „EU-Austritt“ argumentiert. Vor zwei Jahren noch wurde die EU Flagge auf Demonstrationen von Jobbik verbrannt, nun versteht sich die Partei eher als euroskeptisch während die Existenz der EU per se allerdings nicht mehr in Frage gestellt wird (vgl. Zeile 149). Auch ihr Wahl-Plakat, das die Spitzenkandidatin und MEP Krisztina Morvai abbildet, signalisiert die neue Botschaft von Jobbik: „Europäische Rechte, Europäische Löhne. In der Mitte Europas“ (vgl. Wimmer/Molnár/Engels 2014). Der nationale Bezug auf Ungarn

bleibt natürlich im Vordergrund – gefordert wird ein „Europa der Nationen“ sowie eine „nationale Interessensvertretung in der EU“ (Spengler/Bauer 2014b). Jobbik sei als einzige Partei auf der Seite der UngarInnen geblieben, verkündete der Vorsitzende Vona am Wahlabend (vgl. Jobbik.com 2014).

Für Hegedűs bleibt die eigentliche Ausrichtung der Partei trotzdem unverändert, da die neue EU-Linie eher als Strategie zur WählerInnenmaximierung als Ausdruck europäischer Werte interpretiert wird. Auch in der europäischen Öffentlichkeit wird Jobbik als rechtsextreme Partei wahrgenommen, die selbst für die von Le Pen geplante Allianz der rechtspopulistischen Parteien im EP zu extrem war. Im EP bleiben die drei Abgeordneten fraktionslos. In Ungarn zeigte der Imagewandel allerdings Erfolg, was nicht zuletzt im Wahlergebnis deutlich wurde (vgl. Zeile 149ff).

Abbildung 13: Wahlplakat Jobbik

Quelle: Wimmer/Molnár/Engels 2014



Abschließend soll noch kurz auf die Wahlliste von Jobbik hingewiesen werden. Wie bereits erwähnt, fanden sich auf der Liste von FIDESZ – KDNP AuslandsungarInnen. Auf der KandidatInnenliste von Jobbik ist allerdings auf Platz 16 ein nicht-ungarischer Staatsbürger aus Polen, Mitglied der rechtsextremen *Ruch Narodowy*, angeführt. „Begründet wurde dies mit der Notwendigkeit, den Völkern Ostmitteleuropas in Brüssel eine Stimme geben zu müssen.“ (Spengler/Bauer 2014b, 3) Bemerkenswert ist diese Tatsache auch dahingehend, weil Jobbik nicht nur die einzige Partei ist, die eine/n andere/n StaatsbürgerIn aufstellt, sondern auch weil sie im Regelfall nicht für europäisches Zusammenwachsen steht und in diesem Fall auch nicht einmal auf die Nostalgie eines „Großungarns“ abgezielt (vgl. Zeile 280). Es handelt sich um einen „interessanten Aspekt (inter-)nationalistischer Zusammenarbeit“ (Spengler/Bauer 2014b, 3). Ebenfalls erstaunlich ist die Tatsache, dass Jobbik eine Vollversion der Partei-Homepage auch auf Englisch betreibt. Eine mögliche Erklärung dafür kann sein, dass sich Jobbik in den, von FIDESZ gesteuerten Medien, als unzureichend und verzerrt thematisiert sieht. Deshalb stellen sie so eigene Inhalte für die ausländische Presse online. Auf Englisch wird die Homepage für ein wesentlich größeres Publikum attraktiv und zugänglich, als wie wenn ausschließlich auf Ungarisch publiziert würde. Darüber hinaus könnte man wohl auch

eine weitere Facette des Imagewandels darin erkennen: Die geistige Elite von Jobbik, unter denen sich zahlreiche AkademikerInnen finden, tritt offensiv und selbstbewusst im Internet auf, was wiederum gerade junge WählerInnen ansprechen dürfte.

Betrachtet man WählerInnenanalysen von Jobbik, findet man eine interessante Subgruppe, die bei anderen rechtsextremen Parteien kaum bis wenig zu finden sind: junge Studierende. *Demos UK* und *Political Capital Hungary* veröffentlichten eine Studie über Facebook Fans von Jobbik⁵⁴ und zeigen auf, dass es sich dabei vor allem um junge und gut ausgebildete Männer (22% besitzen einen Universitätsabschluss) mit einer Roma feindlichen, euroskeptischen und von der Politik enttäuschten Einstellung handelt. Der *Gender Gap* ist für die WählerInnen von Jobbik bezeichnend, 66% davon sind Männer. Anders als bei den TransformationsverliererInnen – ebenfalls eine Gruppe, die häufig für Jobbik stimmen - verfügen sie meist über einen höheren sozialen Status und sind so weniger von Arbeitslosigkeit als der ungarische Durchschnitt (vgl. Bartlett et al 2012).

4.4. Fazit: EU-Wahlkampf 2014

Die EU-Wahl 2014 stand unter dem Motto „Dieses Mal ist es anders“. Die Fraktionen traten mit gemeinsamen europäischen SpitzenkandidatInnen an – die stimmenstärkste Allianz soll den/die KommissionspräsidentIn stellen, was schlussendlich auch eintrat. Überdies betrachtete man diese Wahl als anders, da sich seit der letzten EU-Wahl 2009 Europa in der Krise befindet. Ein Erstarken der rechtspopulistischen und euroskeptischen Parteien im EP schien sich anzukündigen. Europa stehe unmittelbar vor einer Zerreißprobe – so wurde medial argumentiert. Welche Stimmung herrschte im Wahlkampf in Frankreich und Ungarn vor? Wie positionierten sich FIDESZ und FN, innerhalb welcher Frames wurde wahlgekämpft?

Der Europawahlkampf scheint für den FN nach Plan gelaufen zu sein, immerhin erreichte er die meisten Stimmen bei der Wahl– ein absolutes Novum in der französischen Geschichte. Die geschwächte sozialistische Regierung und die Unbeliebtheit des Staatspräsidenten Hollande dienten als gute Basis für Marine Le Pens Botschaften. Für den FN ging es in erster Linie darum, seine WählerInnen zu mobilisieren, da diese bei einer klassischen *second-order* Wahl eher zuhause blieben. Als „Denkzettel“ für die politische Elite und Referendum gegen Hollande etablierte Le Pen emotional diese Wahl. Sie appellierte an die „PatriotInnen“ Frankreichs, die „Grande Nation“ wieder zu beleben mit einer starken Botschaft: „Nein zu Brüssel, Ja zu Frankreich!“ Le Pen ruft nicht mehr auf nationalistisch zu wählen – das Adjektiv

⁵⁴ Aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung der gesellschaftlichen Zustimmung unterscheidet die Studie zwischen den Ergebnissen über Facebook Fans von Jobbik und WählerInnen der Partei. Es gibt in Ungarn regionale Differenzen in der Nutzung von Facebook; in den ärmeren und ländlichen Gebieten im Nord-Osten des Landes sind die WählerInnen eher älter und weniger aktiv in sozialen Netzwerken (vgl. Bartlett et al 2012, 16).

ersetzt sie durch „patriotisch“. Diese von Marine Le Pen forcierte Sprachpolitik der „Entteufelung“ ebnete den Weg für den Imagewandel. Ein Aspekt davon ist auch das Konstrukt ihrer Marke „le Bleu Marine“. Die Reaktion der anderen Parteien auf den FN lässt sich subsumieren unter dem Begriff der Verteufelung, was wiederum eine Mobilisierungsstrategie der politischen MitbewerberInnen darstellte. Dabei ging es nicht nur darum, für die eigene Partei zu mobilisieren, sondern auch gegen den FN. Diese Strategie der Verteufelung prägt das politische Frankreich. Deshalb wird immer wieder Kritik daran geübt, denn neben dem FN werden gleichzeitig auch seine WählerInnen dämonisiert. Von der *Horse-Race* Berichterstattung in den französischen Medien profitierte die Partei ebenfalls. Umfragen über die Periode des Wahlkampfes sahen den FN auf dem 1. Platz bzw. im Kopf-an-Kopf Rennen mit der konservativen UMP. Diese Umfragen sorgten für Aufwind und machten Le Pens Vision vom politischen Erdbeben wahr, denn der FN erhielt als stimmenstärkste Partei 24,85% und 24 Sitze im EP. Die Wechselwirkung zwischen Inhalten des FN und der medialen Berichterstattung war abhängig von der jeweiligen Kategorie. Stark agierte die Partei demnach in der Kategorie Mobilisierung, da die prophezeite geringe Wahlbeteiligung der Ausgangspunkt für die Mobilisierungsbemühungen war. Im Frame Projekt EU wurde die EU per se als Gefahr für Frankreichs Zukunft konstruiert. Konkrete Forderungen des FN standen weniger im Vordergrund als die Stimmungsmache gegen die Regierung und den Präsidenten.

Auch FIDESZ setzte sich bei der EU-Wahl auf mehreren Ebenen durch. Einerseits erzielte die Partei das beste Ergebnis aller EVP-Parteien und überschritt die 50% Marke, andererseits blieb der Wahlkampf, der ohnehin im Schatten der Parlamentswahlen im April stand, kaum sichtbar. Das Kalkül dahinter war klar: FIDESZ nutze den Rückenwind aus der vergangenen, gewonnenen Wahl, gleichzeitig profitierte er von der politischen Schockstarre der übrigen Parteien. Plakatiert wurde vorsorglich nur Ministerpräsident Orbán selbst mit dem Slogan: „Botschaft an Brüssel: Respekt den Ungarn!“ – eine Komponente des von ihm propagierten Frames des „Freiheitskampfes“, der festlegt, wie über Europa gesprochen wird. Damit soll die nationale Ausrichtung unterstrichen werden, während gleichzeitig Jobbik an den „rechtsextremen“ und die sozialistisch, liberale und grüne Opposition an den „linksextremen“ Rand verwiesen werden. Im ExpertInnen-Interview mit István Hegedűs wurde auch klar, dass Jobbiks momentaner Imagewandel für FIDESZ gefährlich werden könnte. Trotz der unverändert rechtsextremen Einstellung innerhalb Jobbiks, versucht man, neue WählerInnengruppen mit einem gemäßigten Auftreten anzusprechen. Ausdruck dafür ist auch der EU-Wahlkampf, da kein EU-Austritt mehr gefordert wird, sondern eine „starke nationale Vertretung“ in einem „Europa der Nationen“. Rein inhaltlich befindet sich Jobbik damit nicht unbedingt weit entfernt von FIDESZ Europapolitik. Als Politik der Doppelsprache lässt sich Orbáns Rhetorik zusammenfassen: Positioniert er sich einmal als Teil der europäischen Mitte, folgt in absehbarer Zeit eine antieuropäische Kurskorrektur. Die Beziehung zur Parteienfamilie

der EVP ist charakterisiert von Spannungen, trotzdem ist es wahrscheinlich, dass FIDESZ auch weiterhin in dieser Fraktion bleibt. Denn erstens stellt FIDESZ 12 MEPs in der EVP (221 MEPs), was eine nicht unwichtige Zahl auf den Unterschied zur S&D Fraktion (191 MEPs) ausmacht. Zweitens etablierte sich FIDESZ als rechte Kraft innerhalb der EVP und kann hier Einfluss üben.

Mit Blick auf die beiden Ergebnisse wird eines klar: Die größte Gruppe waren die Nicht-WählerInnen, sowohl in Frankreich mit fast 60%, als auch in Ungarn mit fast 70%. Demokratiepoltisch ist dieser Anteil besorgniserregend, auch wenn nicht zuletzt – im europäischen Durchschnitt gesehen – der Abwärtstrend der Wahlbeteiligung gestoppt werden konnte. Die verstärkte Informationskampagne des EP, insbesondere auf das Mitentscheiden, wer künftige/r KommissionspräsidentIn wird, könnte etwas dazu beigetragen haben. Umfragewerte des Eurobarometers dazu gibt es noch nicht, allerdings zeigt eine Eurobarometer Umfrage nach der EU-Wahl, dass 42% der Befragten finden, ihre Stimme zählt in der EU. Im Herbst 2013 fanden dies nur 29% (vgl. Eurobarometer 2014b, 7). Genauso gaben mittlerweile 2/3 der Befragten an, sich als EU-BürgerInnen zu fühlen (vgl. Eurobarometer 2014b, 32). Die nationalen Ergebnisse für Frankreich und Ungarn bestätigen im Grunde die europäischen Trends. 54% der französischen Befragten denken, dass ihre Stimme in der EU zählt. Etwas unter dem EU-Durchschnitt mit 42% liegt der Wert für Ungarn (vgl. Eurobarometer 2014b, 8). Was das Gefühl betrifft, sich als EU-BürgerIn zu fühlen, sehen die Umfragewerte Ungarn als auch Frankreich knapp unter dem Durchschnitt (vgl. Eurobarometer 2014, 32). Ein EU-Austritt war weder im ungarischen noch im französischen Wahlkampf ein Thema, denn die Bevölkerung sieht in beiden Ländern tendenziell eher die Vorzüge als Mitgliedsstaat der EU. Insgesamt scheint das *second-order* Model in der Literatur unumstritten und trifft in seinen Kernelementen auch für die vergangene Europawahl zu. Dennoch wäre es für die Wahlforschung sicherlich lohnend, gezielt die Anwendbarkeit dieser Theorie zu testen (vgl. Koepke/Ring 2006, 342), um auch die aktuelle Rahmensituation der EU-28 und die vergangene EU-Wahl zu unterstreichen

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass der angekündigte Rechtsruck nach den EU-Wahlen eintrat. Europaskeptische und rechtspopulistische Parteien gewannen an Stimmen hinzu. Besonders das starke Ergebnis des FN schockierte die Regierenden und die europäische Öffentlichkeit. Allerdings muss hervorgehoben werden, dass das Wahlmotiv von nationalen Inhalten bestimmt wird. Die Proteststimme ist in Frankreich von großer Bedeutung - Unzufriedenheit mit der politischen Klasse sowie die Auswirkungen der Krise auf Frankreichs Wirtschaft gaben BürgerInnen Anlass, den rechtspopulistischen FN zu wählen. In Ungarn dominieren Orbán und FIDESZ die politische Bühne, die linksliberalen Oppositionskräfte überzeugen die Mehrheit der WählerInnen im ohnehin kaum merkbaren Wahlkampf. Nichtsdestotrotz braucht es um Einfluss auszuüben im EP eine Zusammenarbeit mit anderen

Parteien, als integraler Bestandteil bestimmen Allianzen das politische Gefüge. Fraktionslose MEPs bleiben EinzelkämpferInnen mit geringer politischer Wichtigkeit. Ohne Allianz ist die Teilhabe an der parlamentarischen Arbeit schwierig, denn es fehlt nicht nur an finanziellen Ressourcen. Darin besteht ein großer Unterschied für die Parteien FIDESZ und FN, da FIDESZ Mitglied in der größten Allianz der EVP ist und der FN an der Bildung einer euroskeptischen Fraktion scheiterte. Das Erstarren von euroskeptischen Parteien soll ein Alarmzeichen für die traditionellen Parteien sein – sowohl auf nationalem als auch auf europäischen Level.

5. Conclusio und Ausblick

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich zunächst mit den theoretischen Konzeptionen des zum Kampfbegriff avancierten Populismus sowie dem Spannungsverhältnis Populismus und Demokratie. Ausgehend von der Betrachtung des ost- und westeuropäischen Populismus, folgt mit dem Schlüsselbegriff ‚Nationalpopulismus‘ die gegenüberstellende Analyse vom ungarischen FIDESZ und französischem FN. Die Forschungsfragen, die zu Beginn dieser Arbeit gestellt wurden, sollen hier zusammenfassend beantwortet werden und mit einem schlussfolgernden Ausblick schließen.

Im ersten Kapitel geht es darum, einen Überblick über ausgewählte Zugänge der Populismusforschung zu geben, um im nächsten Schritt eine Arbeitsdefinition zu erstellen. Cas Muddes Definition von Populismus als „thin centered ideology“ ist dabei besonders hervorzuheben. Daran anknüpfend erfährt das umstrittene Konzept anhand technischer, inhaltlicher, personeller und medialer Dimensionen weitere Begrenzungen. Betrachtet man den technischen Aspekt, so konstruieren PopulistInnen ein mit kollektiver Identität versehrtes, vermeintlich homogenes „Volk“, das gegen „die da oben“ – also die politische Elite, traditionelle Parteien, Konzerne – und gegen das „Außen“ – sprich, EU, Globalisierung, Fremdes – mobilisiert wird. Paul Taggarts Konzept des *heartland* veranschaulicht den populistischen Rekurs auf eine ahistorische und romantisierende Darstellung der Gemeinschaft. Simplifizierende Darstellungen dehnen sich auch auf populistische Inhalte aus, so lassen sich populistische Bewegungen am besten an ihrer Anti-Haltung beschreiben in Form von Anti-Establishment-Rhetorik oder antiislamischen Positionen. Dabei sind der jeweilige politische und gesellschaftliche Kontext und die damit verbundenen Machtstrukturen ausschlaggebend. Der personelle Aspekt ist von großer Wichtigkeit, denn um auch politikverdrossene Menschen zu mobilisieren, benötigt es neben prägnanten und leicht verständlichen Botschaften vor allem Emotionen. Die Inszenierung populistischer *LeaderInnen* zielt auf eine starke Bindung zwischen ihnen und den BürgerInnen ab; dabei stehen Charisma und die Figur des/der *LeaderIn* selbst im Vordergrund. Bei populistischer Politik handelt es sich nicht um alltägliche Politik, sondern sie soll vor allem auch unpolitische Menschen mobilisieren. Die mediale Dimension unterstreicht das Zusammenspiel von populistischen Kommunikationsstil und massenmedialer Aufmerksamkeit, die von Skandalisierung und zugespitzter Personalisierung geprägt sind.

Im nächsten Kapitel wird das Spannungsfeld Populismus und Demokratie diskutiert, damit die eingangs geäußerte Forschungsfrage Beantwortung findet. Wie ist die ambivalente Beziehung zwischen Populismus und Demokratie schließlich zu bewerten? Die Annäherung an diese Thematik erfolgt mit dem Begriff des „Volkes“, das für beide Konzepte wichtig ist. Lincolns Demokratieformel - *government of the people, by the people, for the people* – markiert auch

die Basis eines modernen Populismus. Im lateinischen *populus* spiegelt sich die Doppeldeutigkeit wider, denn zum einen meint es die Gesamtheit der BürgerInnen, zum anderen eine verarmte Mehrheit im Sinne des "gemeinen Volkes", die im Unterschied zur Oberschicht steht. Dieses Unbehagen gegenüber dem „Volk“ wirkt abgeschwächt bis heute nach; nach dem 2. Weltkrieg wurde diese Diskussion wieder belebt. BürgerInnen stellen zwar das Herzstück der Demokratie dar, allerdings wird ihre Macht durch Repräsentationssysteme beschränkt. Moderne Demokratien pochen auf die größtmögliche Inklusion, zugeschnitten auf ihre StaatsbürgerInnen. Dafür benötigt es Institutionen und Repräsentation, die unweigerlich zu einem Informations- und Transparenzverlust führen. Die Beziehung zwischen Populismus und Demokratie ist gekennzeichnet durch das demokratische Paradoxon. Hier setzt Populismus mit Forderungen nach „echter Volksherrschaft“ an. Dies konkretisiert sich in Rufen nach Referenden und mehr direkter Demokratie. Populistisches Kalkül dahinter bleibt das Überspringen oft langwieriger, bürokratischer Modi der repräsentativen Demokratie, aber auch die Zuspitzung des Unterschieds zwischen politischer Elite und BürgerInnen, indem die Unfehlbarkeit des „Volkskörpers“ propagiert wird. Während einerseits Referenden legitimierenden Charakter haben und Partizipation fördern können, bleibt andererseits der Eindruck, dass direkte Demokratie als populistisches Mittel zum Zweck dient. Sowohl ein populistisches *heartland* als auch die Akteure selbst wollen primär ohne zeitintensive Umwege ihre Politik durchsetzen – der Fokus liegt also auf dem Resultat und weniger an partizipatorischer Beteiligung der BürgerInnen. Populismus betont also ausschließlich die Säule der Volkssouveränität – für moderne Demokratien bedarf es aber genauso der konstitutionellen Säule.

Der Nährboden für Populismus gilt im heutigen Europa als günstig. Die Krisenerscheinungen der repräsentativen Demokratie (*dealignment*, Politikverdrossenheit) machen Populismus populär, unter anderem, da er wiederum auch das Protestphänomen Modernisierungsprobleme adressiert. Die damit verbundenen ökonomischen, sozialen und kulturellen Ängste von Teilen der Bevölkerung wurden somit sichtbar. Im Allgemeinen wurde charismatische Leadership für PolitikerInnen immer wichtiger, die das konstitutive Element des Populismus darstellt. Das Vorherrschen eines gewissen populistischen Zeitgeistes (Mudde 2004) im gesamten politischen Spektrum kann also nicht ganz von der Hand gewiesen werden.

Wie in dieser Arbeit dargestellt, lässt sich die Wirkung Populismus auf Demokratie nicht eindeutig und schon gar nicht generalisierend beantworten. Vielmehr wird hier der Ansatz der Doppeldeutigkeit von Populismus vertreten, deren unterschiedliche Seiten episodisch, aber auch gleichzeitig auftreten können. Zum einen steht Populismus mit der Heroisierung des „Volkswillens“ repräsentativer Politik feindlich gegenüber. Der ultimative Bezugsrahmen der PopulistInnen, das „Volk“, wird in der populistischen Logik als „falsche Vorstellung eines homogenen Volkes, das einer ihm entfremdeten Elite entgegensteht“ (Segert 2011, 53)

verzerrt. Durch diese Kombination von Eliten- und Repräsentationsfeindlichkeit sowie antiliberaler Ausgrenzung (im Rechtspopulismus gegen Teile der Bevölkerung, besonders MigrantInnen) stellt Populismus mehrheitlich eine Gefahr für das demokratische System dar. Die Gleichheit der Menschen als Grundwert der Demokratie wird so von Populismus unterminiert. Zum anderen besitzt Populismus aber auch korrektive Funktionen als Indikator bezüglich realer oder gefühlter Distanz zwischen BürgerInnen und politischem System. So kann Populismus eine *agenda-setter* Funktion einnehmen, indem er auf, von etablierten Parteien vernachlässigte oder tabuisierte Themen hingewiesen wird. Überdies bieten die Krisenerscheinungen der Demokratie PopulistInnen eine ideale Angriffsfläche, wodurch aufgezeigt wird, wo Informations- und Handlungsbedarf für die Akteure liegt. Dieses zweite Gesicht von Populismus als fruchtbare Herausforderung trifft also auch für Transformations- und ModernisierungsverliererInnen zu, die von etablierten Parteien kaum angesprochen werden.

Die zugrundeliegende Annahme dieser Arbeit ist jene, dass Populismus in ost- und westeuropäischen Demokratien miteinander vergleichbar ist. Trotz nationaler Spezifika gibt es Faktoren, die eine Analyse zulassen, denn unabhängig von der geographischen Region gestaltet sich die Problemlage hinsichtlich des Druckes der Globalisierung ähnlich. Nationale Spezifika scheinen sich abzunutzen, länderübergreifende Ähnlichkeiten nehmen zu. Auf ökonomischer Ebene äußert sich der Globalisierungsstress in oft subjektiver, aber auch realer Abstiegsbedrohung und führt zu ModernisierungsverliererInnen. Auf kultureller Ebene rufen multikulturelle Gesellschaften bei Teilen der Bevölkerung ein Gefühl der Entfremdung hervor und führen so zu Konfliktsituationen. Eine solche Verunsicherung dehnt sich auch auf die politische Ebene aus, die zu einem Vertrauensverlust in demokratische Institutionen sowie genereller Politikverdrossenheit führt. Überdies wird der Begriff des Nationalpopulismus eingeführt, um erstens die Begrifflichkeiten klarer einzuschränken und zweitens der komplexen Realität rechtspopulistischer Bewegungen gerecht zu werden. Nationalpopulismus positioniert sich abseits der ohnehin obsolet wirkenden Links-Rechts Einteilung mit einem *Policy Mix* aus globalisierungskritischer und protektionistischer Wirtschaftspolitik und innenpolitischen Forderungen nach „Law and Order“. Diese Forderungen orientieren sich an den Einstellungen ihres sozial oft schwachen Elektorats. Zusammenfassend, kann man Nationalpopulismus als Beispiel für neuen Rechtspopulismus nennen; dabei kommt es zu einer Heroisierung des „Volkswillens“ - die Nation wird als Zusammenschluss des „Volkes“ in einem hoch emotionalisierten Wir-Gefühl hochstilisiert. Sie gilt es nach innen gegenüber einer korrupten Elite und nach außen gegenüber dem „Anderen“ in Form von ausländischem Kapital, MigrantInnen bis hin zu transnationalen Organisationen wie der EU zu bewahren.

Das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wird ebenfalls kurz behandelt: Populistische Parteien können rechtsextrem sein, müssen es aber nicht; selbiges

gilt für rechtsextreme Parteien, die auch populistisch sein können. Eine gewisse Schnittmenge existiert, allerdings kann als größter Unterschied das Fehlen einer Ideologie im Populismus und die Systemimmanenz genannt werden – Rechtspopulismus ist nicht per se antidemokratisch. Ich bin mir bewusst, dass die Typologisierung von Parteien Schwierigkeiten mit sich zieht. Nicht zuletzt könnte das Etikett des Nationalpopulismus banalisierend wirken, gleichzeitig gehen PolitikerInnen vermehrt juristisch gegen die Bezeichnung ihrer Parteien als rechtsextrem vor. So berechtigt diese Einwände sind, werden die analysierten Parteien FN und FIDESZ in dieser Arbeit als nationalpopulistisch bezeichnet. Anzumerken bleibt allerdings, dass hinter (rechts-)extreme Positionen auch strategisches Kalkül zur Maximierung der WählerInnenstimmen oder Provokation stecken kann. Genauso können diese Positionen wieder aufgegeben werden, denn in der Natur des Populismus ist immer auch ein Hang zum Opportunismus zu finden.

Die Analyse von Nationalpopulismus in Frankreich und Ungarn am Beispiel FN und FIDESZ folgt in den beiden letzten Kapiteln. Zur Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfrage orientiert sich die Analyse an ausgewählten Faktoren nach Frölich-Steffen und Rensmann. Betrachtet man die Entwicklung und die Akteure des FN und FIDESZ, zeigt sich klar der nationalpopulistische Charakter der Parteien. Wie die Porträts der Parteientwicklungen zeigen, war FIDESZ von Beginn der demokratischen Transition ein wesentlicher Player der ungarischen Politik. Die vormalige liberale Bewegung vollzog eine national-konservative Wende, wodurch die heutige Regierungspartei mit einer Zwei-Drittel Mehrheit im Parlament gekennzeichnet ist. Auch der FN prägte schon seit 40 Jahren Frankreichs Fünfte Republik und hat sich nach Phasen der Anonymität und Instabilität heute national stark verankert.

Die Persönlichkeiten an der Spitze der Parteien, Viktor Orbán und vormals Jean-Marie, heute Marine Le Pen, stellen idealtypische, populistische *LeaderInnen* dar. Ministerpräsident Orbán inszeniert sich als „Auserwählter“ des ungarischen „Volkes“ und tritt als kämpferischer und charismatischer Naturbursche aus der Provinz, dem ungarischen *heartland*, auf. „Orban believes that he embodies the traditional, patriarchal values of hundreds of thousands of rural Hungarians“ (Bozóki 2011, 650). Der Machtpolitiker versucht sich abseits von Ideologien (mit Ausnahme der Konfliktlinie Postkommunismus vs. Antikommunismus) zu positionieren, weshalb KritikerInnen ihm Opportunismus vorwerfen. FIDESZ ist hierarchisch aufgebaut und ist nach Orbáns Vorstellungen sowie um seine Person aufgebaut. Als *Leader* versucht er trotz seiner langjährigen politischen Erfahrung als Nicht-Politiker zu erscheinen, sondern als „Volksstimme“ der UngarInnen. Er trat mit dem Slogan „mehr als ein Regierungswechsel, weniger als ein Systemwechsel“ an und versprach eine „Erneuerung der Politik“ (Bayer 2005, 180) im Sinne einer „reinigenden Ruptur“ (Taguieff 2004). Im FN ist die Rolle der Leadership interessant gelagert: Jean-Marie Le Pen ist heute zwar nicht mehr in der vordersten Reihe,

allerdings hat er als Partei-Patriarch die Funktion eines Ehrenpräsidenten inne. Le Pen schuf mit seiner Familie eine politische Dynastie, die in der Organisation an ein Klein- und Mittelunternehmen erinnert und eine fast beispielelose Verwobenheit von Partei und Familie aufweist. Vater und Tochter Le Pen stehen mit ihrem Führungsstil jeweils für unterschiedliche Strömungen im FN, schließlich inszenieren sich aber beide Le Pens als Äquivalent des französischen „Volkes“. Jean-Marie Le Pen verkörpert die alte Linie des FN: ein „authentischer Franzose“, der aus einfachen Verhältnissen kam, hart arbeitete und geprägt wurde vom 2. Weltkrieg und der französischen Kolonialherrschaft. Wegen antisemitischer und antiislamischer Hetze wurde er mehrmals verurteilt; die gewollten Provokationen seiner rhetorischen Entgleisungen prägen auch weiterhin die Partei. Rein optisch ist die Wirkung von Marine Le Pen eine ganz andere: eine blonde, starke Frau und dreifache Mutter, zwei Mal geschieden. Sie verlieh dem FN ein neues und moderneres Gesicht und schlug eine gemäßigttere Rhetorik ein, wobei die Themensetzung kaum verändert wurde. Mit Marine Le Pen begann die „dédiabolisation“, eine „Entteufelung“ der Partei und erzeugte eine weniger aggressive Wahrnehmung in der Gesellschaft. Marine Le Pens Inszenierung der „authentischen Französin“ schlägt sich in einer Verehrung symbolträchtiger, nationaler Symbole wie dem Slogan „Révolution bleu marine, blanc, rouge“ – ein Wortspiel in Anlehnung an die dreifarbige Flagge Frankreichs - und HeldInnen der *Grande Nation* wie Jeanne d’Arc und General Charles de Gaulle nieder.

Wie die Analyse der Strategien und Inhalte des FIDESZ zeigt, hat die Regierungspartei in den vergangenen Jahren Ungarn stark verändert. *Cultural politics* schlagen sich in einem, von Orbán geführten „Freiheitskampf“ nieder – sämtliche Sachlagen werden entweder als Verteidigung oder Angriff auf die ungarische Nation betrachtet. Eine solche Kriegsrhetorik verwendet er gegen innere Feindbilder – Postkommunismus, linksliberale Intellektuelle oder ethnische Minderheiten – und Bedrohungen von außen – europäische Institutionen oder ausländische Konzerne. FIDESZ fokussiert auf den Symbolwert der Nation als ultimative Legitimation für politisches Handeln, dabei liegt ein ethnisches Verständnis von Nation vor, welches über die nationalstaatlichen Grenzen Ungarns hinausgeht. So erklärt sich auch die befeuerte Sehnsucht nach einem vergangenen Großungarn der Magyaren, denn Orbán möchte „im Geiste der Ministerpräsident von 15 Millionen Ungarn sein“ (Crome 2012, 65). Die Regierungsarbeit lässt sich durch einen „unorthodoxen“ Policy-Mix beschreiben. Der forcierte Nationalismus dehnt sich auch auf die Wirtschaftspolitik aus, die als Staatsdirigismus bezeichnet wird; sozialstaatliche Maßnahmen werden abgebaut. Hervorgehoben werden soll auch die vielbeachtete, neue Verfassung - wie weitreichend die Veränderungen in Ungarn sind, wird daran ersichtlich. Christentum und eine ethnisch homogene Nation werden über Demokratien und Menschenrechte erhoben; der Zusatz Republik wurde überhaupt gestrichen. Bemerkenswert ist es auch, wie schnell die neue Verfassung aber auch andere Gesetze

implementiert wurden. Orbán sieht sich durch die Zwei-Drittel Mehrheit vom „Volk“ befähigt, einen solch allumgreifenden Wechsel und Eliten-Austausch auf allen Ebenen in Ungarn durchzuführen. In Bezug auf die Analyse der Strategien und Inhalte des FN zeigt sich, dass die nationalpopulistische Partei thematisch auf Immigration, Sicherheit und nationale Identität setzt. Im Immigrationsdiskurs definierte der FN das Narrativ, da dieses Feld von den traditionellen Parteien oft ausgespart wurde und wird. Kulturelle Fragen stellen den ultimativen Kernpunkt dar und werden mit höchster Priorität behandelt. Das Feindbild des Islams wird dem kulturellen Wert der französischen Laizität gegenübergestellt, dadurch werden islamophobe Botschaften verdeckter und gesellschaftlich akzeptierter geäußert. Die Bewahrung der französischen Identität folgt einem klassischen, nationalpopulistischen Muster gegen Feindbilder im Inneren – der politischen Elite und MigrantInnen – und von außen - Globalisierung, Amerikanisierung und einer „Islamisierung“. Dadurch gelingt es dem FN, jene Menschen direkt anzusprechen, die sich von traditionellen Parteien vergessen und missverstanden fühlen und konstruiert die Nation als Schutzgebilde gegenüber diesen Einflüssen. Die Zugehörigkeit zur Nation verlangt eine französische Abstammung oder, in seltenen Fällen, eine restlose Assimilierung. Generell erfolgt die strategische Themensetzung nach potenziellen WählerInnengruppen. Durch die sozialpolitische Wende des vormals wirtschaftsliberalen FN setzte ein ArbeiterInnen-Lepenismus ein. „Ni droite, ni gauche“⁵⁵ gab der Front als Parole aus, womit einerseits der ideologische Ballast der etablierten Parteien vermieden wird, andererseits auch das Protestelement unterstrichen, nicht zum Establishment zu gehören.

Die gesellschaftliche Gelegenheitsstruktur für Nationalpopulismus erweist sich in Frankreich und Ungarn als optimal, wie das darauffolgende Kapitel zeigt. Für den ungarischen Fall gestaltet die Struktur sich deshalb als erfolgreich, weil die Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich schwach ausgeprägt ist. Außerdem führte die Enttäuschung der Transformation aufgrund hoher Erwartungen zu einer Armutswelle und einem generellen Vertrauensverlust in die Politik. Während die regierende MSZP immer mehr an Zustimmung verlor, erstrahlte FIDESZ als *catch-all party*. Von der globalen Wirtschaftskrise geschwächt, erzielten FIDESZ Maßnahmen breite Zustimmung in der Bevölkerung. Im Allgemeinen breitete sich jedoch ein Gefühl der Unsicherheit und der Angst aus, vor allem vor sozialem Abstieg, in einer zunehmend unsolidarischer agierenden Gesellschaft. FIDESZ Macht reicht von der politischen Ebene auch auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ebenen des Landes. So kann Loyalität gegenüber FIDESZ und Orbán, den eigenen Arbeitsplatz sichern. Angesichts dieser Politik der Angst und dem desaströsen Zustand der Oppositionsparteien, erstaunt es kaum, dass FIDESZ bei den vergangenen Wahlen beinahe im gesamten Land dominierte. Der Peak Orbáns

⁵⁵ Übersetzung: „Weder rechts noch links“

Popularität scheint vorerst allerdings erreicht, die Stimmung schlägt nach Diskussionen über eine Internet-Steuer um, und eine neu mobilisierte Bevölkerung demonstriert seit Monaten gegen FIDESZ.

Für den französischen Fall ist der Aufstieg und das Elektorat von FN nach französischer Wissenschaftstradition ausführlich bearbeitet worden. Zu den wichtigsten Aspekten der günstigen Gelegenheitsstruktur gehört der generelle Rechtsruck innerhalb der Gesellschaft, den WissenschaftlerInnen insbesondere an Immigration und Sicherheitsfragen festmachen. Perrineaus These der gespaltenen Gesellschaft zeigt auch, wie der FN von Unzufriedenheit und wachsender, realer oder subjektiv erlebter, Unsicherheit kontinuierlich profitiert. Konkret bedeutet das, dass abstiegsbedrohte ModernisierungsverliererInnen öfter FN wählen, als jene Menschen, die als GlobalisierungsgewinnerInnen gelten. Dies führt auch zu einer kulturellen Fraktur, da bei Teilen der Bevölkerung der Ruf nach autoritärer Politik in Anbetracht von Immigration lauter wird. Eine französische Besonderheit stellt die geographische Fraktur in mehrerer Hinsicht dar. Zunächst gibt der Prozentsatz an Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, Aufschluss über die Resultate des FN, aber auch in periurbanen Zonen wird häufiger für den FN gestimmt. Darunter versteht man Vororte, die zwischen 20 und 90 Kilometer von Großstädten entfernt liegen. Hier sowie in kleinen Gemeinden in der Provinz kann ein modernisierungsabwehrendes *heartland* verortet werden. Schließlich beeinflusste auch der Faktor Marine-Le-Pen den Aufstieg des FN, denn durch ihr modernes und weniger aggressives Auftreten konnten neue WählerInnenschichten (*Gender Gap* ging deutlich zurück) erschlossen werden.

Das letzte Kapitel befasst sich mit dem vergangen EU-Wahlkampf 2014, bei dem FN und FIDESZ in Frankreich und Ungarn die meisten Stimmen bekamen und mit euroskeptischen Inhalten bei den WählerInnen punkteten. Allerdings stellte die größte Gruppe in beiden Ländern die Nicht-WählerInnen dar. Die Strategie eines unsichtbaren Wahlkampfes ging für FIDESZ auf. Die Partei genoss den Rückenwind der gewonnenen Parlamentswahlen und profitierte von einer schwachen Opposition. Orbáns Diskurs des „Freiheitskampfes“ gab den Rahmen, wie über Brüssel gesprochen wird, vor. Der FN hat sein Ziel mit der Europawahl erreicht, denn erstmals erreichte er Platz 1; Fokus lag auf der Mobilisierung ihrer WählerInnen. Wie die Medienanalyse zeigt, bestand besonders hinsichtlich der Mobilisierung eine enge Wechselwirkung zwischen Inhalten des Fronts und der medialen Berichterstattung.

Abschließend möchte ich noch auf den Ansatz des osteuropäischen „Frühwarnsystems“ für westliche Demokratien von Bos und Segert verweisen. Rechtspopulismus in seiner nationalpopulistischen Spielart stellt in Europa ein Dauerthema dar und betrifft die Nationalstaaten gleichermaßen wie die Europäische Union. Ziel dieser Arbeit war zu zeigen, dass es sinnvoll ist, nationalpopulistische Akteure in Ost- und Westeuropa miteinander zu vergleichen. Denn

spezifische Strukturen scheinen zunehmend gegenüber transnationalen Entwicklungen zu verblassen. Der Anstieg eines Vertrauensverlusts in demokratische Institutionen und Parteien, zunehmende Abstiegsbedrohung auf ökonomischer und sozialer Ebene und Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft, sind für Nationalpopulismus, unabhängig von der geographischen Region, förderlich. In den vergangenen Jahren, in meinem Analysezeitraum, befeuerten FIDESZ und FN mit einer Politik der Ängste und nationaler Identität sowohl die ungarischen als auch die französischen Gesellschaft. Es verhärtet sich der Eindruck, dass die Phase einer möglichen „Frühwarnung“ anhand Staaten wie Ungarn übersehen wurde. Immer wieder wurde Orbáns Regierung als mächtige, populistische Partei zum Teil von Seiten der EU heftig kritisiert, allerdings führte dies auch zu einer noch nationalistischeren Rhetorik von FIDESZ und dem Festschreiben des europäischen Feindbildes. Ein Über- oder Umdenken von Haltungen gegenüber anderen, rechtspopulistischen Bewegungen in Europa folgte jedenfalls nicht. Vielmehr spitzt sich die Spaltung der Gesellschaft anhand des neuen, kulturellen *cleavage* nationalprotektionistisch vs. kosmopolitisch zu. In der Konfrontation mit der Komplexität moderner Demokratien und Gesellschaften setzten PopulistInnen auf radikale Simplifizierung. Die Konsequenzen daraus müssen von den politischen Akteuren gezogen werden, um neue Handlungsmuster aufzuzeigen und anti-pluralistische Tendenzen zu begrenzen. An meine Arbeit anknüpfend ergeben sich weitere Forschungsfelder. Interessante Ergebnisse könnte eine, abseits der Trennung von ost- und westeuropäischer Politikwissenschaft, breit angelegte Länderstudie hinsichtlich Entstehungsbedingungen und Aufkommen von Nationalpopulismus, liefern. Ein möglicher Ansatzpunkt bietet auch eine vertiefende Populismusforschung außerhalb der europäischen Mitgliedsstaaten, damit globale Muster sowie Unterschiede aufgezeigt werden können. So lässt sich auch testen, ob moderner Nationalpopulismus etwas EU-spezifisches darstellt.

Folgt man den Ergebnissen dieser Arbeit, werden nationalpopulistische Bewegungen auch in Zukunft von der Krise der repräsentativen Demokratie und einer fragmentierten Gesellschaft profitieren. Allerdings begann sich der Wind in Ungarn bereits zu drehen, seitdem seit mehreren Monaten auf Massendemonstrationen gegen Ministerpräsident Viktor Orbán und Korruption mobilisiert wird. Mit Blick auf die Anschläge in Paris im Jänner 2015 bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in Frankreich entwickelt und ob die islamfeindliche Haltung des FN noch mehr Auftrieb erhalten wird. Am Anfang meiner Arbeit stand Paul Taggart's These vom weitverbreiteten, aber kaum verstandenen Konzept des Populismus, und so versucht diese Masterarbeit zum Verständnis beizutragen.

6. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Vertikale und horizontale Orientierung populistischer Ideologie	17
Tabelle 2: Extremismus und Populismus	30
Tabelle 3: Einstellungen der VerliererInnen- und GewinnerInnen der Globalisierung	50
Abbildung 1: Ergebnis EU-Wahl in Frankreich: Resultat nach Sitzen im EP	63
Abbildung 2: Übersicht Kategorien Medienanalyse	64
Abbildung 3: Einstellung gegenüber EU	69
Abbildung 4: Krise und Mitgliedschaft	70
Abbildung 5: Einfluss Deutschlands	73
Abbildung 6: Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Frankreich	74
Abbildung 7: Ergebnis EU-Wahl in Ungarn: Resultat nach Sitzen im EP	77
Abbildung 8: Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen in Ungarn	78
Abbildung 9: Wahlkampfplakat FIDESZ	79
Abbildung 10: Wahlplakat MSZP	80
Abbildung 11: Wahlplakat DK	80
Abbildung 12: Wahlplakat Együtt–PM	81
Abbildung 13: Wahlplakat Jobbik	84

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir. Die Quellenangaben finden sich im Literaturverzeichnis.

7. Literatur

- Abels, Gabriele/ Behrens, Maria (2002):** ExpertInnen-Interviews in der Politikwissenschaft. Geschlechtertheoretische und Politikfeldanalytische Reflexion einer Methode. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage, VS-Verlag, Wiesbaden
- Anderson, Benedict (1991):** Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. Verso, New York
- Bauer, Werner (2013):** Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Mai 2013
- Bartlett, Jamie/ Birdwell, Jonathan/ Krekó, Péter/ Benfield, Jack/ Gyori, Gabor (2012):** „The rise of populism in Europe can be traced through online behavior“. Populism in Europe: Hungary. Report. Demos
URL: http://www.demos.co.uk/files/Demos_Hungary_Book_web-1.pdf?1327923915
(Stand: 12.12.2014)
- Bayer, József (2005):** Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in der ungarischen Demokratie. In: Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (Hg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Braumüller, Wien
- Bayer, József (2012):** Ist Rechtspopulismus gleich Rechtsextremismus? Der Aufstieg der ungarischen Partei Jobbik. In: Sir Peter Ustinov Institut (Hg.): Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie? New Academic Press, Wien
- Bayer, József (2013):** Emerging Anti-pluralism in New Democracies – the Case of Hungary. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 42. Jahrgang, H. 1
- Bayerischer Rundfunk (2014):** Europawahl 2014: Ungarn. BR Blog Studio Wien. 23.05.2014
URL: <http://blog.br.de/studio-wien/2014/05/23/europawahl-2014-ungarn/>
(Stand: 01.08.2014)
- Bertelsmann Transformationsindex (2014):** BTI - Hungary Country Report. Gütersloh. Bertelsmann Stiftung
- Birschitzky, Stefanie (2012):** Analyse des politischen Diskurses von Marine Le Pen. Die persuasive Strategie des Emotionalisierens zum Zweck des Motivierens. Wien (Diplomarbeit)
- Bos, Ellen/ Segert, Dieter (2008):** Osteuropa als Trendsetter? Parteiensysteme in repräsentativen Demokratien unter mehrfachem Druck. In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensystem nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Barbara Budrich, Opladen
- Bos, Ellen (2010):** Parteien und Parteiensysteme in den post-sozialistischen Staaten Osteuropas – zwischen Konsolidierung und Krise. In: Schrenk, Klemens / Soldner, Markus (Hg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag. VS, Wiesbaden
- Bos, Ellen (2011):** Ungarn unter Spannung. Zur Tektonik des politischen Systems. In: Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hg.): Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft. Osteuropa 12. BWV, Berlin

- Bozóki, András (2011):** Occupy the State: The Orbán Regime in Hungary. *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 19:3
- Bozóki, András (2014):** Deconsolidation of Democracy: Hungary before Elections. Lecture at IWM, Vienna, March 26
- Brantner, Cornelia (2010):** Das österreichische EU-Theater. Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit – empirische Befunde und Schlussfolgerung. In: Pöttker, Horst/ Schwarzenegger, Christian (Hg.): *Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. Journalismus International 6*. Halem, Köln
- Brettschneider, Frank/ Rettich, Markus (2005):** Europa - (k)ein Thema für die Medien. In: Jens Tenscher (Hg.) *Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*. VS: Wiesbaden
- Camus, Jean-Yves (2005):** Der Front National: Zur Aktualität und Zukunft einer rechtsextremen Partei. In: von Thadden, Rudolf/ Hofmann, Anna (Hg.): *Populismus in Europa – Krise der Demokratie? Genshagener Gespräche, Band VII*, Wallstein Verlag, Göttingen
- Camus, Jean-Yves (2014):** Der Front National (FN) – eine rechtsradikale Partei? *Internationale Politikanalyse*, April 2014. Friedrich-Ebert-Stiftung
- Canovan, Margaret (1999):** Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. *Political Studies*. Vol.47 (1)
- Canovan, Margaret (2002):** Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy. In: Mény, Yves/ Surel, Yves (Hg.): *Democracies and the Populist Challenge*. Palgrave, Hampshire
- Canovan, Margaret (2004):** Populism for political theorists? *Journal of Political Ideologies*. Vol. 9 (3)
- Canovan, Margaret (2005):** *The People*. Polity Press, Cambridge
- Crépon, Sylvain (2014):** Le FN profite des européennes pour préparer 2017. In : *Le Monde*. 21.05.2014
- Crome, Erhard (2012):** Ungarische Weiterungen. *WeltTrends – Zeitschrift für Internationale Politik*. (82) 20.Jahrgang.
- Dahl, Robert A. (1956):** *A preface to democratic theory*. University of Chicago Press, Chicago
- Decker, Franz (2000):** *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Leske + Budrich, Opladen
- Decker, Frank (2006):** Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hg): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* VS, Wiesbaden
- Decker, Frank (2012):** Populismus und der Gestaltwandel des demokratischen Parteienwettbewerbs. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 62. Jahrgang. 5-6

- Der Standard (2014):** Sand im Getriebe der Orbán-Maschinerie. 15.08.2014
 URL: <http://derstandard.at/2000009370672/Sand-im-Getriebe-der-Orban-Maschinerie>
 (Stand: 15.08.2014)
- Deutschlandfunk (2014):** Regierungsumbildung in Frankreich. Ayrault geht Valls kommt.
 01.04.2014
 URL: http://www.deutschlandfunk.de/regierungsumbildung-in-frankreich-ayrault-geht-valls-kommt.1773.de.html?dram:article_id=281694
 (Stand: 19.07.2014)
- Diehl, Paula (2012):** Populismus und Massenmedien. Aus Politik und Zeitgeschichte. 62.
 Jahrgang. 5-6
- Dieringer, Jürgen (2009):** Ungarn in der Nachbeitrittskrise. Aus Politik und Zeitgeschichte.
 29-30. 13.07 2009
- Die Tageszeitung (2010):** Rettung einer Institution. 15.06.2010
 URL: <http://www.taz.de/!53995/>
 (Stand 04.07.2014)
- Dörner, Andreas (2001):** Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Edition
 Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Dörre, Klaus/ Kraemer, Klaus/ Speidel, Frederic (2004):** Marktsteuerung und Prekarisierung
 von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? Hypothesen und
 empirische Befunde. In: Bischoff, Joachim/ Dörre, Klaus/ Gauthier, Elisabeth (Hg.):
 Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien. VSA Verlag,
 Hamburg
- Dorna, Alexandre (2003):** Wer ist Populist? Annäherung an ein politisches Phänomen.
 Eurozine. 25.11.2003
 URL: <http://www.eurozine.com/articles/2003-11-25-dorna-de.html>
 (Stand: 06.10.2014)
- Engels, Jan Niklas (2014):** Parlamentswahlen in Ungarn. Viktor Orbán, ein verdienter Sieger?
 Arbeitspapier. April 2014. Friedrich-Ebert-Stiftung
- Ehrke, Michael (2007):** Ungarische Unruhen – ein Symptom der zentraleuropäischen
 Beitrittskrise? Internationale Politik und Gesellschaft. 1/2007
- EurActiv (2014):** Hat Le Pen Angst vor dem Europäer Martin Schulz? 14.04.2014
 URL: <http://www.euractiv.de/sections/europawahlen-2014/hat-le-pen-angst-vor-dem-europaeer-martin-schulz-301541>
 (Stand 22.07.2014)
- Eurobarometer (2012):** Factsheet Hungary. Standard EB 77. May 2012
- Eurobarometer (2014a):** Factsheet Hungary. Standard EB 81. June 2014
- Eurobarometer (2014b):** Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard-
 EB 81, Juli 2014
- Europäische Kommission (2012):** Kommission will Zahlung von 495 Millionen EUR aus dem
 Kohäsionsfonds an Ungarn für 2013 wegen mangelnden Vorgehens gegen
 übermäßiges Defizit aussetzen. Pressemitteilung vom 22.02.2012

- Europäische Kommission (2013):** Ungarn: Ergebnisse der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und Programme im Programmplanungszeitraum 2007-2013.
URL:http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/negociation/country_hu_de.pdf
(Stand: 27.08.2014)
- Europäisches Parlament (2014):** Das Parlament und der Vertrag von Lissabon. URL:
<http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/0042423726/Das-Parlament-und-der-Vertrag-von-Lissabon.html>
(Stand 07.07.2014)
- Europäisches Parlament (2014):** European results. Results by country – Hungary.
URL: <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/en/country-results-hu-2014.html>
(Stand: 10.08.2014)
- Europäisches Parlament (2014):** European results. Results by country – France.
URL: <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/en/country-results-fr-2014.html>
(Stand: 08.08.2014)
- Foucault, Martial/ Pech, Thierry (2014):** Les Français veulent sortir de la crise sans abandonner l'Euro. In: Le Monde. 24.05.2014
- Fourquet, Jérôme (2013):** The two electorates of the Front National. Policy Network Observatory. 15.10.2013
URL: http://www.policy-network.net/pno_detail.aspx?ID=4489&title=The-two-electorates-of-the-Front-National
(Stand: 10.12.2014)
- Frankfurter Allgemeiner Zeitung (2014):** Macht und Machenschaften. 09.01.2014
URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/serge-dassault-macht-und-machenschaften-12744861.html>
(Stand: 04.07.2014)
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2014):** Machtkampf um EU-Chefposten. Orbán verweigert Juncker Ungarns Stimmen. 26.05.2014
URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/machtkampf-um-eu-chefposten-Orban-verweigert-juncker-ungarns-stimmen-12959228.html>
(Stand: 27.08.2014)
- Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (2005):** Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung. In: Frölich-Steffen, Susanne/ Rensmann, Lars (Hg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Braumüller, Wien
- Frölich-Steffen, Susanne (2008):** Populismus im Osten und im Westen als parallele Entwicklung? In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensystem nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Barbara Budrich, Opladen
- Fürst, Heiko (2011):** Über die Grenzen. Die ungarische Nation als Konfliktfaktor. In: Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hg.): Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft. Osteuropa 12. BWV, Berlin

- Gauthier, Elisabeth (2004):** „Front National“, flexibler Kapitalismus und Krise der Politik. In: Bischoff, Joachim/ Dörre, Klaus/ Gauthier, Elisabeth (Hg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien. VSA Verlag, Hamburg
- Gauthier, Elisabeth (2012):** Der extremen Rechten entgegentreten: Eine Herausforderung für die Linke. Beobachtungen und Erfahrungen anlässlich der Wahlen in Frankreich im Jahr 2012. In: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union. VSA, Hamburg
- Gey, Peter (2011):** Marine Le Pen und das Comeback der rechtsradikalen Front National vor den Präsidentschaftswahlen 2012. August 2011. Friedrich-Ebert-Stiftung
- Habermas, Jürgen (1996):** Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Hartleb, Florian (2012):** Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie? Aus Politik und Zeitgeschichte. 62. Jahrgang. 5-6
- Hegedűs, István (2011):** Der Weg des FIDESZ von der oppositionellen Partei der Jungdemokraten zur populistischen Regierungspartei. Ein ehemaliger FIDESZ-Abgeordneter im ungarischen Parlament analysiert die Entwicklung. Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft Berlin im Theaterraum der "Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus" am 27. Juli 2011
- Heimerl, Daniela (2013):** Mediendemokratie auf Französisch. Bundeszentrale für politische Bildung
URL: <http://www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/153250/medien>
(Stand 17.07.2014)
- Hix, Simon/ Marsh, Michaels (2011):** Second-order effects plus pan-European political swings: An analysis of European Parliament elections across time. Electoral Studies (39)
- Ignazi, Piero (1992):** The silent counter-revolution. Hypotheses on the emergence of extreme right wing parties in Europe. In: European Journal of Political Research (22)
- Ignazi, Piero (2003):** Extreme Right Parties in Western Europe. Oxford University Press, New York
- Janke, Igor (2014):** Viktor Orbán. Ein Stürmer in der Politik. Schenk Verlag, Passau
- Jobbik.com (2014):** EP Elections: Historical breakthrough of Jobbik. 28.05.2014
URL: http://jobbik.com/ep_elections_historical_breakthrough_jobbik
(Stand: 30.08.2014)
- Kempf, Udo (2003):** Das politische System Frankreichs. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen System Westeuropas. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Leske + Budrich, Opladen
- Kiszelly, Zoltán (2008):** Ungarn: Auf dem Weg zum Kartellparteiensystem? In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensystem nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Barbara Budrich, Opladen

- Kitschelt, Herbert/ Mansfeldova, Zdenka/ Markowski, Radoslaw/ Tóka, Gabór (1999):** Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation. Cambridge University Press, Cambridge
- Koenen, Krisztina (2011):** Feinde, überall Feinde. Die Welt, wie sie Viktor Orbán sieht. In: Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hg.): Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft. Osteuropa 12. BWV, Berlin
- Koepke, Jason R./ Ringe, Nils (2006):** The Second-order Election Model in an Enlarged Europe. European Union Politics. Volume 7 (3)
- Körösényi, András/ Fodor, Gábor G./ Dieringer, Jürgen (2010):** Das politische System Ungarns. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. VS, Wiesbaden
- Lang, Kai-Olaf (2005):** Populismus in Ostmitteleuropa: Manifestationsformen, Besonderheiten und Chancenstrukturen. In: von Thadden, Rudolf/ Hofmann, Anna (Hg.): Populismus in Europa – Krise der Demokratie? Genshagener Gespräche, Band VII, Wallstein Verlag, Göttingen
- Les Echos (2014):** Le FN en pleine querelle familiale et politique. 08.06.2014
URL: http://www.lesechos.fr/08/06/2014/lesechos.fr/0203550725167_le-fn-en-pleine-querelle-familiale-et-politique.htm?texte=louis%20alioi
(Stand: 17.11.2014)
- Le Figaro (2014):** La popularité de Marine Le Pen en hausse. 04.10. 2014
URL: <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/10/04/97001-20141004FILWWW00198-la-popularite-de-marine-le-pen-en-hausse.php>
(Stand: 17.11.2014)
- Le Monde (2012):** Le FN n'est plus le même, mais a-t-il vraiment changé ? 05.10.2012
URL: http://www.lemonde.fr/culture/article/2012/09/20/le-front-national-n-est-plus-le-meme-mais-a-t-il-vraiment-change_1763234_3246.html
(Stand: 17.11.2014)
- Le Monde (2013):** Pour préparer 2014, Marine Le Pen part à la conquête des "oubliés". 21.02.2013
URL: http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/02/21/pour-preparer-2014-marine-le-pen-part-a-la-conquete-des-oublies_1836355_823448.html
(Stand: 08.12.2014)
- Le Monde (2013):** "Sudiste" et "nordiste", les deux électors du FN. 07.08.2013
URL: http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/08/07/face-nord-et-face-sud-les-deux-electors-du-fn_3458468_823448.html#TrLBvsqjJxYbzRh.99
(Stand: 10.12.2014)
- Magyar, Bálint (2011):** Autokratie in Aktion. Ungarn unter Orbán. In: Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hg.): Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft. Osteuropa 12. BWV, Berlin
- Magyar, Kornelia/ Filippov, Gabor (2010):** Der Populismus von Viktor Orbán. Arbeitspapier. Juni 2010. Friedrich-Ebert-Stiftung

- Mayer, Nonna/ Sineau, Mariette (2002):** France: The Front National. In: Amesberger, Helga/ Halbmayr, Brigitte (Hg.): Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen? Leske + Budrich, Opladen
- Mayer, Nonna (2013):** From Jean-Marie to Marine Le Pen: Electoral Change on the Far Right. Parliamentary Affairs (66)
- Mayring, Phillip (2002):** Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Beltz, Weinheim
- Mény, Yves/ Sure, Yves (2002):** The Constitutive Ambiguity of Populism. In: Mény, Yves/ Surel, Yves (Hg.): Democracies and the Populist Challenge. Palgrave, Hampshire
- Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2005):** ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung 2. Auflage, VS-Verlag, Wiesbaden
- Meyer, Thomas (2006):** Populismus und Medien. In: Decker, Franz (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS, Wiesbaden
- Meyer, Thomas (2009):** Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Mudde, Cas (2002):** In the Name of the Peasantry, the Proletariat, and the People: Populisms in Eastern Europe. In: Mény, Yves/ Surel, Yves (Hg.): Democracies and the Populist Challenge. Palgrave, Hampshire
- Mudde, Cas (2004):** The Populist Zeitgeist. Government and Opposition. 39 (3)
- Neue Zürcher Zeitung (2014):** Ungarns Nein in Brüssel. Orban rächt sich an Juncker. 29.06.2014
URL: <http://www.nzz.ch/international/europa/orban-raecht-sich-an-juncker-1.18333009>
(Stand: 28.08.2014)
- OJD.com (2013):** Classement presse quotidienne nationale.
URL: <http://www.ojd.com/Chiffres/La-Presses/La-Presses-Payante/Presse-Quotidienne-Nationale>
(Stand 04.07.2014)
- Papadopoulos, Yannis (2002):** Populism, the Democratic Question, and Contemporary Governance. In: Mény, Yves/ Surel, Yves (Hg.): Democracies and the Populist Challenge. Palgrave, Hampshire
- Pelinka, Anton (2012):** Populismus – zur Karriere eines Begriffes. In: Sir Peter Ustinov Institut (Hg.): Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie? New Academic Press, Wien
- Perrineau, Pascal (2014):** La France au front. Fayard, Saint-Amand-Montrond
- Pester Lloyd (2014):** Viktor allmächtig? Wahlen in Ungarn: Orbáns Sieg ist nicht ohne Makel und Preis. 07.04.2014
URL: <http://www.pestlerlloyd.net/html/1414wahlenungarn2014.html>
(Stand: 03.11.2014)

- Pilger, Aljoscha (2012):** Rechtspopulismus in Ungarn. Ideologie und Aufstieg des Fidesz. In: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union. VSA, Hamburg
- Political Capital (2014):** The EU will survive. Analysis on the outcomes of the European Parliamentary election. May 27, 2014
 URL: http://www.valasztasirendszer.hu/wpcontent/uploads/PC_flash_report_20140527_The_EU_will_survive.pdf
 (Stand: 27.08.2014)
- Priester, Karin (2007):** Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Campus Verlag, Frankfurt/New York
- Priester, Karin (2010):** Fließende Grenze zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa? Aus Politik und Zeitgeschichte. Jahrgang 44
- Priester, Karin (2012):** Wesensmerkmale des Populismus. Aus Politik und Zeitgeschichte. 62. Jahrgang. 5-6
- Pusztaranger (2014):** Kommunalwahlen 2014: Jobbik zweistärkste Partei. 12.10. 2014
 URL: <http://pusztaranger.wordpress.com/2014/10/12/kommunalwahlen-2014-jobbik-zweistarkste-partei/>
 (Stand: 05.11.2014)
- Reif, Karlheinz/ Schmitt, Hermann (1980):** Nine second-order national elections – a Conceptual Framework for the Analysis of European election results. European election study. European Journal of Political Research (8). Elsevier Scientific Publishing Company, Amsterdam
- Rensmann, Lars (2006):** Populismus und Ideologie. In: Decker, Franz (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS, Wiesbaden
- Riutort, Phillipe (2014):** Renoncer au journalisme du sondage pour combattre Marine Le Pen. In : Le Monde. 27.05.2014
 URL : http://www.lemonde.fr/idees/article/2014/05/27/renoncer-au-journalisme-de-sondage-pour-combattre-marine-le-pen_4426954_3232.html
 (Stand: 19.09.2014)
- Roger, Patrick (2014):** Les enseignements-clés d'un scrutin historique. In: Le Monde. 31.03.2014
 URL: http://www.lemonde.fr/municipales/article/2014/03/31/les-enseignements-clés-d-un-scrutin-historique_4392692_1828682.html
 (Stand : 19.07.2014)
- Roseberger, Sieglinde K./ Seeber, Gilg (2003):** Kopf an Kopf. Meinungsforschung im Medienwahlkampf. Czernin Verlag, Wien
- Schmitt, Hermann (2005):** The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-Order? West European Politics, 28:3
- Schranz, Harry (2007):** Agenda Setting. In: Filzmaier, Peter/ Plaikner, Peter/ Duffek, Karl. A (Hg.): Mediendemokratie Österreich. Böhlau, Wien
- Segert, Dieter (2011):** Populismus in Ostmitteleuropa: Stimme der Transformationsverlierer oder Gefährdung der Demokratie? Berliner Debatte Initial 22, (1)

- Spengler, Frank/ Bauer, Bence (2014a):** Fidesz bleibt die bestimmende Kraft in Ungarn. Länderbericht. 7. April 2014. Konrad-Adenauer-Stiftung
- Spengler, Frank/ Bauer, Bence (2014b):** Zweite Runde des Superwahljahres 2014 in Ungarn. Die Wahlen zum Europäischen Parlament. 26. Mai 2014. Konrad-Adenauer-Stiftung
- Stratulat, Corina/ Emmanouilidis, Janis A. (2013):** The European Parliament elections 2014: Watershed or, again, washed out? September 2013. Discussion paper. European Policy Center
- Surel, Yves (2002):** Populism in the French Party System. In: Mény, Yves/ Surel, Yves (Hg.): Democracies and the Populist Challenge. Palgrave, Hampshire
- Szombati, Kristóf (2014):** Ungarn und die EU: Auf der Suche nach Achtung und Solidarität. Heinrich-Böll-Stiftung.
URL: <http://www.boell.de/de/2014/05/22/ungarn-und-die-eu-auf-der-suche-nach-achtung-und-solidaritaet>
(Stand: 25.08.2014)
- Tagesschau.de (2014):** Orbán siegt bei Parlamentswahl in Ungarn: "Wir sind in einer neuen Ära".
URL: <http://www.tagesschau.de/ausland/ungarn-wahl110.html>
(Stand: 25.08.2014)
- Taggart, Paul (2000):** Populism. Open University Press, Buckingham
- Taggart, Paul (2002):** Populism and the Pathology of Representative Politics. In: Mény, Yves/ Surel, Yves (Ed.): Democracies and the Populist Challenge. Palgrave, New York
- Taguieff, Pierre-André (1997):** Le populisme et la science politique. Du mirage conceptuel aux vrais problèmes. Vingtième Siècle. Revue d'histoire. No 56. Science Po University Press
- Taguieff, Pierre-André (2004):** Le retour du Populisme. Un défi pour les démocraties européennes. Universalis, France
- Tiemann, Guido (2008):** „Cleavages“ oder „Legacies“? Die Institutionalisierung und Struktur des politischen Wettbewerbs im postsozialistischen Osteuropa. In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensystem nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Barbara Budrich, Opladen
- Van der Brug, Wouter/ van der Eijk, Cees (Ed.) (2007):** European elections & domestic politics. University of Notre Dame Press, Indiana
- Wimmer, Johanna/ Molnár, János/ Engels (2014):** Nach der Parlamentswahl ist vor der Europawahl – Ungarn plakatiert um. Eine Vorwahlenanalyse aus Ungarn anhand der Wahlplakate. 15. Mai 2014. Friedrich-Ebert-Stiftung
- Woelke, Jens/ Steininger, Christian/ Maurer, Torsten (2010):** Zur Realität europäischer Öffentlichkeit. Die Darstellung der EU in Informationssendungen des deutschen und österreichischen Fernsehens. In: Pöttker, Horst/ Schwarzenegger, Christian (Hg.): Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. Journalismus International 6. Halem, Köln

8. Anhang

8.1. Kategorien Medienanalyse

Le Figaro, Le Monde, Ouest France

Zeitung/ Datum	Artikel	Kategorie
Le Figaro/ 02.05.2014	Parité : aux élections européennes, le compte n'y est pas	Modus EU-Wahl
Le Figaro/ 02.05.2014	Européennes : Guillaume Peltier ne fait pas recette avec ses kits de campagne	UMP
Le Figaro/ 02.05.2014	Européennes : le parti de Jean-Pierre Chevènement appelle à l'abstention	Mobilisierung (negativ)
Le Figaro/ 05.05.2014	Nicolas Sarkozy songe à s'exprimer avant les européennes	UMP
Le Figaro/ 06.05.2014	Européennes : un record de 31 listes à départager en Île-de-France	Lokale Listen
Le Figaro/ 07.05.2014	Européennes : le FN fait la course en tête	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 07.05.2014	Entretien Henri Guaino : « Prenons garde à ce que le rêve fédéraliste ne tourne pas au cauchemar »	UMP Projekt EU
Le Figaro/ 08.05.2014	La Photo du Jour : Marine Le Pen chahutée à Caen	FN
Le Figaro/ 08.05.2014	22% des intentions de vote aux élections européennes pour le FN	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 08.05.2014	Ça s'est passé hier : Le PS diffuse un argumentaire européen	Mobilisierung PS
Le Figaro/ 08.05.2014	La personnalité Karima Delli, écologiste de combat	Les Verts
Le Figaro/ 09.05.2014	Une figure imposée plus qu'un engagement passionné	Mobilisierung PS
Le Figaro/ 09.05.2014	Hollande dramatise l'enjeu des élections européennes	Mobilisierung PS
Le Figaro/ 09.05.2014	Ça s'est passé hier : Le PS préfère Schulz face à Le Pen	PS FN
Le Figaro/ 09.05.2014	62% des européens ne s'intéressent pas aux élections européennes	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 11.05.2014	Européennes : la stratégie médiatique de l'exécutif se poursuit	Mobilisierung PS
Le Figaro/ 11.05.2014	Européennes : le centre vise un score à deux chiffres	MoDem
Le Figaro/ 12.05.2014	Valls tente de mobiliser la gauche	Mobilisierung/ PS
Le Figaro/ 12.05.2014	Le FN profite des failles du PS et de l'UMP	Verteufelung FN
Le Figaro/ 12.05.2014	Mélenchon veut approcher son score de la présidentielle	Front de gauche
Le Figaro/ 12.05.2014	Le centre vise un score à deux chiffres	MoDem

Le Figaro/ 12.05.2014	L'UMP ne veut pas céder la première place au FN	UMP FN
Le Figaro/ 12.05.2014	Juppé invite Guaino à quitter l'UMP	UMP
Le Figaro/ 12.05.2014	Ca s'est passé hier : Jucker affirme avoir le soutien de Merkel	Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Figaro/ 12.05.2014	79% des Français désapprouvent la proposition phare du FN de sortie de l'euro	Stimmung/Umfrage Euro
Le Figaro/ 12.05.2014	La bonne fortune du cercle de la « nouvelle » Europe	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 12.05.2014	Transformée, la Pologne a su tirer profit des aides de Bruxelles	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 12.05.2014	Les Espagnols restent europhiles malgré la crise sociale	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 12.05.2014	Quand Merkel tient la parapluie du couple franco-allemand	Beziehungen Deutschland – Frankreich
Le Figaro/ 12.05.2014	Stoppons la destruction de l'Europe	Wirtschaft Projekt EU
Le Figaro/ 13.05.2014	Réforme territoriale : Pour Marine Le Pen, une « diversion à une semaine des européennes »	FN Beziehungen Deutschland – Frankreich
Le Figaro/ 13.05.2014	Europe : l'UMP se divise sur la position de Guaino	UMP
Le Figaro/ 13.05.2014	Aymeric Chauprade : « La victoire de nos idées »	FN
Le Figaro/ 13.05.2014	Ça s'est passé hier : L'UDI/MoDem croit aux réseaux sociaux	MoDem
Le Figaro/ 13.05.2014	En France aussi, les eurosceptiques se sentent pousser des ailes	Front de Gauche FN
Le Figaro/ 13.05.2014	La stratégie risquée de Cameron pourrait entraîner Londres vers la sortie de l'UE	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 13.05.2014	Le double jeu du hongrois Orban face au « diktat de Bruxelles »	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 14.05.2014	Divisée sur l'Europe, l'UMP temporise	UMP
Le Figaro/ 14.05.2014	Christine Boutin vante le « courage » d'Henri Guaino, « homme d'exception »	UMP
Le Figaro/ 14.05.2014	La photo du jour : Schulz fustige « l'esclavage » des abattoirs	Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Figaro/ 14.05.2014	Ca s'est passé hier : La Boîte à idées planche sur l'Europe	UMP
Le Figaro/ 14.05.2014	Les Personalités : José Bové et Ska Keller, le ticket écolo	Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Figaro/ 14.05.2014	Matteo Renzi : « Je crois en l'avènement des États-Unis d'Europe »	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 14.05.2014	Les Britanniques europhiles peinent à se faire entendre face aux sceptiques	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 16.05.2014	L'eurodéputé au champ : UMP tête de liste	UMP
Le Figaro/ 16.05.2014	68% des eurodéputés possèdent un compte Twitter	Projekt EU

Le Figaro/ 16.05.2014	Douche froide sur la reprise européenne	Wirtschaft
Le Figaro/ 16.05.2014	Les cicatrices lassées par le sauvetage brutal de Chypre	Wirtschaft
Le Figaro/ 16.05.2014	Comment Bruxelles a tenté de maîtriser la finance folle	Wirtschaft
Le Figaro/ 16.05.2014	L'homme européen est une femme à barbe	Projekt EU
Le Figaro/ 17.05.2014	Sondage : l'UMP et le FN au coude-à-coude	Umfrage/Stimmung
Le Figaro/ 17.05.2014	Face au FN, l'UMP entend mobiliser le cœur de son électorat	Mobilisierung UMP
Le Figaro/ 17.05.2014	Les socialistes se lancent dans la bataille pour éviter la déroute	Mobilisierung PS
Le Figaro/ 17.05.2014	Pour Marine Le Pen, sa victoire ouvrirait une « nouvelle ère politique »	FN
Le Figaro/ 17.05.2014	Nigel Farage, terreur de la classe politique britannique	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 17.05.2014	Pas d'invasion de Roumains	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Migration
Le Figaro/ 17.05.2014	Boston, capitale anglaise du chou et de l'immigration est-européenne	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Migration
Le Figaro/ 17.05.2014	Henkel, patronat au camp anti-euro	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 17.05.2014	En Hongrie, l'extrême droite n'a jamais été aussi populaire	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 17.05.2014	Le show de Beppe Grillo déferle sur l'Italie	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 17.05.2014	Le blues des députés européens	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 20.05.2014	Euro, emploi, immigration – Ce que proposent les grands partis pour l'Europe	
Le Figaro/ 20.05.2014	L'Union, quel projet?	Projekt EU
Le Figaro/ 20.05.2014	Européennes: derniers jours pour convaincre	Mobilisierung
Le Figaro/ 20.05.2014	Ce que les partis veulent améliorer en Europe	
Le Figaro/ 20.05.2014	Une campagne tardive, des débats tronqués	Projekt EU
Le Figaro/ 20.05.2014	La photo du jour: Valls met les bouchées doubles	Mobilisierung PS
Le Figaro/ 20.05.2014	39% des Français estiment que l'appartenance de leur pays à l'UE est une bonne chose	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 20.05.2014	La Personnalité: Philippe Marty, candidat citoyen	Regionale Listen
Le Figaro/ 20.05.2014	La famille européenne à la recherche d'un avenir commun	Projekt EU
Le Figaro/ 20.05.2014	Les grands chantiers économiques de demain	Energie

Le Figaro/ 20.05.2014	Dupont-Aignan: Il faudra entendre l'avertissement	Projekt EU
Le Figaro/ 20.05.2014	Muselier veut conserver le Parlement européen à droite	UMP
Le Figaro/ 20.05.2014	Débats : Européennes : Michel Barnier et Marine Le Pen	Projekt EU FN
Le Figaro/21.05.2014	La photo du jour : Wilders s'attaque au drapeau européen	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 21.05.2014	Sondage : 21% d'intentions de vote pour la liste UMP en Île de France juste devant FN	Umfrage/Stimmung
Le Figaro/ 21.05.2014	Ça s'est passé hier : Geoffroy Didier en éclaireur à Bruxelles	UMP
Le Figaro/ 21.05.2014	Alain Lamassoure : « Français, votez utile »	Mobilisierung UMP Verteufelung FN
Le Figaro/ 21.05.2014	Le centriste Verhofstadt pour « un président de la Commission qui ose »	Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Figaro/ 21.05.2014	Deputé européen : mandat durable ou éphémère pour les élus français ?	Projekt EU
Le Figaro/ 21.05.2014	Le Pen, père et fille, en meeting à Marseille	FN
Le Figaro/ 21.05.2014	Le travail, grande bataille de l'Europe sociale	Sozialpolitik
Le Figaro/ 21.05.2014	Avis de justice contre « le tourisme social »	Sozialpolitik
Le Figaro/ 21.05.2014	En Basse-Saxe, les abattoirs profitent du dumping social	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Sozialpolitik
Le Figaro/ 21.05.2014	Les « détachés » polonais, boucs émissaires de la campagne	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Sozialpolitik
Le Figaro/ 21.05.2014	Entretien : Pierre-André Taguieff : « La propagande antilepéniste aura joué le rôle d'un puissant facteur de la montée du FN »	Verteufelung FN
Le Figaro/ 22.05.2014	Sarkozy s'engage pour l'Europe	UMP
Le Figaro/ 22.05.2014	Le plaidoyer de Nicolas Sarkozy	UMP
Le Figaro/ 22.05.2014	Bygmalion : Copé se prépare à une grande explication	UMP
Le Figaro/ 22.05.2014	Chronologie d'une affaire qui embarrasse à droite	UMP
Le Figaro/ 22.05.2014	Face au FN, l'UMP multiplie les appels à la mobilisation	UMP Verteufelung FN
Le Figaro/ 22.05.2014	Bayrou: „Ne faisons pas des eurosceptiques une obsession“	MoDem
Le Figaro/ 22.05.2014	Valls, l'enfant du pays, en campagne à Barcelone	Mobilisierung UMP
Le Figaro/ 22.05.2014	L'Europe de l'énergie en ordre dispersé	Energie
Le Figaro/ 22.05.2014	A Güssing, la révolution verte en march	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Energie

Le Figaro/ 22.05.2014	Bruxelles, la Camorra et la guerre des poubelles	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 23.05.2014	Sarkozy sucite le débat à l'UMP	UMP
Le Figaro/ 23.05.2014	Merkel craint un « tourisme social » venu de l'est	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Sozialpolitik
Le Figaro/ 23.05.2014	Moscovici : « Suspendre Schengen est une aberration absolue »	PS Migration
Le Figaro/ 23.05.2014	La pression s'accroît sur Copé à l'UMP	UMP
Le Figaro/ 23.05.2014	L'UMP, va-t-elle tenir ? L'UMP peut-elle mourir ?	UMP
Le Figaro/ 23.05.2014	A la télévision, l'Europe ne fait pas recette	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 23.05.2014	Sécurité européenne : le mach OTAN-UE	Verteidigung
Le Figaro/ 23.05.2014	Paris et Londres en grandes manœuvres dans la Marne	Verteidigung
Le Figaro/ 23.05.2014	Les Néerlandais et les Anglais ont voté	Projekt EU
Le Figaro/ 23.05.2014	Debats : Commission européenne	Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Figaro/23.05.2014	Les « populistes » au secours de l'Europe	Projekt EU
Le Figaro/ 23.05.2014	Européennes : et si tout était joué ?	Projekt EU
Le Figaro/ 24.05.2014	Le PS spectateur du duel UMP-FN	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 24.05.2014	Avis de tempête	PS
Le Figaro/ 24.05.2014	Le FN et l'UMP se disputent la première place, le Ps se prépare au pire	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 24.05.2014	Une campagne qui n'a jamais trouvé son véritable tempo	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 24.05.2014	La grande peur des socialistes	PS
Le Figaro/ 24.05.2014	Du danger des prévisions et des extrapolations	Stimmung/Umfrage
Le Figaro/ 24.05.2014	L'UMP parie encore sur sa victoire	UMP
Le Figaro/ 24.05.2014	Le FN prédit un séisme politique	FN
Le Figaro/ 24.05.2014	Les centristes à l'heure d vérité	MoDem
Le Figaro/ 24.05.2014	Les Verts s'interrogent sur leurs alliances	Les Verts
Le Figaro/ 24.05.2014	La Personnalité : Virginie Rozière, la radicale du Sud-Ouest	Front de gauche
Le Figaro/ 24.05.2014	Percée des anti-européens en Grande-Bretagne	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/ 24.05.2014	Ivo Josipovic : le président de la République croate : « En Croatie, l'euroscpticisme s'exprimera surtout par l'abstention »	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Figaro/24.05.2014	Un Scrutin qui lance la bataille pour la Commission européenne	Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Figaro/ 24.05.2014	L'Europe plutôt que la « France seule »	Projekt EU
Le Figaro/ 24.05.2014	Cette Europe qui fut une civilisation	Projekt EU

Zeitung/Datum	Artikel	Kategorie
Le Monde/ 01.05.2014	Européennes: une figure du „Printemps français“ sur la liste FN en Île-de-France	FN
Le Monde/ 02.05.2014	Déficit médiatique	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 02.05.2014	La Pologne dit merci à l'Europe	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 02.05.2014	En Roumanie, le renouveau de Timisoara la cosmopolite	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 02.05.2014	„Les gens citiquent l'élargissement de l'UE car il a réussi »	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Projekt EU
Le Monde/ 02.05.2014	Contre l'abstention, Marine Le Pen joue l'outrance	Mobilisierung FN
Le Monde/ 02.05.2014	Triomphe du populisme européen?	Projekt EU
Le Monde/ 03.05.2014	Les élections européennes intéressent plus qu'en 2009, selon un sondage	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 03.05.2014	Entre optimisme et inquiétude, l'Espagne balance	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Projekt EU
Le Monde/ 03.05.2014	L'euro a failli mourir, vive la Banque centrale européenne	Wirtschaft
Le Monde/ 03.05.2014	De 1865 à 1991, histoires d'unions monétaires éphémères	Wirtschaft
Le Monde/ 03.05.2014	Malgré les récentes réformes, l'euro demeure une monnaie bancale	Wirtschaft
Le Monde/ 03.05.2014	Quand l'Europe donne du souffle à la justice roumaine	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Projekt EU
Le Monde/ 03.05.2014	Européennes: Valls appelle à „ne pas laisser le terrain à l'extrême droite »	Mobilisierung PS Verteufelung FN
Le Monde/ 05.05.2014	Quelle doit être la décision prioritaire des Européens après le 25 mai ?	Projekt EU KandidatInnen mit Themen
Le Monde/05.05.2014	Alain Juppé: „Il faut parler de l'Europe de manière affective. »	Mobilisierung UMP Projekt EU
Le Monde/ 05.05.2014	La Slovaquie plonge dans la crise politique	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 05.05.2014	Les dossiers urgents qui attendent les Vingt-Huit	Projekt EU
Le Monde/ 05.05.2014	Le sentiment ambigu des Français vis-à-vis de l'Europe	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 05.05.2014	Européennes : les électeurs français choisiront en moyenne entre 24 listes	Regionale Listen

Le Monde/ 06.05.2014	Corinne Lepage veut d'autres profils au Parlement européen	MoDem
Le Monde/ 06.05.2014	A Melilla, les fantômes de l'immigration	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Immigration
Le Monde/ 06.05.2014	Les centristes veulent une Europe plus intégrée	MoDem
Le Monde/ 06.05.2014	Le traité de libre-échange transatlantique suscite critiques et angoisses	Wirtschaft
Le Monde/ 06.05.2014	L'UE s'est dotée de nombreux outils sans parvenir à endiguer les flux migratoires	Migration
Le Monde/ 06.05.2014	En Camargue, la dépendance extrême des riziculteurs à l'UE	GAP
Le Monde/ 06.05.2014	En Slovénie, l'économie se redresse mais le gouvernement chute	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 06.05.2014	Les ténors de l'UMP pressent Sarkozy de parler avant les européennes	UMP
Le Monde/ 07.05.2014	Marion Maréchal-Le Pen survend l'activité des eurodéputés FN	FN
Le Monde/ 07.05.2014	Les Slovaques heureux sont ceux qui votent le moins	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 07.05.2014	Europhiles, les électeurs luxembourgeois à contre-courant	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 07.05.2014	Bruxelles, les lobbies à la manœuvre	Projekt EU Lobbyismus
Le Monde/ 07.05.2014	Les Etas aussi font du lobbying	Projekt EU Lobbyismus
Le Monde/ 07.05.2014	La campagne des tous les dangers	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 07.05.2014	La très riche histoire du citoyen européen	Projekt EU
Le Monde/07.05.2014	Au coeur de l'Europe populiste	Projekt EU
Le Monde/ 07.05.2014	Européennes: Martin Schulz et Jean-Claude Juncker face à face	europäische SpitzenkandidatInnen
Le Monde/ 07.05.2014	Comment intéresser les Français à l'élection européens ?	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 07.05.2014	Hors du Royaume-Uni, les Ecossais demeureraient-ils européens ?	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 09.05.2014	François Hollande: „Sortir de l'Europe, c'est sortir de l'Histoire“	Mobilisierung PS

Le Monde/ 09.05.2014	Européennes 2014: Le Parlement européen, une place forte allemande	Beziehungen Deutschland - Frankreich
Le Monde/ 09.05.2014	Leurs nouveaux pouvoirs n'ont pas permis aux eurodéputés de peser dans la crise	Projekt EU
Le Monde/ 09.05.2014	Le germano-compatible Joseph Daul quitte la présidence du groupe PPE	Beziehungen Deutschland – Frankreich UMP
Le Monde/ 09.05.2014	José Bové défend „l'Europe, l'Europe, l'Europe“ contre l'euroscpticisme	Les Verts
Le Monde/ 09.05.2014	Des députes UMP à Berlin pour dialoguer „d'égal à égal »	Beziehungen Deutschland – Frankreich UMP
Le Monde/ 09.05.2014	Petit bilan, avant de débiter l'Europe	Projekt EU
Le Monde/ 10.05.2014	Athènes a fait beaucoup de réformes, mais a esquivé les plus importantes	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 10.05.2014	Beppe Grillo courtoisé par José Bové et Nigel Farage	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 10.05.2014	Allemagne-France Merkel et Hollande en croisière sur la mer Baltique	Beziehungen Deutschland - Frankreich
Le Monde/ 10.05.2014	La „troika“, la mal-aimée de l'Europe du Sud	Projekt EU Wirtschaft
Le Monde/ 11.05.2014	Europe: Boudier le 25.mai, c'est boudier la démocratie	Projekt Eu
Le Monde/ 11.05.2014	Le Fn redoute l'abstention dans son électorat	Mobilisierung FN
Le Monde/ 11.05.2014	L'UMP compte sur une forte participation des électeurs de plus de 56ans pour arriver en tête le 25 mai	UMP
Le Monde/ 11.05.2014	Chez les Vingt-Huit le désintérêt domine une campagne peu populaire	Stimmung/Umfrage Projekt EU
Le Monde/ 11.05.2014	„Angela“ et „François“ font campagne commune sur les rives de la Baltique	Beziehungen Deutschland – Frankreich Mobilisierung
Le Monde/ 13.05.2014	Conchita Wurst ou le triomphe de la différence	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 13.05.2014	François Hollande et Manuel Valls s'engagent dans la bataille électorale	Mobilisierung PS
Le Monde/ 13.05.2014	A Bologne, Beppe Grillo en „spectacle“ contre l'Europe et les corrompus	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 13.05.2014	A l'est, du nouveau Voyage le long de la frontière orientale	Blick auf andere Mitgliedsstaaten

	de l'Union européenne : Finlande	
Le Monde/ 14.05.2014	Le traité transatlantiques s'invite dans la campagne	Wirtschaft
Le Monde/ 14.05.2014	OGM, poulet chloré: les sujets qui fâchent	Wirtschaft
Le Monde/ 14.05.2014	L'Europe, puissance marchande menacée d'un long declin	Wirtschaft
Le Monde/ 14.05.2014	Pour les émergents, l'UE n'est guère qu'un partenaire commercial	Projekt EU Wirtschaft
Le Monde/ 14.05.2014	A l'est, du nouveau Voyage le long de la frontière orientale de l'Union européenne : l'Estonie	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 14.05.2014	L'UE élargit ses sanctions contre la Russie	Russland
Le Monde/ 14.05.2014	En campagne dans la Drôme, Vincent Peillon se heurte aux réalités locales	Mobilisierung PS
Le Monde/ 14.05.2014	Grèce : Aube dorée autorisé pour les européennes	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 14.05.2014	Pologne : Un parti anti- européen polonais pourrait entrer au Parlement	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 14.05.2014	22% : C'est la proportion d'Européens qui renoncent à leur budget de vacances d'été	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 17.05.2014	Le Portugal sort du plan d'aide « eurofataliste »	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 17.05.2014	François Hollande n'a pas su s'incarner en « sauveur » de l'Europe du Sud	Projekt EU PS
Le Monde/ 17.05.2014	Sandro Gozi, « le facilitateur » entre l'Italie et la France	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 17.05.2014	A l'est, du nouveau Voyage le long de la frontière orientale de l'Union européenne : la Pologne	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 17.05.2014	A Lille, le numéro de duettistes de Manuel Valls et Martine Aubry	Mobilisierung PS
Le Monde/ 17.05.2014	En Grèce, le paysage électoral en voie de recomposition	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 17.05.2014	Les têtes de listes européennes réüssent à incarner la campagne	Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Monde/ 17.05.2014	Sondage : L'Europe est « une mauvaise chose » pour un quart des Français	Stimmung/Umfrage

Le Monde/ 17.05.2014	France : Contre les eurocritiques, M. Cohn-Bendit plaide pour les « Etats-Unis d'Europe »	Les Verts
Le Monde/ 18.05.2014	La gauche radicale en passe de supplanter les Verts au Parlement européen	Front de gauche
Le Monde/ 18.05.2014	Les gauches radicales profitent de l' «effet Tsipras »	Front de gauche
Le Monde/ 18.05.2014	Le Front de gauche a du mal à séduire les déçus de Hollande	Front de gauche Mobilisierung
Le Monde/ 18.05.2014	Au Nord, la gauche s'éloigne des sociaux-démocrates	Mobilisierung Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 18.05.2014	En Espagne, les « indigés » tentent une percée électorale	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 18.05.2014	La corisière pour Schengen de Marine Le Pen	FN
Le Monde/ 18.05.2014	A l'est, du nouveau Voyage le long de la frontière orientale de l'Union européenne : la Bulgarie	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 20.05.2014	Le projet européen n'est plus majoritaire en France	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 20.05.2014	En France, l'eurosepticisme marque des points	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 20.05.2014	La course en tête du FN	FN
Le Monde/ 20.05.2014	Marielle de Sarnez: „L'obsession de l'extrême droite est mortifère »	MoDem Verteufelung FN
Le Monde/ 20.05.2014	A la grand-messe des centristes, M.Borloo ferme la porte à un éventuel retour	MoDem
Le Monde/ 20.05.2014	Grèce: La gauche radicale crée la surprise aux municipales	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 20.05.2014	Portugal: Pour M.Juncker, les „montagnes de dettes“ sont responsables de la crise	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 20.05.2014	Italie: Matteo Renzi appelle à „ne pas voter pour des bouffons“ aux européennes	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Mobilisierung
Le Monde/ 21.05.2014	Elections européennes: Le FN met l'UMP sous pression	Umfrage/Stimmung
Le Monde/ 21.05.2014	Le FN profite des européennes pour préparer 2017	FN
Le Monde/ 21.05.2014	A Hénin, la colère des „petites gens“	Stimmung/Umfrage FN
Le Monde/ 21.05.2014	A Fos-sur-Mer, en plein coeur de la zone industrielle, le FN peine à mobiliser	Mobilisierung FN

Le Monde/ 21.05.2014	Thomas Piketty: „La démocratie contre les marché »	Projekt EU
Le Monde/ 21.05.2014	Les propositions alternatives au modèle « tout austerité » de la troika se multiplient	Wirtschaft Projekt EU
Le Monde/ 21.05.2014	Heureux comme un Suisse hors de l'UE et qui entend le rester	Projekt EU
Le Monde/ 21.05.2014	L'Allemand Martin Schulz cherche à s'imposer aussi dans son pays	Mobilisierung Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Monde/ 21.05.2014	Même ceux qui détestent l'euro ne prônent plus sa mort	Projekt EU Wirtschaft
Le Monde/ 21.05.2014	Les trois référendums du 25mai	Projekt EU
Le Monde/ 22.05.2014	Verhofstadt, le troisième homme?	Europäische SpitzenkandidatInnen
Le Monde/ 22.05.2014	De la naissance à la mort, les „bons plans“ européens	Projekt EU Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 22.05.2014	Pour les artistes, l'Europe de la culture reste à construire	Projekt EU Kultur
Le Monde/ 22.05.2014	„Sans l'Europe, on l'étoufferait“: le plaidoyer d'élèves de grandes écoles et de patrons	Stimmung/Umfrage Projekt EU
Le Monde/ 22.05.2014	Européennes: demandez le programme	Thematische Info Projekt Eu
Le Monde/ 22.05.2014	Olivier Besancenot: „La gauche radicale ne doit pas basculer dans le souverainisme“	Front de gauche
Le Monde/ 22.05.2014	Les partis français plaident majoritairement pour une réforme de l'Union	Projekt EU Stimmung/Umfragen
Le Monde/ 23.05.2014	Contre Bruxelles, Sarkozy propose une Europe franco-allemande	Projekt EU UMP Beziehungen Deutschland - Frankreich
Le Monde/ 23.05.2014	Nigel Farage veut bouter l'Angleterre hors d'Europe	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 23.05.2014	Nicolas Sarkozy défend son modèle européen	UMP
Le Monde/ 23.05.2014	A Barcelone, Manuel Valls défend le droit des femmes, mais évite la question catalane	Mobilisierung PS
Le Monde/ 23.05.2014	Une campagne qui laisse les partis sans voix	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 23.05.2014	Chronique d'un désastre annoncé	Stimmung/ Umfrage
Le Monde/ 23.05.2014	„Ça sert à quoi, l'Europe?“ s'interrogent les électeurs	Stimmung/Umfrage

Le Monde/ 23.05.2014	Au Royaume-Uni, le UKIP favori du scrutin européen	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 23.05.2014	Geert Wilders, du libéralisme à l'extrémisme	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 23.05.2014	L'immigration s'invite dans la campagne allemande	Blick auf andere Mitgliedsstaaten Immigration
Le Monde/ 23.05.2014	Marine Le Pen bataille pour former son groupe europhobe	FN Projekt EU
Le Monde/ 23.05.2014	En Italie, le scrutin vire au duel entre Beppe Grillo et Matteo Renzi	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 23.05.2014	Quel modèle économique pour l'Europe` ?	Wirtschaft Projekt EU
Le Monde/ 24.05.2014	Le PS et l'UMP se préparent au choc des européennes	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 24.05.2014	Daniel Cohn-Bendit, l'adieu à la scène	Les Verts
Le Monde/ 24.05.2014	L'Europe, notre avenir, plus que jamais	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 24.05.2014	Le grand marchandage des postes a commencé	Projekt EU
Le Monde/ 24.05.2014	28 campagnes molles pour un Parlement	Projekt EU
Le Monde/ 24.05.2014	„Sarkozy veut détruire l'Europe communautaire“	MoDem
Le Monde/ 24.05.2014	En Italie, le vote come une course de chevaux	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 24.05.2014	Pour les élections, les séparatistes flamands hissent le drapeau belge	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Le Monde/ 24.05.2014	„Au Parlement, nous sommes dans l'écologie de combat «	Les Verts
Le Monde/ 24.05.2014	Daniel Cohn-Bendit aux Verts: „Je vais vous manquer“	Les Verts
Le Monde/ 24.05.2014	Les Français veulent sortir de la crise sans abandonner l'Euro	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 24.05.2014	L'UMP ne parvient pas à combler son retard sur le FN	Stimmung/Umfrage
Le Monde/ 24.05.2014	Européennes: Le PS se prépare au choc	PS

Zeitung/ Datum	Artikel	Kategorie
Ouest France/ 01.05.2014	Élections européennes. Marine Le Pen dit "non à Bruxelles"	FN
Ouest France/ 05.05.2014	Européennes. Plus de 24 listes en moyenne par circonscription en France	Regionale Listen
Ouest France/ 06.05.2014	Européennes. Sarkozy tenté de s'exprimer avant les élections	UMP

Ouest France/ 06.05.2014	Elections européennes. Qu'est-ce que la Pac a changé ?	PAC
Ouest France/ 06.05.2014	Agriculture : la PAC, un succès européenne	PAC
Ouest France/ 08.05.2014	Sondage. L'enthousiasme et la confiance dans l'Europe ont disparu	Stimmung
Ouest France/ 09.05.2014	Le plaidoyer européen de Hollande	PS
Ouest France/ 10.05.2014	Européennes. Du temps pour connaître le nom du successeur de Barroso	Projekt EU Europäische SpitzenkandidatInnen
Ouest France/ 10.05.2014	Parlement européen : un rôle méconnu	Projekt EU
Ouest France/ 13.05.2014	Européennes. Martin Schulz et Isabelle Thomas étaient en meeting à Rezé	Europäische SpitzenkandidatInnen
Ouest France/ 13.05.2014	Élections européennes. Les populistes à l'assaut du Parlement	Projekt EU
Ouest France/ 13.05.2014	Européennes. Martin Schulz en campagne à Lampaul-Guimiliau	Europäische SpitzenkandidatInnen
Ouest France/ 14.05.2014	Européennes. Un petit-fils de nazi en campagne contre l'extrême droite	Mobilisierung
Ouest France/ 15.05.2014	Elections européennes. Qui sera le patron de l'Europe ?	Europäische SpitzenkandidatInnen
Ouest France/ 16.05.2014	Elections européennes. L'austérité au cœur du grand débat	Wirtschaft
Ouest France/ 16.05.2014	Elections. Peut-on élarger en signant par une croix ?	Projekt EU
Ouest France/ 20.05.2014	Européennes. Quels sont les enjeux pour les principaux partis ?	Thematische Positionierung
Ouest France/ 20.05.2014	Européennes : Les programmes	Thematische Positionierung
Ouest France/ 21.05.2014	Europe. Le point de vue de huit jeunes salariés	Stimmung Projekt EU
Ouest France/ 21.05.2014	Les Finistériens, eurosceptiques ou europhiles ?	Stimmung
Ouest France/ 22.05.2014	Elections européennes. Le plaidoyer de Nicolas Sarkozy	UMP
Ouest France/ 22.05.2014	Elections européennes. Patrick Bruel attend le « sursaut républicain »	Mobilisierung Verteufelung FN
Ouest France/ 22.05.2014	Elections européennes. Le Royaume Uni, entre europhobie et abstention	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Ouest France/ 22.05.2014	Je veux l'Europe : des personnalités se mobilisent	Mobilisierung
Ouest France/ 22.05.2014	Quel débuté de l'Ouest vote comme vous ?	Entscheidungshilfe
Ouest France/ 22.05.2014	Elections européennes. Comparez les programmes des candidats	Thematische Positionierung der KandidatInnen
Ouest France/ 22.05.2014	Appel d'associations antiracistes contre l'extrême droite	Mobilisierung

Ouest France/ 23.05.2014	Vifs échanges sur l'immigration	Immigration FN
Ouest France/ 23.05.2014	Elections européennes. Revers pour les populistes aux Pays-Bas	Blick auf andere Mitgliedsstaaten
Ouest France/ 23.05.2014	Le déficit de démocratie de l'Europe en question	Projekt EU
Ouest France/ 23.05.2014	Combien de sièges pour combien de voix ?	Projekt EU
Ouest France/ 23.05.2014	Européennes. Avec la Boussole électorale, vous saurez pour qui voter	Entscheidungshilfe

8.2. ExpertInneninterview mit István Hegedűs

A = Autorin (Katharina Steinwendtner)

H = István Hegedűs

A: Welche Themen sind im ungarischen Wahlkampf im Mittelpunkt gestanden? Im Allgemeinen?

5 H: Es ist eine schwere Frage, weil wir sehr wenig Wahlkampf hatten. Der Wahlkampf kam direkt nach den nationalen Wahlen im April. Es waren keine solche Wahl wie im Allgemeinen, z.B. zwei Jahre nach der nationalen Wahl und dann wäre es eine Revanche für die Opposition. Es war klar, dass FIDESZ wieder einmal gewinnen wird und vielleicht mit einer größeren Anzahl an Stimmen. Denn was ist die Logik davon, in einem Monat wieder Wahlen zu haben? Das ist auch so passiert. Was in der ungarischen Situation speziell interessant war, wie es unter den linksliberalen Kräften aussieht, welche Partei mehr Erfolg haben wird. Und zum anderen, ob die rechtsradikale Partei Jobbik besser oder schlechter abschneidet, wie viele Stimmen sie bekommt. Fidesz wollte keinen großen Wahlkampf haben, das war schon die Taktik bei den nationalen Wahlen und wieder, Fidesz hat in keinen Debatten teilgenommen, wie auch früher. Es gab eine TV-Konfrontation, wo das Hauptthema 10 Rechtsradikalismus war. In dem Sinne war es neu, dass zum ersten Mal zwei linksliberale Parteien, sich für eine Debatte mit Jobbik entschieden haben. Bis April, Mai war die Auffassung eher dahingehend, dass eine Debatte mit Jobbik nicht gewollt ist. Deswegen war es wichtig, aber im Allgemeinen im Wahlkampf, die Regierungspartei hatte eine Botschaft, die man nur von einem ungarischen Ausgangspunkt verstehen kann. Der Slogan war „Respekt für Ungarn“, nicht für Brüssel, sondern für 20 Ungarn. Das ist eine nationalistische Botschaft per se. Das war natürlich die Konsequenz der letzten 4 Jahre, an denen Fidesz an der Macht ist. Victor Orban hat einen sogenannten „Freiheitskampf“ gegenüber Brüssel geführt. Fidesz meinte auch, dass Ungarn – nicht die ungarische Regierung –, von Brüssel und den anderen Mitgliedsländern nicht respektiert wurde: „Und jetzt zeigen wir Brüssel, wer wir sind.“ Also eine nationalistische Botschaft. Dagegen haben die links-liberalen Parteien eine andere 25 Botschaft formuliert. Die Sozialisten, die größte Partei, hatte fast keinen Wahlkampf geführt und haben auch ein sehr schlechtes Resultat eingefahren.

A: Das schlechteste oder?

30 H: Ja, das schlechteste seit mehr als 20 Jahren. Der Parteivorsitzende musste zurücktreten. Die beiden anderen Parteien – eine ist vom früheren Ministerpräsidenten Gyurcsány – vertritt eine ziemlich pro-europäische Botschaft. Vereinigten Staaten von Europa war ein Teil ihrer Botschaft. Die andere Partei,

auch vom früheren Ministerpräsidenten, Bajnai, auch hier die visuelle Botschaft ziemlich eindeutig: Sie hatten wie die Indianer, ungarische und europäische Farben auf den Gesichtern der Kandidaten. Sie wollten die ungarische und die europäische Identität zusammen repräsentieren. Das war klar. Ich wollte die ungarische und die europäische Identität zusammen repräsentieren. Das war klar. Ich glaube die beiden Parteien haben das gut gemacht. Damit hat sich die Botschaft der EU gegenüber ziemlich polarisiert. Ich muss auch dazu sagen, dass diese Parteien im April erfolglos waren, die europäische Thematik im Wahlkampf zu implementieren. Vielleicht hätten sie das besser machen können. Denn die größte Frage ist eigentlich – im Allgemeinen nicht nur im Wahlkampf– wohin gehört Ungarn? Das ist wieder die Frage, zehn Jahre nach dem EU-Beitritt. Die Regierung, Fidesz und Orban selbst haben damit gespielt, eine Doppelsprache benutzt. Er hat nie gesagt, dass wir aus der EU austreten sollen in den letzten Jahren, aber hat die EU, die Bürokraten, die Kommission und das EP immer wieder scharf kritisiert. Er hat über einen Wind gesprochen, der von Osten bläst. Orban hat damit gespielt, dass er einen Raum für Manöver braucht zwischen Ost und West. Er wollte gute Freundschaften knüpfen mit post-sowjetischen Staaten und Aserbaidschan und Russland. Hier kritisiert er diese Staaten wegen Menschenrechte nie, das ist kein Problem für ihn. Da ist er sehr pragmatisch. Aber er kritisiert die EU. Am Abend der Wahlen hat er aber wieder einen Schwenk ins Zentrum gemacht. Er hat gesagt, es gibt 2 Extrema: Jobbik, die Rechtsradikalen. Er hat zwar das Wort Jobbik nicht benutzt, aber das ist klar und sie wollen aus der EU raus. Der andere Extremismus ist für ihn das Schaffen der vereinigten Staaten von Europa. „Wir sind hier im Zentrum, wie immer.“ Das macht er immer in der Innenpolitik: „Wir sind im Zentrum, wir sind die Zentrumskraft, zentrale Kraft. Das ist unakzeptabel, einen Überstaat in Brüssel zu schaffen. Wir sind für Ungarn.“

Im Allgemeinen war der Wahlkampf kaum sichtbar. Die oppositionellen Parteien hatten kein Geld: die Sozialisten waren in einer schrecklichen Kondition, schon nach April. Ich weiß nicht genau, warum die Sozialisten keinen Wahlkampf hatten. Das war schon so vor April. Innere Probleme, strukturelle oder persönliche Probleme haben, warum das so schrecklich war. Fidesz wollte auch keinen großen Wahlkampf, weil Fidesz schon in den Umfragen vorne lag. Orban ist auch kein echter Demokrat, wollte keine Debatte, denn da hätte er den Vorteil verlieren können. Er wollte keine Debatte im Allgemeinen.

A: D.h. die eigentliche Ausrichtung des Wahlkampfes war die Frage, Respekt gegenüber den Ungarn oder Pro-Europa. Falls man das so runterbrechen kann, waren diese beiden Positionen die vorherrschenden? Oder hat es sonst noch wichtige Themen gegeben?

H: „Respekt“ von Fidesz und „Europa & Ungarn“ für diese zwei, drei Parteien aus der Opposition. Es gab einige Debatten, auch im Fernsehen. Ich habe eine Debatte im Think-Tank im Institut Republikon

65 gesehen mit den Spitzenkandidaten der ungarischen Parteien. Dann gab es auch Debatten über
europäische Themen: Energiepolitik. Im Allgemeinen, Haushaltspolitik. Natürlich, das erste Thema ist
immer: Wie viel Geld Ungarn von der EU und den strukturellen- und Kohäsionsfonds bekommt. Aber
das war schon auf einem höheren Niveau. Man hat über Krisenmanagement gesprochen, über die
Eurokrise und die Auswirkungen der Krise auf Ungarn. Ungarn hat auch eine eigene Krise – also wie die
70 Krisen zusammenwirken, wie man dieser Situation begegnet kann. Aber über die Ukraine hat man z.B.
gar nicht gesprochen, das zeigt, dass Ungarn in diesem Sinne ein kleines Land ist mit einer Auffassung
über uns, wir haben nicht viel zu tun mit großen, internationalen Konflikten. Diese Konflikte können
auch an der Grenze sein. Das war kein großes Thema, aber Russland schon, allerdings wegen der
Energiesituation in Ungarn, nicht wegen der Ukraine. Aber das war auf einem höheren Niveau. Einige
75 europäische Themen wurden besprochen.

Über die Spitzenkandidaten auf der europäischen Ebene hat man etwas gehört. Einmal als Verhofstadt
Orban kritisiert hat. Da war ich nicht zuhause, aber es gab einen Skandal weil der Dolmetscher diesen
Satz nicht übersetzt hat. Das hatte vielleicht keine politischen Gründe, sondern ein Fachfehler.
Niemand weiß das. Der Dolmetscher war von Euronews Hungary und er wurde gefeuert, weil es einen
80 Skandal gab. Deswegen war das hier wichtig, was ist geschehen. Die letzte Debatte von der EBU wurde
im ungarischen oppositionellen Fernsehen ATV übertragen.

In den Fachzeitingen und auch dem Internet, und auch unter den Leuten, die sich mehr für Europa
und die EU interessieren, da war es ein Thema. Aber für das allgemeine Publikum nicht, denn über die
Spitzenkandidaten hat man nichts gehört. Nur eine Spitzenkandidatin ist nach Ungarn gekommen, Ska
85 Keller von den Grünen. Sonst niemand, das hat wahrscheinlich auch politische Gründe. Hannes
Swoboda war hier, aber er ist kein Spitzenkandidat. Verhofstadt war nicht hier, es gibt auch keine echte
liberale Partei in Ungarn. Das ist vielleicht auch ein Grund. Martin Schulz ist nicht gekommen, ich weiß
nicht, wieso. Vielleicht wegen den Problemen, welche Partei ihn unterstützt. Oder es war auch nicht
so wichtig.

90

A: Jean-Claude Juncker und Victor Orban haben ein schwieriges Verhältnis.

H: Orban hat diese Kritik an Juncker 2 Tage vor den Wahlen geäußert. Vielleicht hätte auch Juncker
auch früher kommen können. Aber die spezielle ungarische Situation war sicher auch ein Grund.
95 Joseph Daul, vom EP, [franz. Abgeordneter, UMP] war in Ungarn Ende März. Er ist gekommen und hat
Orban gelobt mit Worten, ich war total schockiert, wie weit er gegangen ist mit seiner Rhetorik in der

Unterstützung von Orban und Fidesz. Aber das war noch vor den nationalen Wahlen. Und jetzt in diesem 2. Wahlkampf ist niemand von der EVP gekommen.

100 K: Wird die FIDESZ sich weiterhin in der Allianz der EVP organisieren?

H: Für Orban ist das wahrscheinliche die beste Idee, innerhalb der EVP zu bleiben und so auf der rechten Seite der EVP einflussreich zu sein. Fidesz hat 12 MEPs, das ist schon relativ viel und falls Kritik von der Kommission oder den internationalen Medien oder den linksliberalen ALDE und PES, dann ist es wahrscheinlicher, dass Orban und die MEPs Unterstützung in der EVP bekommen können. Dadurch sind sie auch nicht isoliert, auch wenn es viel Kritik innerhalb der EVP gibt. Es gibt keine Garantie, dass es immer so bleibt. In Deutschland ist die Kritik an Orban allgemeiner – von rechter oder linker Seite ebenso, aber die CDU ist natürlich sehr sorgfältig mit ihrer Kritik an Orban. Es gibt einen Raum für Orban einige Entscheidungen zu treffen.

110 Das Problem mit Juncker: Falls Juncker Präsident der Kommission wird, ist die Situation wieder ein bisschen anders. Orban kann sich auch emotional oder mit Wut so entscheiden, dass er sich bei den Konservativen besser fühlt. Die Fraktion der Euroskeptiker ist ziemlich groß geworden in den letzten Tagen. Es gibt ganz unterschiedliche Parteien und viele Unterschiede zwischen den Tories und Fidesz gibt – Cameron hat das auch sorgfältig geäußert. Vielleicht in einer größeren Fraktion, mit den Polen und der Kaczynski-Partei, würde sich Orban besser äußern können: „Das ist unsere Position, der Eurorealismus. Wir sind keine Extremen, die Extremen sind Le Pen, Jobbik usw.“ Das ist auch eine Alternative für Orban. Ich glaube, aber dass es nur die 2. Option ist.

120 3. oder 4. Option könnte auch ein EU-Austritt sein. Aber das gilt als ziemlich unwahrscheinlich wegen der vielen Transfers. Das Geld braucht man. Es sieht so aus, dass diese Doppel-Sprache ziemlich erfolgreich ist in Ungarn. Obwohl, die meisten, und das ist auch wichtig, immer noch für die Mitgliedschaft innerhalb der EU sind. Das muss Orban auch wissen. Warum man für Fidesz gestimmt hat oder nicht, das hat viele andere Gründe, nicht die Position der EU:

K: Also nicht der Euroskeptizismus war ausschlaggebend für Fidesz zu stimmen?

125 H: Auch dieser Freiheitskampf ist nicht so populär laut Umfragen. Nur dieses politische Thema würde Orban nicht sonderlich helfen. Das weiß er vielleicht auch. Würde er zu stark in eine Richtung tendieren, also Extremismus, wie er es nennt, ein Austritt, wäre es für ihn sehr riskant. Aber das weiß

man nicht. Es gibt jetzt viel mehr Raum für Manöver, da die Euroskeptiker mehr Kraft im EP haben. Er kann noch damit spielen. Denn die Frage ist, falls er weiter mit seiner autoritären Politik weiter betreibt – siehe letzte Woche Pressefreiheit usw. – dann kann es sein, dass sich innerhalb der EVP die Kritik an Orban steigern wird. Das kann spontan passieren, weil es große Skandale gibt. Auch die deutsche Telekom ist ein Teil dieser Geschichte geworden. Dann kann Orban sagen: „2. Option. Wir gehen zu den Konservativen.“ Man weiß es nicht, man hätte auch vor 10,15 Jahren nicht sagen können, wie weit er heute schon gegangen ist. Aber ja, hier ist Jobbik und Jobbik hat auch eine Position und damit muss Orban auch rechnen.

A: Ist ja auch angenehm für Victor Orban, dass es die Jobbik gibt. Sie ist immer noch extremer, er kann immer noch auf sie verweisen. Sie haben es ja in Ihrem PERC – Index gezeigt, die Fidesz ist von *eu-pragmatic* zu *eu-pessimist* geworden.

H: In den letzten Jahren ist Orban in diesem Sinne auch in dieser Skala noch weiter Richtung Euroskeptizismus gegangen. Alleine in den letzten 2,3 Jahren ist seine Rhetorik härter geworden. Jobbik ist im Wahlkampf viel milder geworden, eigentlich schon im April bei den nationalen Wahlen. Jobbik hat eine neue Rhetorik eingeführt z.B. hat Gabor Vona auf Facebook eine Frage gestellt: „Habt Ihr uns gegenüber Vorurteile? Kommt und lernt uns kennen!“ Das war sehr klug, das Argument der Stereotypen so umzubauen. Im Allgemeinen, auf Ungarisch nannte man es „Zucki“ – Süßkampagne mit Hunden, kleinen Kindern. Jüngeren Leuten. „Wir sind normale Leute!“ Jobbik probiert ein bisschen von diesem Label Extrem ins Zentrum zu ziehen. So trifft Jobbik Fidesz, das kann auch ein Problem sein. Ja natürlich, Jobbik ist immer noch rechtsradikal. Sie hatten in den letzten Tagen einen Marsch im Dorf oder in Miskolc gemacht, wo die Selbstregierung Probleme der Roma meldet. Jobbik ist auch immer noch radikaler als die Fidesz Selbstregierung in Miskolc. Auf der internationalen Ebene hat Jobbik ein Image, nur der Wahlkampf kann daran nichts ändern. Aber in Ungarn sieht man schon, dass Jobbik ein bisschen milder geworden ist und die Rhetorik über die EU sich geändert hat. Vor ungefähr 2 Jahren hat man noch die EU Fahne bei Jobbik Demonstrationen verbrannt und ein Mitglied des ungarischen Parlaments hat die Fahne der EU vom Fenster rausgeworfen. Dieser Mann ist nicht mehr in der Fraktion, aber hat gute Kontakte zu Krisztina Morvai, der Spitzenkandidatin von Jobbik im EP. Sie hat gesagt, wir wollen nicht aus der EU austreten. Das hat sie auch im Fernsehen gesagt. Auch in den Broschüren von Jobbik, wurde klar gemacht, dass sie nicht austreten wollen. In diesem Sinne sind sie ein bisschen milder geworden als früher und nicht so weit von Fidesz entfernt.

A: Weil auch in der Bevölkerung der Zuspruch zur EU da ist. Das ist der wahrscheinliche Grund oder?

160 H: Ich glaube es, aber das ist nur eine Schätzung. Im Allgemeinen, denkt Jobbik, dass die Rechtsradikalen sie unterstützen und sie brauchen mehr Stimmen. Das ist mehr eine allgemeine Strategie und die EU ist nur ein Teil dieser Strategie: „Wir sind keine Extremen, wir sind keine Nazis.“ Das wird immer wichtiger, da werden sie wirklich böse. Und dann marschieren sie in der Uniform, aber das ist eine andere Frage.

165 A: Man kennt diese Strategie ja auch von anderen Rechtsaußen Parteien, wie wichtig dieser Imagewandel ist. Jobbik bleibt aber fraktionslos im EP?

H: Marine Le Pen hat sich mehrmals geäußert. Man hat sich gedacht, als Le Pen ein 7. Mitgliedsstaat brauchte für die Fraktion, könnte man vielleicht damit spielen – es ist eine Spekulation – dass Morvai kein Mitglied der Jobbik ist. Sie war Spitzenkandidatin aber man könnte vielleicht sagen, dass es nicht 170 Jobbik, sondern sie selbst ist. Wir werden sehen.

A: Für Frankreich habe ich ja eine Medienanalyse gemacht. Deswegen die konkret Frage: In den größten Zeitungen in Ungarn, wie z.B. Népszabadság, wie haben Sie das erlebt? Wurden EU Themen behandelt? Wurde versucht den BürgerInnen das Projekt EU näher zu bringen?

175

H: Ja das war ein Thema. Népszabadsag hat viele Leser verloren, wie überall. Aber viele kaufen die Zeitung nicht mehr, lesen vielleicht im Internet oder auch nicht. Der Einfluss der Zeitung ist beschränkt, nicht wie in Deutschland. Wo immer noch oder die Intellektuellen oder Experten Tageszeitung lesen. Das ist hier schlimmer geworden. Es ist nicht so wichtig. Aber trotzdem einige wie ich, wir lesen 180 Tageszeitungen oder in der Bevölkerung gibt es Leute, die traditionellerweise Zeitung lesen, die Älteren. Népszabadság beschäftigt sich mit den EU-Wahlen, aber wieder einmal mehr aus einem nationalen Ausgangspunkt heraus. Der Fernsehsender ATV hatte eine Debatten-Serie in den letzten Tagen. Fidesz hat nicht teilgenommen und es waren 5 oder 6 Debatten. Andere Zeitungen oder Online-Journals haben sich auch mit den europäischen Wahlen beschäftigt. Dieser ungarische Ausgangspunkt 185 ist natürlich wichtig.

A: Die innenpolitischen Themen?

H: Ja, aber in diesem Sinne ist die ungarische Innenpolitik schon mit der europäischen Politik zusammen gewachsen und auch deswegen, weil das Thema war: „Sind wir innerhalb der EU? Sollen wir so bleiben oder ein bisschen weniger innerhalb oder draußen?“ Und noch dazu, war es der 10. 190 Jahrestag des EU-Beitritts am 1. Mai. Im Allgemeinen war das Thema „Was wollt Ihr in Europa

machen?“, „Was ist die Bilanz unserer Mitgliedschaft?“ und dann kommt das Geld, das ist das Wichtigste seit 15 Jahren. Alles geht nur um das Geld, nicht über europäische Werte oder föderales Europa – das ist Quatsch. Also eher, wie viel Geld bekommen wir, wie hat die Regierung das Geld benutzt – gut oder schlecht –, warum bekommen wir so wenig Geld usw. Das ist immer das Thema #1.

195 Aber wegen diesem Freiheitskampf ist Europa als Symbol doch auch wichtig geworden. Dann die Frage, was ist die Bilanz? Das ist ebenfalls wichtiger geworden, weil wir alle wissen, dass hinter dieser Frage, das Problem des Freiheitskampfes von Orban gegen die EU dahinter steckt. Wenn es eine gute Bilanz gibt, warum dann den Freiheitskampf? Immer ist es das Thema. Dieser Frame wurde von Fidesz strukturiert. Alle, die eine Meinung dazu haben, argumentieren direkt oder indirekt dafür oder

200 dagegen innerhalb dieses Frames. Das ist ein Hauptthema. Sie wissen sicher, dass Orban vor 2 Jahren, seine Freunde und eine pro-Regierung-NGO große Demonstrationen organisiert: „Wir sind keine Kolonie!“ Das war seine Rhetorik, die ziemlich weit ging. Dann hat er vor 2 Jahren gesagt: „Früher hat Moskau uns diktiert und wir akzeptieren das von Brüssel nicht!“ Das war auch ein internationaler Skandal. Auch Barroso hat dagegen Stellung genommen. In dieser politischen Atmosphäre kann man

205 besser verstehen, was z.B. Bilanz der Wirtschaft bedeutet.

A: Warum war die Wahlbeteiligung so gering? Es war ja eine der geringsten in der EU, unter EU-Durchschnitt. War das das Ergebnis eines tristen Wahlkampfes?

H: Die geringste Beteiligung war in der Slowakei. In Ungarn war sie niedriger als früher. Erstens war es zu nah an den ungarischen Wahlen. Die Leute waren müde, es gab keinen großen Wahlkampf. Man

210 konnte auch der Regierung keine Botschaft mitteilen, etwa „Genug ist genug“ oder sowas. Ein Monat nach den ungarischen Wahlen gibt es keine Protestwahl. Das hatte diese spezielle Ursache, warum so wenige Leute in Ungarn wählen gegangen sind.

A: Eine letzte Frage noch zur Figur Viktor Orbans. Ist Orban für Sie der Idealtyp des populistischen Leaders?

215 H: Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass ich ziemlich aktiv in der Politik war. Ich war im Parlament als Mitglied der Fidesz Fraktion. 1989 war ich schon dabei. Wir haben fast alles gemeinsam innerhalb von Fidesz gemacht, innerhalb von Fidesz. Ich kenne ihn ziemlich gut oder ich habe ihn gut gekannt vor 20 Jahren. Sein Charakter und seine Denkweise über Politik haben sich sehr verändert, aber es gibt auch eine Kontinuität. Er wurde von einer liberalen Persönlichkeit zu einer konservativen, dann mehr rechts,

220 dann mehr populistisch und undemokratisch. Das ist keine eindeutige Linie, aber ungefähr so. Einerseits hat er manchmal Visionen. In diesem Sinne ist er nicht immer pragmatisch. Das macht die Situation etwas komplizierter. Weil man nicht immer weiß, ob es wirklich eine politische Linie mit einer Vision verbunden ist oder primär Pragmatismus. Ich würde sagen, dass seine Vision voll mit negativen

Identitäten ist und man kann auch sagen manchmal, mit Hass – den Liberalen gegenüber, den
225 Intellektuellen und Medien. Das kommt aus den 90er. Damals als ich ihn noch besser kannte, konnte
ich verstehen, was die Treibkraft hinter seinen Entscheidungen war. Für einige Zeit, kann er Visionen
haben und dann gibt es einen Punkt, an dem er sagt, es ist schon egal und wird auch dann ziemlich
pragmatisch. Er kann auch seine Ideen langsam verändern. Ein Beispiel: Vor 10 Jahren hätte er
wahrscheinlich das ungarische Hochschulsystem nicht nationalisieren wollen, aber heutzutage wirkt
230 Fidesz viel „etatistischer“ als vor 10 Jahren. Ich denke, er hat eine Vision über eine zentrale Regierung
und einen zentralistischen Staat, wo die Entscheidungen aus dem Zentrum kommen. Das ist anders als
seine Denkweise vor 10 Jahren. Viele Dinge, die er macht, kann man populistisch machen und kommen
wahrscheinlich aus ideologischen Erklärungen und Selbsterklärungen. „Warum ich das mache? – Weil
unsere Feinde das ebenso machen.“

235 „Wenn die Kommunisten oder die Sozialisten, das ist ein Lager, so viel Macht in der Wirtschaft, Medien,
Kultur haben, dann brauchen wir eine Balance.“ Das war vor 10, 15 Jahren schon die Ideologie. Als
Orban die Wahlen im Jahr 2002 verloren hat, war die gelernte Lektion: „Ich war nicht stark und „rough“
genug. Nächstes Mal muss ich noch das noch stärker machen.“ Und nächste Mal, macht er es noch
stärker. Bei öffentlichen Ausschreibungen geht alles an die Freunde von Orban, die neuen Oligarchen, wie
240 man sie nennt. Eine Firma, sie heißt Kőzép, bekommt alle staatlichen Ausschreibungen, die eigentlich
von der EU finanziert sind. Natürlich das ist Korruption, aber die Regierung sagt es ist normal, aber
manchmal sagen einige Leute, die Orban nahe stehen: „Das ist normal was wir machen. Wir brauchen
eine nationale Bourgeoisie.“ Orban sagt auch, alles muss zu den Ungarn gehen, zu ungarischen Firmen.
Das sind einige Firmen natürlich, die sehr Orban und Fidesz-Nahe sind. Die Ideologie ist, wir brauchen
245 eine wirtschaftliche Macht, eine nationale Bourgeoisie. Das sagte Orban wieder nach den Wahlen in
diesem Jahr, den Sozialisten keine Luft zu geben: „Jetzt ist es unsere Zeit! Sie haben große Macht
irgendwo, wir brauchen diese Macht.“ Das Feindbild hilft immer zu erklären, warum etwas so gemacht
wird. Er braucht eine Ideologie, ich würde es negative Ideologie oder negative Vision nennen. Er hat
vielleicht auch positive Visionen, die ich zwar nicht verstehe, aber einige verstehen: Konservatismus,
250 Christentum, Nationalismus, Familie usw. Ob er das wirklich ernst nimmt oder damit nur spielt, ist eine
schwere Frage. Ich bin nicht mehr sicher. Vor 15 Jahren war es eine Strategie, aber er ist eine
Persönlichkeit, die etwas aus Pragmatismus sagt, aber im nächsten Moment glaubt er an diese Sache.
Für ihn ist es kein Problem. Es gab eine Situation vor 15 Jahren, er ist schon sehr christlich geworden.
Als wir noch gemeinsam waren, hatte er keine solchen Gedanken. Er ist aus einer Messe
255 herausgekommen und ein Reporter wollte ihn etwas fragen. Orban hat gesagt: „Jetzt? Ich komme aus
der Kirche. Jetzt über Politik sprechen? Nein!“ Aber man konnte noch sein Lachen beim Einsteigen in
den Wagen hören. Das war mehr ein Spiel, Pragmatismus. Aber ich bin nicht ganz sicher, vielleicht ist
er kein fundamentaler Fanatiker aber er nimmt es scheinbar ernster als vor 15 Jahren. Es ist schwer zu

sehen von außen. Ideologie und Identität sind auch ein Teil seiner Persönlichkeit und Pragmatismus bedeutet auch, dass er mit seiner Strategie spielt. Was sollen wir mit der Jobbik machen? Wir sollen diese Rhetorik benützen, weil wir Stimmen wollen. Ich glaube, dass er an diese Rhetorik wirklich glaubt, dass er ein nationales Ungarn schaffen möchte mit mehr Souveränität.

A: Über die Landesgrenzen?

H: Die Landesgrenze ist eine andere Frage. Offiziell spricht Fidesz nicht über die Grenzen. Ich glaube auch, vielleicht bin ich naiv, dass es kein Thema ist. Die Realität ist etwas anderes. Er hat seine Rhetorik. Denn die EU-Mitgliedschaft ist deswegen so wichtig, weil die Nation wieder vereint wurde. Es gibt keine Grenzen mehr und dann kommt noch die Doppelstaatsbürgerschaft für die Ungarn in Rumänien, die auch wählen können. Es gab einen speziellen ungarischen Pass schon vor 12 Jahren, mehr symbolisch aber trotzdem. Aber diese Dinge sind innerhalb der demokratischen Debatte. Er spricht auch nicht über eine friedliche Veränderung der Grenzen. In den 90er hat die erste Regierung damals noch etwas darüber gesprochen. Orban spricht nicht darüber. Er spricht über Autonomie und das heißt territoriale Autonomie. Es gab einen Skandal vor 2,3 Wochen, weil Orban nur über die Autonomie der Ungarn gesprochen hat in dieser Situation, während Russland seine Truppen an der ukrainischen Grenze stationierte. Donald Tusk, auch ein Mitglied der EVP, hatte zuvor nie Orban kritisiert, aber sich dieses Mal sehr deutlich und wütend geäußert. Orban hat sich nie gegenüber Russland geäußert, nur der Außenminister hat die EU-Linie bekräftigt. Er hat sich über Russland geäußert, aber Orban nie. Wenn man weiter spekuliert kann man sagen, dass auf der Krim meistens Russen leben und nicht Ukrainer, er hat sich also nicht bezüglich der Annexion geäußert. Falls sich die Situation doch ändert, kann man argumentieren, dass hier doch Ungarn leben. So weit ist er aber nicht gegangen und vielleicht geht er auch nie so weit, weil die Situation eine andere ist. Ungarn leben in Rumänien nicht an der Grenze, total andere Situation. Es ist kein Thema. Es gibt eine Nostalgie für Großungarn, mehr auf der rechtsradikalen Seite. Für Jobbik etwa ist es ein wichtiges Thema. Orban spielt damit wieder: spielt als ein Pragmatiker, denkt über sich selbst er sei ein Ideologe: ein Master der Wiedervereinigung Ungarns, symbolisch, ohne Grenzen. Wer weiß, was in der Zukunft ist.

A: Wie unangefochten ist Victor Orban in der Fidesz? Was passiert mit Fidesz ohne Orban? Gibt es Konkurrenzdenken?

H: Es ist schwer zu beantworten, denn es ist wirklich eine Partei, in der Orban alles alleine entscheiden kann. Die meisten Leute, die vor 20 Jahre an der Spitze von Fidesz waren, sind einerseits nicht mehr da oder weniger Einfluss. Es gibt neue Leute, jüngere Leute. Orban spielt mit diesen Leuten. Oft gibt es einen Wettbewerb zwischen den Leuten, wer macht etwas und wie. Der eine hat eine Position in der Regierung, die andere in der Fraktion. Orban probiert immer wieder eine Machtbalance innerhalb der

Partei zu schaffen. Die Indoktrination der Parteilite ist so geworden, dass alle, die sich gegen Orban organisierten, sind aus der Partei draußen. Es ist gefährlich einen Putsch zu organisieren oder im Palast eine Revolution anzustiften. Alles kann passieren in der Politik. Jetzt ist die Situation für Orban sehr
295 günstig, die Opposition ist sehr schwach. Orban kann Präsident der Republik sein in 3 Jahren ungefähr mit viel größeren Kompetenzen, etwa wie in Frankreich oder wie in Russland. Wer weiß? Das Parlament hat Fidesz wieder eine 2/3 Mehrheit, also das geht schnell. Vielleicht in 3 Jahren? Er wird für 7 Jahre gewählt und davor haben wir schon 12 Jahre Orbans System. Das ist eine Frage der Zukunft. Es ist schwierig zu sagen, welcher Politiker da sein wird und hat er Mut gegen Orban zu sprechen.
300 Orban ist ziemlich jung, 51 Jahre alt. Falls etwas passiert, ein Attentat oder ein Flugzeug abstürzen und er stirbt, was würde dann passieren? Das ist keine eindeutige Frage, ich denke, es gibt viele Persönlichkeiten, die untereinander die Positionen verteilen wollen. Es gibt sehr wenige, die ein bisschen liberaler denken. Ich kann mir vorstellen, dass es viele Pragmatiker gibt und weniger radikal sind. Es kann nach Orban eine Periode kommen, in der sich Fidesz in die Mitte des politischen
305 Spektrums einordnet. Das wäre für die ungarische Politik ein fantastischer Schritt. Aber das ist alles Spekulation. Das ist unwahrscheinlich, dass Orban die Macht in den nächsten Jahren die Macht verliert. Es kann Skandale geben, die vielleicht der Opposition nützen aber es gab schon so viele Skandale und nichts ist passiert. Andere spekulieren über eine Revolution in Ungarn. Das finde ich auch sehr unwahrscheinlich. Wie es dann weitergeht, weiß niemand. Es gibt sehr wenige Linksradikele in Ungarn,
310 die Liberalen werden keine Waffen benutzen. Das ist unwahrscheinlich. Falls die Rechtsradikalen Unruhen verursachen wie im Jahr 2006 der linksliberalen Regierung gegenüber, dann würde ich vielleicht sagen, Orban ist besser als diese Leute auf der Straße. Aber das ist alles nur Spekulation.

9. Abstract

Diese Masterarbeit beschäftigt sich mit Nationalpopulismus am Beispiel des ungarischen FIDESZ und des französischen Front National. Die Annäherung an das politikwissenschaftlich schwer greifbare Konzept des Populismus greift auf die Populismus-Theorien von Canovan, Taggart, Mudde und Taguieff zurück. Daran anknüpfend erfolgt die Betrachtung des Spannungsfelds repräsentativer Demokratien und Populismus. Es ist gekennzeichnet durch ein Oszillieren von Populismus zwischen Gefahr und Korrekturfunktion. Überdies wird davon ausgegangen, dass Populismus in ost- sowie westeuropäischen Kontexten miteinander vergleichbar ist, da Reaktionen auf globalisierte Gesellschaften Ähnlichkeiten in wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Aspekten aufweisen. Der Begriff des Nationalpopulismus zielt ebenfalls auf eine Vergleichbarkeit ab und stellt die Nation als Zusammenschluss des „Volkes“ ins Zentrum seines politischen Handelns. Gleichzeitig ist er geprägt von der Konstruktion innerer und äußerer Feindbilder, gegen die es die Nation zu verteidigen gilt. Was die Analyse von FN und FIDESZ betrifft, zeigt sich klar ein nationalpopulistisches Profil der Parteien: insbesondere starke und charismatische *LeaderInnen*, Heroisierung des „Volkskörpers“ oder ein emotionalisierender Diskurs um die Bewahrung des jeweiligen *heartland*. Im Abschnitt zum EU-Wahlkampf 2014 wird dargestellt, wie die nationalpopulistischen Parteien agieren – beide wurden stimmenstärkste Partei, beide setzten auf euroskeptische Positionen. Für den französischen Fall liegt der Fokus auf der medialen Berichterstattung und Inszenierung des FN; generiert werden die Ergebnisse durch eine Medienanalyse. Für den ungarischen Fall erfolgt ein ExpertInnen-Interview mit István Hegedűs. So lässt sich auch die zweiseitige Beziehung zwischen Demokratie und Populismus begreifen. Populismus kann einerseits Agenda-Setter sein, andererseits auch durch simplifizierende und exkludierende Positionen demokratische Grundwerte, wie die Gleichheit der BürgerInnen, untergraben. Die vorliegende Masterarbeit zeigt, dass populistische Parteien von der Krise der repräsentativen Demokratie und der damit einhergehenden Verunsicherung breiter Gesellschaftsschichten profitieren.

This thesis deals with the concept of national populism analyzing the cases of Hungarian FIDESZ Party and French Front National. Based on the works of the populist theorists Canovan, Taggart, Mudde and Taguieff, it approaches the complex notion of populism. Turning to the ambivalent relationship between representative democracies and populism, it characteristically oscillates between threat and corrective. Moreover, the paper focuses on the assumption that populism is comparable in East and Western European societies since globalization provokes similar reactions and results on an economic, cultural and political dimension. The term national populism also aims towards comparability and puts emphasis on the nation as a unification of “the people” which is regarded as the ultimate legitimation of politics. In addition, national populism thrives through the concept of the inner and outer enemy; the nation must be defended against them. Regarding the analysis of FN and FIDESZ, it clearly shows that both parties operate on a national populist profile: strong and charismatic leaders, the glorification of “the people” or an emotionally strong discourse calling on the preservation of the particular heartlands. The chapter dealing with the EU election campaign 2014 demonstrates how national populist parties function in this campaign – both parties collected the most votes; both parties took on Eurosceptic positions. For the French case, I focus on the media coverage and how the FN stages its campaign, drawing from results of a media analysis. For the Hungarian case, I conducted a qualitative expert interview with István Hegedűs. Considering this, one can understand the ambiguous relationship between democracy and populism – on the one hand, populism can provide agenda setting functions in democracies, on the other hand, it can erode basic democratic values as the equality of its citizens through excluding and simplistic positions. Due to the crisis of representative democracy and the feeling of insecurity of its citizens, populist parties seem to be on the rise.

10. Lebenslauf

Persönliche Daten

Name Katharina Steinwendtner
Geboren am 28.01.1990, Amstetten
Staatsbürgerschaft Österreich

Schulbildung

1996 - 2000 Volksschule in Klein – Pöchlarn
2000 - 2004 Stiftsgymnasium der Benediktiner in Melk, Unterstufe
2000 - 2008 Stiftsgymnasium der Benediktiner in Melk, Oberstufe:
Neusprachlicher Zweig

Studium

2008 – 2011 abgeschlossenes Bachelorstudium Politikwissenschaft
an der Universität Wien
2011 - 2015 Masterstudium Politikwissenschaft an der Universität
Wien
Nebenfächer Erweiterungscurricula aus Philosophie, Soziologie und
Romanistik (Spanisch)
Sommersemester 2013 Auslandssemester an der Université d'Angers,
Frankreich im Rahmen des Erasmus
Mobilitätsprogramms

Berufserfahrung und Praktika

Oktober – Dezember 2013 journalistisches Praktikum im ARD Erstes Deutsches
Fernsehen Studio Wien und Südosteuropa
Seit Jänner 2014 freie Producerin für das ARD Studio Wien